

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 6 Bogen pro Nummer und
 Vierteljahr 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mk. pro Monat.
 Einträge in die Post-Liste, Ver-
 treterliste, Unter-Abdruck für
 Deutschland und Österreich, Ungarn
 2,50 Mk., für das übrige Ausland
 4 Mk. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteht 1893.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die deutschsprachige Kolon-
 nelle über deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Ver-
 treter und Bestimmungsmittel 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist geordnete
 Briefe 20 Pf. (wöchentlich 2 Pf. geordnete
 Briefe), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenanzeigen und Stellenanzeigen
 gegen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Taxen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das klerikale Staatsideal.

II.)

Höher als alle staatliche Autorität steht demnach die Autorität des Papstes als Oberhauptes der katholischen Kirche. Er ist der Statthalter Christi, der Verfünder und Interpret des Gotteswillens, während der staatlichen Gewalt nur eine menschliche Autorität zukommt; und da nun der Mensch Gott mehr gehorchen soll als den Menschen, so hat er in allen Fällen den päpstlichen Geboten zu gehorchen, den staatlichen Geboten dagegen nur dann, wenn sie den päpstlichen nicht widersprechen. Hält der Papst dafür, daß irgendwelche staatlichen Gesetze oder Anordnungen mit den päpstlichen im Widerspruch stehen, dann hat der gläubige Katholik geradezu die Pflicht, den staatlichen Geboten jeden Gehorsam zu versagen und ihnen nicht nur passiven, sondern, wenn es erforderlich erscheint, auch aktiven Widerstand zu leisten.

Die weit erstreckt sich nun nach katholischer Lehre diese Autorität des Papstes? Erstreckt sie sich, wie die Blätter von der Art der „Kölnischen Volkszeitung“ in ihrer verlogenen politischen Taktik behauptet haben, nur auf das religiöse und kirchliche Leben oder auf das ganze Denken, Glauben und Handeln der Katholiken? Wohl gibt es nach der katholischen Lehre Handlungen, welche die Kirche nicht anerkennen. Das sind alle jene Handlungen, die keinen Bezug auf das moralische oder ethische Verhalten der Gesellschaftsmitglieder zueinander haben, für ihr Seelenheil völlig gleichgültig sind oder nicht den Absichten, Zielen und Zwecken des Papstes beziehungsweise der römischen Kurie widersprechen. Ob jemand an einem Nichtfastentag Rind- oder Kalbfleisch essen will, ob er sich einen Regenmantel oder eine Lodenjoppe kaufen will (vorausgesetzt, daß durch seine Kleidung nicht nach kirchlichen Begriffen die Sittlichkeit gefährdet) oder in irgendwelcher anderen Weise die Sittlichkeit gefährdet, geht die Kirche nichts an, wohl aber, wie er sich im Hause seiner Frau und seinen Kindern gegenüber verhält, wie er sie erzieht, in welche Schulen er letztere schickt, wie er sich im Geschäftsleben betätigt, welche Politik er treibt, wie er wählt und wie die von ihm Ernählten in den Parlamenten stimmen usw. usw. So heißt es denn durchaus klar und deutlich in drei Enzykliken „De paucis civium christianorum officiis“ (Von den wichtigsten Pflichten christlicher Bürger) vom 10. Januar 1890 über die Befolgung der päpstlichen Gebote und Verordnungen:

„Was nun die Begrenzung dieses Gehorsams angeht, so soll sich niemand einreden, man brauche den Sitten der Kirche und besonders dem römischen Papste nur bezüglich jener Glaubenslehren zu gehorchen, deren hartnäckige Verwerfung das Vergehen des Irrglaubens ausmacht. Ebenso wenig genügt die aufrichtige und feste Zustimmung zu jenen Lehren, welche von der Kirche zwar nicht durch feierliches Urteil entschieden, aber doch von ihrem ordentlichen und allgemeinen Lehrkörper als göttlich geoffenbart zu glauben vorgelegt werden; Wahrheiten, von denen das Vatikanische Konzil sagt, man müsse sie mit katholischem und göttlichem Glauben festhalten. Die Christenpflicht geht weiter und fordert darüber hinaus, daß man sich durch die Autorität der Bischöfe und besonders des Apostolischen Stuhles leiten und weisen lasse.“

Ferner fordert die Enzyklika über die christliche Staatsordnung vom 1. November 1885:

„Was immer daher im Leben der Menschheit heilig ist, was immer auf das Heil der Seelen und den göttlichen Dienst Bezug hat, sei es nun dieses an sich und seiner Natur nach oder wegen seiner Beziehung zu demselben, alles das ist der kirchlichen Gewalt und ihrem Aussprüche unterstellt.“

Und an anderer Stelle derselben Enzyklika wird dieser Ausspruch folgendermaßen ergänzt:

„Es ist nicht erlaubt, zu scheiden zwischen den Pflichten des Privatmannes und jenen des Staatsbürgers, derart, daß die kirchliche Autorität im Privatleben Geltung habe, im öffentlichen dagegen keine Anerkennung finde; denn dies hieße Gutes und Schlechtes zusammenzuwerfen und den Menschen in Zweifel setzen mit sich selbst.“

Aber auch in solchen politischen Fragen, die nicht zu den der päpstlichen Autorität unterstehenden Gebieten gehören, soll der Katholik den Befehlen des Papstes folgen, denn dieser weiß am besten, was dem Wohl und dem Streben der Kirche dient, ihrer Ausbreitung und Stärkung nützt, ihre Politik fördert oder schädigt. Deshalb heißt es in der bereits erwähnten Enzyklika über die Pflichten christlicher Bürger:

„Sonach besteht die politische Klugheit der Privatpersonen wesentlich darin, die Anordnungen der rechtmäßigen Gewalt gewissenhaft zu vollziehen. Dieses wohlgeordnete Verhältnis muß um so mehr in der Kirche herrschen, je zahlreicher die Gegenstände sind, welche die politische Klugheit des Papstes umfaßt. Er hat ja nicht bloß die Kirche zu regieren, sondern allgemein auf die Handlungen ihrer Mitglieder, der Christen, ordnend einzuwirken, damit diese Hoffnung schöpfen können, dadurch wirklich das

*) Siehe den Artikel in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“.

ewige Ziel zu erlangen. Hieraus folgt, daß außer der größten Einmütigkeit im Denken und Handeln auch das achtungsvolle Vertrauen zur Weisheit der Kirchengewalt in der Behandlung politischer Angelegenheiten eine Pflicht ist.“

Tatsächlich hat denn auch die Kurie stets den katholischen Parteien und Parlamentsfraktionen, auch der Zentrumsfraktion des Reichstages, in wichtigen rein weltlichen Angelegenheiten ihre Instruktionen erteilt und verlangt, daß die betreffenden Parteien ihre Stellungnahme danach einrichten. Und die betreffenden Parteien haben nicht nur die Berechtigung eines solchen Verlangens anerkannt, sondern sich auch, mochte es ihnen noch so schwer fallen, danach gerichtet. Es ist eine unverschämte Behauptung wider besseres Wissen, wenn klerikale Blätter wie die „Köln. Volkszeitung“ so tun, als sei in allen politischen Fragen, soweit sie nicht direkt religiöser Natur seien, das Zentrum von der päpstlichen Gewalt völlig unabhängig.

Ein Beispiel mag diese eigenartige „Unabhängigkeit“ beweisen. Die Frage, wie stark das Heer in einem Staate sein soll und in welcher Form die Ausgaben dafür aufgebracht werden sollen, ist sicherlich keine kirchlich-religiöse Frage; dennoch richtete, als sich 1886 das Zentrum im Reichstage gegen das neue Septennat (die Verstärkung des Heeres auf 468 400 Mann für sieben Jahre) sträubte, der damalige Kardinalsekretär Jacobini im Namen des Papstes an den Vorstand der Zentrumsfraktion die Aufforderung, der Annahme der Septennatsforderung seine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die römische Kurie wünschte nämlich, zu Preußen in ein besseres Verhältnis zu gelangen. Es heißt denn auch in der betreffenden Note des Kardinals diplomatisch: „Auch darf man nicht unterlassen hervorzuheben, daß eine katholische parlamentarische Vertretung, indem sie sich für die unerträgliche Lage interessiert, die dem Oberhaupt der Kirche bereitet worden ist, günstige Gelegenheiten benutzen könnte, um die Wünsche ihrer katholischen Landsleute zugunsten des hl. Vaters auszudrücken und zur Geltung zu bringen.“ Die Zentrumsfraktion sollte also nach der Anweisung des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini die günstige Gelegenheit der Septennatsforderung benutzen, um gegen ihre Zustimmung zu dieser Forderung Vorteile für die katholische Kirche und den Apostolischen Stuhl zu erlangen.

Zugleich wandte sich der Kardinal Jacobini durch den päpstlichen Nuntius in München persönlich an den damaligen Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, den Baron von Frankenstein, und ließ diesem mitteilen, der Papst wünsche, daß der Septennatsforderung vom Zentrum kein Widerstand geleistet werde, und beauftrage ihn, den Baron von Frankenstein, die Abgeordneten des Zentrums von diesem Wunsche in Kenntnis zu setzen.

Und wie verhielt sich Freiherr von Frankenstein, der Vorsitzende der angeblich interkonfessionellen Zentrumsfraktion? Entgegnete er dem Kardinal-Staatssekretär, das Zentrum sei gar keine spezielle „katholisch-parlamentarische Vertretung“, und es hätte deshalb der Papst auch gar nicht das Recht, ihm Aufträge zu erteilen und der Zentrumsfraktion ihr Verhalten zu Militärforderungen vorzuschreiben?

Nichts von alledem! Demütig nahm Freiherr v. Frankenstein die Befehle entgegen und fragte sogar bei der römischen Kurie an, ob der Papst der Ansicht sei, daß im Interesse der Kirche das Zentrum im Reichstage nicht mehr notwendig wäre. In diesem Fall würde er und die Mehrzahl der Zentrumsabgeordneten bei der Reichstagswahl kein Mandat mehr annehmen. Das Zentrum fühlte sich also demnach als Vertretung römischer Kircheninteressen, daß es sich sogar auf Wunsch des Papstes auflösen wollte. Sicherlich eine höchst kuriose Haltung einer angeblich interkonfessionellen, rein politischen Partei!

Bei der Abstimmung im neuen Reichstag enthielt sich denn auch bekanntlich das Zentrum der Stimme, so daß das Septennat Gesetz wurde.

Doch nicht nur in religiösen, moralischen, politischen Dingen, auch in den Fragen der Wissenschaft (erinnert sei nur an den Antimodernismus), die überhaupt in allen Rechnungs- und Glaubensfragen hat der gläubige Katholik unbedingt sich nach den Weisungen und Urteilen des Papstes zu richten und dessen Auffassung zu vertreten. In der Enzyklika „Leo XIII. über die christliche Staatsordnung“ heißt es denn auch bezüglich der modernen politischen und wissenschaftlichen Bestrebungen:

„Was ihre (der Katholiken) Meinung angeht, so haben sie allem und jeglichem ohne jeden Zweifel beizustimmen, was immer die römischen Päpste gelehrt haben oder noch lehren werden, und auch in der Öffentlichkeit, wo dieses erforderlich ist, sich dazu zu bekennen. Namentlich aber sollen sie bezüglich der sogenannten freiheitlichen Errungenschaften der Kreuzzeit auf den Ausspruch des Apostolischen Stuhles hören und alle, ohne Ausnahme, sich nach seinem Urteile richten.“

Eine Glaubens-, Meinungs-, Lehr- und Pressefreiheit gibt es denn auch in den Staaten, wie sie nach katholischer Lehre sein sollen, nicht. Was zu glauben, zu meinen, zu lehren, zu drucken ist, bestimmt die katholische Kirche, das heißt die römische Kurie, und jeder Katholik hat sich diesen Verfügungen

blindlings und ausnahmslos zu unterwerfen. Den Anschauungen der römischen Kurie widersprechende Meinungen und Lehren kann die Kirche rücksichtslos unterdrücken. Und nicht nur sie, auch die Staatsgewalt ist berechtigt und verpflichtet, allen Irrglauben und alle Irrlehren gewaltsam niederzuhalten und auszurotten:

„Die unbeschränkte Rede- und Pressefreiheit“, so heißt es in der Enzyklika „Leo XIII. vom 20. Juni 1888“, „soll gleichfalls hier in Kirche besprochen werden. Daß eine solche regellose, alles Maß und Schranken überschreitende Freiheit keine Berechtigung hat, brauchen wir kaum auszusprechen. Denn das Recht ist ein sittliches Vermögen; daher ist die Behauptung ungerneimt, wie wir schon öfters erklärt haben und noch öfters erklären müssen, als sei es (das Recht) von der Natur gemeinsam und ohne Unterschied der Wahrheit und Lüge, der Sittlichkeit und dem Laster gegeben. Nur was wahr ist, was gut ist, das hat ein Recht, in weiser Freiheit in der Gesellschaft sich auszubreiten, damit es zu recht vielen gelange; dagegen werden lügenhafte Meinungen, diese größte Pest des Geistes, und die Laster, welche die Sitten und Seelen verderben, mit Recht von der Obrigkeit sorgfältig unterdrückt, damit sie nicht zum Schaden des Gemeinwesens um sich greifen. Es ist recht, daß die Autorität der Gesetze die Irrtümer eines ausschweifenden Geistes, die wahrhaftig eine Gewalttat sind gegen das unerfahrene Volk, ebenso unterdrückt als ein durch offene Gewalttat an Schwächeren verübtes Unrecht...“

Ein gleiches gilt auch von der sogenannten Lehrfreiheit... Eine solche Zügellosigkeit kann die Staatsgewalt ohne Pflichtverletzung den Bürgern nicht gewähren.“

Mit andern Worten: nur was das Oberhaupt der Kirche für wahr und richtig hält, darf geglaubt, gedruckt und gelehrt werden; alle Anschauungen, die seiner Auffassung widersprechen, sind „lügenhaft“ und daher zu unterdrücken. Meinungs-, Lehr- und Pressefreiheit gibt es daher in dem nach den Grundsätzen der katholischen Lehre eingerichteten Staate nicht; aber ebenso wenig gibt es darin eine Selbstverwaltung und eine Selbstherrschaft des Volkes. Die Thomas von Aquino alle „schmutzigen“ Leute, das heißt alle, welche schmutzige Arbeit verrichten, von der Regierungsgewalt ausgeschlossen wissen wollte, so steht auch die heutige katholische Kirche in der Volksmasse nur eine unfähige, schwächliche, von schädlichen Instinkten beherrschte Masse, die, da sie selbst nicht weiß, was ihr frommt, von oben herab regiert und geleitet werden muß. Die Lehre von der Volkssouveränität, die Lehre, daß das Volk das Recht habe, über seine eigene Regierungsform und seine Staatsordnung zu bestimmen, ist deshalb nach katholischer Lehre die Ausgeburt einer verderblichen lügenhaften Philosophie und die auf der Grundlage der Volkssouveränitätslehre beruhende Herrschaft ist die schädlichste und unnatürlichste aller Regierungsformen. In der Enzyklika „De civili principatu“ vom 29. Juni 1881 heißt es zum Beispiel:

„Jener Häresie (d. h. Kezerei; die Enzyklika versteht hier darunter die Reformationslehren) entstammte im vorigen Jahrhundert eine fälschlich sogenannte Philosophie und das sogenannte moderne Recht sowie die Volkssouveränität und eine alles Maß überschreitende Zügellosigkeit, worin allein viele das Wesen der Freiheit sehen. Von hier war nur noch ein Schritt zu den verderblichen Irrtümern des Kommunismus, des Sozialismus und Nihilismus, diesen entsetzlichen Vorzeichen und nahezu Todesboten der bürgerlichen Gesellschaft. Und dennoch sind es nur zu viele, welche die Wirkung so zahlreicher Uebel immer noch weiter auszubreiten besträbt sind, und unter dem Vorwande, für das Volkwohl zu arbeiten, das verderbliche Feuer nur noch mehr angefaßt haben.“

Die Lehre von der Volkssouveränität, so wird in einer anderen Enzyklika „Leo XIII.“, der vom 20. Juni 1888, dargelegt, führe notwendig zur Massenherrschaft, denn hätte die Staatsgewalt ihren Ursprung in der Menge und sei für den einzelnen wie für die Gesamtheit allein die Vernunft bei der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten maßgebend, so ruhe schließlich alle Macht in der Volksmasse und die Volksmehrheit bestimme dann, was Recht und Pflicht sei. Das aber verstoße gegen die Vernunft und gegen die göttliche Weltordnung, denn nach dieser hätte Gott selbst durch die Kirche (d. h. durch den Papst als des Oberhauptes dieser Kirche) zu bestimmen, was Recht und Pflicht sei. Deshalb könne denn auch dort, wo der Volkswille herrsche, nicht mehr von „Gottes Herrschaft“ gesprochen werden. Besonders deutlich findet sich diese volksfeindliche Kirchenlehre in folgenden Sätzen der Enzyklika über die christliche Staatsordnung vom 1. November 1885 ausgesprochen:

„Auf Grund solcher Prinzipien (des Grundsatzes der Volkssouveränität) erkennt die Gesellschaft in der Regierung nur den Ausdruck des Willens des Volkes, das selbstherrlich allein sein Gebieter ist und darum seine Organe, denen es die Regierung überträgt, selbst erwählt, nicht als ein dieselben (den Organen) zukommendes Recht, sondern als seine Bevollmächtigten, welche in seinem Namen ihren Auftrag üben. Da ist denn von Gottes Herrschaft keine Rede mehr, wie wenn er nicht existierte oder keine Sorge trüge für die menschliche Gesellschaft, oder wie wenn die Menschen, der einzelne sowohl als die Gesellschaft, Gott gegenüber zu nichts verpflichtet wären, oder als ob man sich eine Regierung denken könnte, die ihren Ursprung, ihre Gewalt und Autorität anderswo als in Gott hätte.“

Es liegt am Tage, daß eine also geartete bürgerliche Gesellschaft nichts anderes ist als eine Massenherrenschaft; und weil man sagt, alle Gewalt und alles Recht ruhe im Volke, so folgt, daß eine solche Gesellschaft in keiner Weise sich Gott gegenüber verpflichtet erachtet, eben darum auch keine Religion öffentlich bekennend, auch nichts weniger als bestrebt ist, nach der allein wahren Religion zu forschen und die eine wahre den anderen falschen vorzuziehen und ihr ihren Schutz angedeihen zu lassen; sie wird vielmehr alle für gleichberechtigt erklären, so lange das Staatswesen nicht durch dieselben geschädigt wird. Dementsprechend mag dann ein jeder von der Religion halten, was er will, eine nach Göttern annehmen oder auch gar keine, wenn eben keine ihm zugesagt. Was sich hieraus mit Notwendigkeit ergeben muß, ist klar: das Gewissen ist von jedem objektiven Gesetze entbunden, dem Belieben eines jeden ist es anheim gegeben, ob er Gott verehren will oder nicht; eine grenzenlose Denkwiligkeit und Jägellostigkeit tritt ein.

Doch genug von diesem „hehren“ Staatsideal der katholischen Kirche; die obigen Zitate genügen zur Kennzeichnung seines schönen Charakters. Es fordert blinde Unterordnung unter eine allgewaltige Priesterherrenschaft. Weber gibt eine Selbstbestimmung und einen Selbstwillen noch eine Denkwiligkeit, Forschungs-, Lehr- oder Pressefreiheit — nur Gehorsam und Unterwerfung. Blindlings hat jeder unter Verzicht auf eigene Ueberzeugungen den päpstlichen Befehlen und Vorschriften zu folgen. Der nach der katholischen Lehre eingerichtete „christliche Staat“ ist die ärgste Zwangsanstalt, schlimmer als das Zuchthaus — und die Partei, die sich zu diesen Lehren bekennet, die nach dem Ausdruck des früheren Kardinal-Staatssekretärs Jacobini lediglich eine „katholische Vertretung“ der päpstlichen Kirche ist, wagt es in ihrer Presse und auf ihren Tagungen, von einem sozialdemokratischen „Zukunftszwangstaat“ zu reden, weil die Sozialdemokratie, um jedem die Möglichkeit der freien Entfaltung seines Menschentums zu sichern, die kapitalistische Ausbeutung und Verklaffung des einen Menschen durch den anderen vernichten und die Gesamtheit der zur Lebensunterhaltsbeschaffung der Gesellschaft nötigen Produktionsmittel bergesellschaftet, das heißt in gemeinsamen Besitz überführen will! Man spekuliert eben darauf, daß dem gewöhnlichen Leser der Zentrums- und Sozialdemokratie die Staatslehren seiner eigenen Kirche fremd sind und andererseits durch die fortgesetzte literale Bearbeitung sein Denkvermögen derart beeinträchtigt ist, daß er über staatsrechtliche Fragen überhaupt nicht mehr nachzudenken vermag.

Reichsdeutscher Mittelstandstag zu Leipzig.

Leipzig, 24. August.

In Leipzig tagt zurzeit der Reichsdeutsche Mittelstandsverband: eine von den Konservativen und den großindustriellen Schachmannern protegierte und unterstützte Gründung, dazu bestimmt, die kleineren Geschäftsleute, vornehmlich die Handwerker, den reaktionären politischen und wirtschaftlichen Ideen der industriellen Hochschulzöcher und der Agrarier gefügig zu machen. Die gegenwärtige Tagung verfolgt denn auch in erster Linie den Zweck, ein Bündnis der im Reichsdeutschen Mittelstandsverband vereinigten Handwerker- und Händlergruppen mit dem Bund der Landwirte und dem Zentralverband deutscher Industrieller vorzubereiten, einerseits, um die sogenannte „nationale“ Arbeit zu schützen, das heißt für die Aufrechterhaltung und Erhöhung des geltenden Lohns zu wirken, andererseits um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu bekämpfen und Gesetze gegen den Streik, Boykott und die gewerkschaftlichen Organisationen durchzusetzen.

Die gestern im Zoologischen Garten zu Leipzig abgehaltene öffentliche Versammlung liefert dafür den besten Beweis.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Eberle, eröffnete die Versammlung mit einer längeren Ansprache: Von einem Blühen und Grünen des deutschen Gewerbestandes ist zurzeit keine Rede, sondern es herrscht ein gewisser grauer Ton in der Lage des Gewerbestandes vor. Die Vertreter der reinen Wissenschaft erklären heute mit apodiktischer Sicherheit, daß dieses Grau das Grau des Hochalters und des Sterbens sei. Die gleiche Meinung vertreten diejenigen, die an dem Untergang des Mittelstandes arbeiten, und sie finden den gleichen Widerhall bei den Gelehrten wie bei den großen Massen der Arbeiterbevölkerung. (Hört! hört!) Aber in Wahrheit können wir, die wir in lebendiger Fühlung mit den besten Kreisen des gewerblichen Mittelstandes stehen und in Uebereinstimmung mit der jungen Wissenschaft von heute und morgen sagen, daß dieses Grau das Grau des Frühlings ist. (Beifall.) Wir stehen in einer Periode, wo der Niedergang des gewerblichen Mittelstandes zu Ende geht. Alle Kräfte regen sich für den kommenden Frühling. Die Hauptfrage für uns ist, daß wir uns nicht gedankenlos hinter diejenige Presse stellen, die uns schädigt, sondern zu der uns freundlichen Presse halten. (Beifall.) Wir sehen, daß auch in den Nachbarländern unter dem gleichen Druck von Großkapital und Arbeitermassen die gleichen Erscheinungen wie bei uns hervortreten. Ueberall beginnt der Mittelstand sich zu organisieren, um den Humanismus wieder zu Ehren zu bringen gegen den Materialismus und den Mammonismus. (Beifall.) Die Herabdrückung von immer mehr Menschen zu maschinengleichen Arbeitsmechanismen ist Kultur- und Niedergang. Das wird mit der Zeit auch die öffentliche Meinung einsehen, die sich heute noch von der Macht des Kapitalismus und der organisierten Massen imponieren läßt. Das deutsche Volk ist nicht dort, wo die abhängigen Massen stehen, sondern dort, wo unabhängige, auf sich selbst angewiesene Bürger stehen. Unser Volk wird siegen, wenn wir siegen, und untergehen, wenn wir untergehen. Darum eröffnen wir unsere Tagung mit dem alten Ruf des Bürgertums: Fürsten und Volk, König, Kaiser und Vaterland hoch!

Im Anschluß hieran werden an den Kaiser und an den König von Sachsen Guldigungsprogramme abgefaßt.

Im Namen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern, sowie des Staatssekretärs des Reichspostamtes begrüßt Geh. Regierungsrat Plach die Tagung. Darauf heißt Geheimrat Stadler namens der sächsischen Regierung die Tagung in Leipzig willkommen.

Nach weiteren Begrüßungsreden wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der erste Punkt betrifft:

Wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeiten von gewerblichem Mittelstande, Industrie und Landwirtschaft.

Hierüber referierte der Vorsitzende für das Handwerk im Landesauschuß Rheinland und Westfalen, Kulehaus. Er sagte: Der gewerbliche Mittelstand, die Industrie und die Landwirtschaft sind die größten Stände innerhalb der Volkswirtschaft. Sie ernähren über 70 Prozent der Nation. Die Anregung, sie zu wirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeiten zu verbinden, ist vom rheinisch-westfälischen Handwerksausgange. Die Bewegung ist auf dem Vertrauen in die eigene Kraft aufgebaut und hat als

Organisationsform die Innung und ihre Verbände, nämlich den Innungsausschuß und den Fachinnungsverband gewählt. Sie hat sich als nächstes Ziel die Ordnung der zerrütteten Kreiswirtschaft bestellt und hier nach neunjähriger Arbeit schon viel erreicht. Dabei sind die Organisationen ohne weiteres dazu gekommen, andere Berufsstände zur Förderung und positiven Unterstützung heranzuziehen. Schon heute bestehen ganze Bezirke, in denen die ländlichen, den Fachverbänden angeschlossenen Handwerkerinnungen mit ihren heimischen landwirtschaftlichen Abnehmern so verständnisvoll zusammenwirken, daß die Gemeindeverwaltungen ihren sämtlichen Bedürfnissen an Handwerksarbeiten unter das heimische Handwerk verteilen. Wenn diese Bewegung bei den landwirtschaftlichen und auch schon industriellen Verbrauchern von Handwerksarbeiten Verständnis gefunden hat, dann liegt das in der gleichartigen Existenzgrundlage aller gütterzeugenden Stände. Diese drängt von selbst dahin, Zustände zu schaffen, bei denen es möglich ist, die tatsächlich entstehenden Selbstkosten zum Hauptelement der Preisbildung zu machen. Nur dann können die gütterzeugenden Stände, das Fundament der Volkswirtschaft, die Sicherstellung des Kapitals und der Renten genießen und dem deutschen Handwerk wirksam helfen, wenn sie Herrscher über den inländischen und den ausländischen Markt bleiben. Der Staat hat diese Grundwahrheit durch Schaffung der Zollschutzgesetzgebung anerkannt. Wenn gegenwärtig das Handwerk den großen Kampf um die Anerkennung des angemessenen Preises führt, so folgt es damit lediglich dem Zwang, den seine Existenzbedingungen mit innerer Notwendigkeit ausüben. Aber die gemeinsame Existenzgrundlage der gütterzeugenden Stände ruft auch in anderer Hinsicht große gemeinsame Interessen hervor. Kein Betrieb kann erfolgreich arbeiten, wenn nicht der verantwortliche Leiter eine volle Autorität über alle Menschen und Dinge seines Betriebes ausüben kann. Mit der Frage, ob es gelingen wird, gegenüber den mächtigen, auf Zerstörung und Schwächung aller Autorität in den Betrieben abzielenden Strömungen die Bedürfnisse des realen Wirtschaftslebens aufrecht zu erhalten, wird die Zukunft unserer ganzen nationalen Gütererzeugung entschieden werden. Im gewerblichen Mittelstande sind heute noch 2½ Millionen und in der Landwirtschaft 1,8 Millionen selbständige Gütererzeugungsbetriebe vorhanden, und es ist notwendig, daß diese, die das gleiche Bedürfnis der Aufrechterhaltung der Autorität im Betriebe haben, Schulter an Schulter mit der Industrie diese Lebensgrundlage verteidigen. Die Sachverhältnisse haben es ganz von selbst ergeben, daß eine wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeiten der drei großen gütterzeugenden Stände beschlossen wurde. Vom Hauptvorstande sind folgende

Leitsätze

hierfür aufgestellt, nach denen die Verhandlungen zu führen sind.

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft, zwecks gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Bekämpfung (?) im Organismus unseres Wirtschaftslebens.
2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.
4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren.

Die organisatorische Durchführung dieses Arbeitsprogramms ist wie folgt gedacht: Es soll nicht eine Verschmelzung stattfinden in der Weise, daß die drei großen Berufsstände sich in einer einheitlichen Organisation zusammenschließen. Jeder Berufsstand soll vielmehr für sich arbeiten und nur solche wirtschaftlichen Fragen, die allen drei Ständen gemeinsam sind, sollen, wenn Einstimmigkeit erzielt wird, gemeinsam behandelt werden. Zu diesem Zwecke werden

Kartelle gebildet,

und zwar einen Reichsauschuß, den Vertreter der Zentralvorstände bilden, Provinzial- und Landeskartelle, in denen die Führer der provinziellen Organisationen vertreten sind, und drittens Ortskartelle, in die die örtlichen Organisationen der Berufsstände ihre Delegierten entsenden. Wir werden in diese Referate ein-treten müssen mit dem vollen Bewußtsein, daß ihr Schwerpunkt in den örtlichen Organisationen liegen wird. Denn dort verbringen die Angehörigen der drei großen Berufsstände ihr tägliches und gewerbliches Leben.

Der Redner wendet sich zum Schluß dagegen, daß einzelne Blätter gewisser parteipolitischen Richtungen ohne Grund die Veranstaltung ausgeprochen hätten, es würden mit dieser wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeiten doch vielleicht parteipolitische Zwecke verfolgt. Es ist eine trostlose Beobachtung, daß viele Menschen selbst den gesündesten und reinsten wirtschaftlichen Bestrebungen vielfach parteipolitisch nicht neutral gegenüberstehen können.

In der Diskussion hierüber ergreift als erster der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Dr. Schweighoffer, das Wort, um seiner Freude Ausdruck zu geben, daß die Wünsche des Referenten sich in der gleichen Richtung bewegen wie die des Zentralverbandes. Es hat bereits vor einigen Wochen eine unverbindliche Vorbesprechung zwischen der Industrie, der Landwirtschaft und dem Mittelstand über das wirtschaftliche Zusammenwirken stattgefunden. Dies hat demokratischen Müttern Anlaß zu den heftigsten Angriffen gegeben, die nach ihrem gleichen Wortlaut von einer bestimmten Stelle aus inspiriert zu sein scheinen. (Hört! hört!) Die tatsächlichen Vorgänge waren hierbei in jeder Weise entgegengesetzt. Ich werde auf dem demnächst in Leipzig stattfindenden Delegiertenkongress des Zentralverbandes deutscher Industrieller darauf zurückkommen. Ich will hier nur erklären, daß der Zentralverband, der vor 37 Jahren unter der maßgebenden Verkündung der Solidarität aller für den Schutz der nationalen Wirtschaft eintretenden Wirtschaftskörper gegründet wurde, diese Grundfrage auch weiter zu betätigen gedenkt, um so mehr, als sie in manchen Kreisen in schlimmer Weise verleugnet werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat bei den gemeinsamen Arbeiten mit der Landwirtschaft und dem Mittelstand das Eintreten für bestimmte gemeinsame Interessen im Auge. Diese Grundfrage werden um so mehr aufrecht zu erhalten sein, je mehr sich die Gefahr steigert, daß unsere heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Grundlage aller modernen Kultur ist, von seiten der Demokratie und ihrer Parteigänger immer mehr bedroht wird. Industrie, Landwirtschaft und Handwerk wurzeln mit allen ihren Lebensfasern in dem Boden der jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung und der vorhandenen Staatsform und deshalb haben sie ihre schärfsten und grimmigsten Gegner dort, wo der Umsturz der bestehenden Verhältnisse das erstrebte Ziel ist. Diese Gemeinsamkeit der Lebensinteressen schließt alle selbständigen Unternehmern im

Handwerk, der Landwirtschaft und der Industrie zusammen zu gleicher Tätigkeit auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens. Daß hierbei von einer Aufgabe der Selbständigkeit der einzelnen Gruppen und ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht die Rede sein kann, kann nur derjenige behaupten, der bösen Willens ist. (Sehr richtig!) Das gleiche Interesse dieser drei Berufsstände erfordert es, daß die staatliche Ordnung auch im Innern unverändert bleibe, damit Handwerk, Industrie und Landwirtschaft die Möglichkeit haben, in Ruhe und unter dem Schutz der staatlichen Machtmittel ihrem Gewerbe nachzugehen. (Beifall.) Dieses gemeinsame Interesse ruft uns zu gemeinsamer Betätigung auf. Es muß endlich dem Streikterrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften, dem Mangel an Schutz der Arbeitswilligen und der fortwährenden Bedrohung des wirtschaftlichen Friedens durch Streik und Boykott abgeholfen werden.

Ebenso sprach der frühere Reichstagsabgeordnete aus dem Winkel-Logau als Vertreter des Bundes der Landwirte und Dr. Kellermann im Namen des Verbandes christlicher deutscher Bauernvereine sich für ein gemeinsames Zusammenwirken aus. Die das Bündnis fordernde Resolution wird denn auch einstimmig angenommen.

Dann werden noch einige Referate über angemessene Preise, Verbesserung des Hypothekensystems, den Tabaktrust und den heimischen Warenhandel der Beamten gehalten.

Die Nachwahl zu Chesterfield.

London, 23. August. (Fig. Ver.)

Die Nachwahl zu Chesterfield hat einen überraschend leichten Sieg des liberalen Bergarbeiterkandidaten gebracht. Er erhielt 7725 Stimmen, etwa 500 mehr als sein populärerer Vorgänger; der konservative vereinigte 5539 und der unabhängige Sozialist nur 583 Stimmen auf sich. Man hätte annehmen sollen, daß der Vornachwahl, den die Arbeiterpartei gegen ihren früheren Kandidaten schiederte, seine Auswirkung verschlechtern würde. Es scheint aber, daß die Desorganisation der Arbeiterpartei dem Bergarbeiter mehr genügt als geschadet habe und daß der Einfluß der Arbeiterpartei in dem Wahlkreis Chesterfield mehr eine negative Quantität ist.

Der Ausfall dieser Nachwahl bildet zurzeit den Hauptstoff der politischen Diskussion. Im konservativen Lager werden die Aussichten durch den Neger gefärbt, den man über den leichten liberalen Erfolg empfindet. Die Liberalen hingegen suchen die Situation geschickt für sich auszunutzen, indem sie den großen Sieg des Liberalismus und der Arbeit feiern und beständig von der Allianz zwischen dem Liberalismus und der Arbeiterpartei reden. Natürlich sind die Liberalen überzeugt, daß die Wahlpolitik der Arbeiterpartei auf eine breitere Grundlage gesetzt werden muß. Die „Westminster Gazette“ meint, daß es fast wie Heuchelei aussehe, wenn Liberale und Arbeiterpartei im Parlament einander in die Hände arbeiteten, aber bei Nachwahlen wie Verschönerer aneinander vorübergingen, ohne sich zu grüßen. Durch die Aufmunterung der Liberalen ist den liberalen Arbeiterparteilern der Stimmengewinn mächtig geschwollen. So sagte der Vizepräsident der Bergarbeiterföderation Harvey, der als Arbeiterparteilerner einen Bergarbeiterkreis der Grafschaft Derbyshire vertritt, gleich nach der Wahl: „Wir haben eine Postkarte von großem Werte und großer Bedeutung an ganz Großbritannien geschickt. Der Premierminister und Herr Lloyd George werden sich freuen, sie zu hören. Es ist eine Postkarte an die Arbeiterpartei, und die mag jetzt ihre Worte wiederholen, wenn sie hört, daß Derbyshire dennoch seinen Führern, dem Liberalismus und der ehrlichen Arbeit treu bleibt. Die Bergarbeiter waren zweifelsohne in die Enge getrieben. Sie haben sich nicht durch die leichtesten Redensarten irreführen lassen. Ich danke der liberalen Partei, daß sie uns treu geliebt hat. Herr Kemyon und ich werden ins Parlament gehen mit der Absicht, uns von niemand diktieren zu lassen, wie wir stimmen sollen.“

Eine Antwort auf diese Brandrede hat nicht lange auf sich warten lassen. Dem Vizepräsidenten hat der Präsident der Bergarbeiterföderation, Genosse Smillie, geantwortet. Er sprach auf der zurzeit in Edinburgh abgehaltenen Konferenz der schottischen Bergarbeiter zu einer Resolution, in der die Notwendigkeit der politischen wie wirtschaftlichen Aktion der Arbeiterklasse betont wurde, und führte etwa aus: Wenn die Arbeiterpartei in der Vergangenheit nicht so stark und tätig war, wie viele von uns wünschen, so sind die Bergarbeiter in großem Maße dafür verantwortlich. Ueber die Nachwahl in Chesterfield werde ich noch zur rechten Zeit und an rechten Orte, auf der in einigen Wochen stattfindenden Generalversammlung der Bergarbeiterföderation etwas zu sagen haben. Die Bergarbeiterföderation hat sich auf Grund einer Urabstimmung der Mitglieder der Arbeiterpartei angeschlossen und sie muß der Partei die Treue bewahren oder sie verlassen. Die Bergarbeiter sind der Partei nicht treu geblieben. Diejenigen, die sich jetzt ins Häuschen laden und glauben, die Arbeiterpartei werde sich spalten, werden ihren Irrtum einsehen, ehe wir mit dieser Angelegenheit im reinen sind. Ich weiß, die Bergarbeiter Derbyshires werden sich in kurzer Zeit von uns überzeugen lassen. Schuld an den Zuständen ist die mangelnde Propaganda, die politische Unwissenheit. Diese Leute glauben noch, daß es die Liberalen ernst meinen mit den Versprechungen, die sie dem Volke vor die Augen halten. Ich habe selbst in Anwesenheit Lloyd Georges erklärt, daß der Schatzkanzler die Hälfte seiner Gefolgschaft verlieren würde, wenn er zum Beispiel mit der Verstaatlichung des Grund und Bodens oder mit der Zurückgabe des vom Volke gestohlenen Eigentums Ernst machen wollte. Und Herr Lloyd George weiß das. Aber die Bergarbeiter Derbyshires wissen es noch nicht. Es muß ihnen in der Zukunft beigebracht werden.

Politische Uebersicht.

Der Kehlheimer Fürstentag.

Das große Rendezvous deutscher Fürsten in Kehlheim hat den Verlauf genommen, den wir im Vortartikel unserer gestrigen Montagsausgabe voraus sagten: bunte Fahnen, Girlanden, Tannengrün, prächtige Uniformen, feierliche und herzliche Begrüßungen, strammes Ehrenkompagnien, alte und junge Ehrenjungfrauen, Fansärenklänge, Böllerschüsse, riesige Begeisterung, stürmische Hochrufe usw.

Auch schöne Ansprachen sind gehalten worden. Der Prinzregent von Bayern sagte u. a.:

Seine Gedanken und Absichten bei Errichtung dieses Denkmals hat der königliche Erbauer zusammengefaßt in die Worte: „Möchten die Deutschen nie vergessen, was den Befreiungskampf notwendig gemacht und wodurch sie gesiegt.“

Diese Mahnung glänzt uns als Inschrift aus den Marmorblöcken der Halle entgegen und mit diesen Worten hat König Ludwig am 30. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig die Kämpfer der Befreiungskriege begrüßt, die er zur Einweihung des Baues noch zu sich versammeln konnte.

Deutschlands Uneinigkeit und Zerissenheit als Ursache seines tiefen Falles, der Deutschen Vereinigung und festes Zusammenhalten als Voraussetzung ihrer Wiedererhebung, als unerlässliche Bedingung für das Blühen und Gedeihen des großen deutschen Vaterlandes, das ist es, was die heutige Feier uns vor Augen führen soll.

Und zum Schluß rühmte er das neue Deutsche Reich folgendermaßen:

„Groß und mächtig steht das Deutsche Reich im Rate der Völker da, stets erprobt als ein Faktor der Mäßigung und des Friedens, stets aber bereit, für die Ehre und Interessen des Deutschlands einzutreten, wo immer sie bedroht würden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Teile des Reichs in Freud und Leid ist immer mehr erstarkt, und wer gleichwohl im Auslande je mit der Uneinigkeit, der Eifersucht der Reichsglieder rechnen würde, wie dies wohl früher geschehen, würde diese Rechnung grausam enttäuscht sehen.

So möchte es denn manchem scheinen, daß der Mahnspruch König Ludwigs in dieser Halle für das heutige Geschlecht nicht mehr die gleiche ernste Bedeutung hätte wie ebendort. Allein im Leben der Völker kann und darf es für eine Nation, die sich behaupten will, kein Ausruhen auf errungenen Erfolgen geben. Hier trifft noch mehr wie für den einzelnen das Wort des Dichters zu:

„Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.“

In immer erneuten Anstrengungen gilt es für Deutschland, sich gewappnet zu halten gegen alle Gefahren, die seinen Bestand bedrohen können, die Kräfte zu stärken für alle Aufgaben, die die Entwicklung der Zeiten uns stellt. Erst die letzten Monate haben wieder erwiesen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auch vor großen Opfern nicht zurückschreckt, wenn die Weltlage es erheischt.

Hohes Pflicht- und Notwendigkeit ist es aber auch heute, vor allem darüber zu wachen, daß Keime der Zwietracht und Verdrossenheit nicht überwuchern, daß unter dem Dabed der Klassen-gegenstände, unter der Uebereinstimmung der Interessenkämpfe das Einigende, die Freude am Ganzen nicht leide. Einnütziges Arbeiten in diesem Sinne, Einsehen des besten Könnens für das Blühen und Gedeihen der engeren und weiteren Heimat, festes Zusammenstehen zu Kaiser und Reich, das sei das Gelübnis dieser feierlichen Stunde.

Natürlich hielt auch der Kaiser eine schöne Rede.

Es war, als rief er die ehernen Flügel- schlag deutscher Geschichte über uns, als Eure Königl. Hoheit inmitten dieser feierlichen Stätte das Bild jener gewaltigen Zeiten vor unser Auge stellten, deren unvergänglicher Ruhm deutsche Herzen stets aufs Neue ergreifen wird. Wo könnten wir das Wesen und die fortwährende Bedeutung der Befreiungskriege tiefer erfassen, als hier, wo der deutschen Fürsten einer in Erz und Marmor das Gedächtnis der Heldentaten unserer Väter aufgerichtet hat, das Gedächtnis zugleich seiner eigenen glühenden Vaterlandsliebe.

Eure Königl. Hoheit haben in ergreifenden Worten betont, worin der Sinn der Erinnerungsfeste liegt, die überall, wo Deutsche wohnen, in diesem Jahre begangen werden. Dem lebenden Geschlecht sollen sie die Lehren einprägen, die im Laufe unserer Geschichte mit so viel kostbarem Blute erkauft worden sind, daß unsere Stärke auf unserer Eintracht und Einigkeit beruht, daß es für unser Volk kein Nachlassen geben darf, wenn es seinen hohen Platz behaupten will.

Die begeistertste Teilnahme aller Kreise unseres Volkes an den Feiern dieses Jahres, die sich auch heute wieder so kraftvoll und warmherzig hier an der Donau befindet, legt Zeugnis davon ab, wie tief die Wurzeln des vaterländischen Empfindens geschlagen hat, wie innig sich das deutsche Volk mit seinen Fürsten verbunden fühlt.

Eure Königl. Hoheit haben durch die Anregung der Zusammenkunft der deutschen Bundesfürsten und der Vertreter der Freien und der Danesstädte in der Befreiungshalle die heutige Feier zu einem erhebenden Feste ganz Deutschlands gestaltet, so wie es dem Sinne dessen entspricht, der dies Denkmal dem deutschen Volke, dem Bayernlande und dem Hause Wittelsbach zum Ruhme erbaut hat. Mit herzlichster Dankbarkeit für Eure Königl. Hoheit werden wir alle dieses erhebenden Tages stets gedenken. Wir bitten zu Gott, er möge Eurer Königl. Hoheit noch viele segensreiche Tage schenken zum Wohle Bayerns und des Deutschen Vaterlandes. Diesem Gedanken bitte ich Ausdruck zu geben in dem Rufe: Seine Königl. Hoheit der Prinzregent Ludwig, das Erlauchte Haus Wittelsbach und das schöne Bayernland hoch, hoch, hoch!

Sehr schön!

Zur Verschleppung der preussischen Wahlreform.

Mit dem Leitartikel des „Vorwärts“, der die Verschleppung der preussischen Wahlreform behandelte und der in der reaktionären Presse die tüchtigsten Kommentare erfährt, beschäftigt sich auch ein Artikel einer Parteikorrespondenz, der von zahlreichen Parteiblättern abgedruckt worden ist. In diesem Artikel heißt es:

Die Massen der deutschen Arbeiterbewegung kann weniger als irgendwelche andere der Wortur treffen, daß sie mit der Waffe des Massenstreiks leichtfertig spielen. Sie haben immer gesagt, daß sie den Massenstreik als das letzte Mittel betrachten und damit ausgesprochen, daß der Kampf mit der Anwendung dieses Mittels nicht beginnen könne. Die Massen haben den preussischen Zuständen gegenüber eine Geduld bewiesen, der gerade ein gerechter Gegner die Anerkennung nicht verweigern sollte.

Ein weltgeschichtliches Verbrechen wäre es aber, wenn die Herrschenden daraus hauen würden, daß diese Geduld unerschöpflich sei. Und Pflicht der Sozialdemokratie als Vertreterin der Massen ist es, rechtzeitig vor solchen Illusionen zu warnen. Wird die preussische Wahlreform verschleppt und verzögert, so muß das zu einer Katastrophe führen!

Die Sozialdemokratie weiß nicht, wann diese Katastrophe eintreten wird, und es ist auch nicht ihre Absicht, sie zu beschleunigen. Desto mehr aber wird sie darauf bedacht sein, sich auf Möglichkeiten vorzubereiten, die eine notwendige Entwicklung mit sich führen kann. Sie wird dafür sorgen, daß, wenn es einmal zum Kampfe kommt, dieser Kampf für die Gegner nicht leicht sein wird. Und sie wird auch dafür sorgen, daß vor aller Welt auf Klarheit festgestellt wird, wem die Verantwortung für einen so unheilvollen Verlauf der Dinge zufällt.

Jenem Teil der bürgerlichen Presse, der sich damit tröstet, daß der Massenstreik in den nächsten Wochen wohl noch nicht ausbrechen werde, handelt gewissenlos. Gerade die liberale Presse hätte die Pflicht, offen und nachdrücklich darauf hinzuweisen, welche Folgen

aus einer hartnäckig fortgesetzten Politik des Wortbruchs zu erwachsen drohen. Und die „Kapitäne der Industrie“, das „schaffende Bürger-tum“, oder wie die schmeichelhaften Bezeichnungen der liberalen Presse sonst lauten, sie würden nur ihren eigenen wohlverstandenen Interessen dienen, wenn sie den Kopf etwas weniger tief in den Sand steckten, sondern lieber ihre ganze Macht und ihren ganzen Einfluß aufbieten, um den berechtigten Forderungen der Massen Gehör zu verschaffen.

Doch mögen jene tun, was sie wollen. Die Sozialdemokratie wird ihren Weg weitergehen. Sie sucht gewisse äußerste Möglichkeiten nicht, wird vor ihnen aber, wenn sie sich ihr aufdrängen, auch nicht zurückschrecken.“

Wie die Junker ihr Stimm-—all heranschleppen.

Die konservative Wahlleitung in Ragnit-Pillkallen verbandte unter dem Vermerk „Streng vertraulich“ folgende „Wahltagssparole“:

„Die Herren Vertrauensleute versammeln sich mit den Schleppern um 1/2 Uhr vormittags in jedem Ort an dem am Freitagabend bestimmten Sammelstelle. Das Führer muß sich hier auch pünktlich um 1/2 Uhr einfinden. Bis 1/2 Uhr sind unsere sämtlichen Wählern zu sammeln. Allen und kränklichen Wählern ist in erster Linie ein Platz auf dem Wagen anzubieten. Pünktlich 9 1/2 Uhr hat die Abfahrt mit unseren sämtlichen Wählern zum Wahllokale zu erfolgen. Führer und sonstige Ausgaben werden auf Wunsch erstattet. Nach Eröffnung der Wahlhandlung treten unsere Wähler geschlossen an die Urne. Durch die Listenführer ist an der Hand der beiliegenden Listen bis 1/11 Uhr festzustellen, wer von unseren Anhängern noch nicht gewählt hat.“

Daß die Junker trotz dieser mehr oder minder gewaltsamen Heranschleppung gegenüber 1912 mehr als ein halbes Tausend Wähler eingebüßt haben, zeigt von der wachsenden Einsicht auch der ländlichen Wähler!

Sinaturen für Stabsoffiziere.

Die die „Mil.-polit. Korrespondenz“ erfahren haben will, gedenken die bürgerlichen Mitglieder der im Oktober zusammentretenden Kommission zur Prüfung der Mängellieferungen den Antrag zu stellen, mit der Vorbereitung und Abnahme der Bestellungen künftig nur Stabs-offiziere zu betrauen. Man würde damit, da Felddienstfähigkeit für diese Tätigkeit nicht erforderlich ist, eine Anzahl neuer Stellen für Stabs-offiziere bekommen. — Diese Meldung kann schon deshalb den Tatsachen nicht entsprechen, weil die bürgerlichen Mitglieder der Kommission noch gar keine Gelegenheit hatten, sich zu verhandigen. Daß in gewissen Kreisen der Wunsch besteht, neue Stellen für Stabs-offiziere zu schaffen, mag richtig sein, aber diesen Weg wird der Reichstag nicht beschreiten. Es ist nur nötig, daß Vorkehrungen gegen Durchstochereien nach dem System Brandt getroffen werden; neue Stellen für Stabs-offiziere zu schaffen, würde erhebliche Summen kosten, ohne daß an der Sache selbst etwas geändert würde, denn diese Stabs-offiziere, die von den Materialien nichts verstehen, wären immer wieder auf die sachverständigen Beauftragten angewiesen. Das fehlte gerade noch, daß aus Anlaß des Krupp-Prozesses neue Sinaturen für Stabs-offiziere geschaffen werden.

Bekämpfung des Wauschwindels.

Die halboffizielle „Korrespondenz Both“ schreibt: Nach den Ermittlungen des preussischen Statistischen Landesamts, das eine Denkschrift über den Umfang des Wauschwindels bearbeitet, sind die Verluste der Handwerker infolge von Wauschwindelien ganz enorm in den letzten Jahren gewesen. Allein in den Großstädten, in denen allerdings fast ausschließlich Wauschwindel vorkommt, beziffern sich die Verluste in den Jahren 1909/1911 auf mehr als 2 Millionen Mark. Leider konnten die Ermittlungen auf die jüngste Zeit nicht ausgedehnt werden. Man nimmt aber an, daß sich seit einem Jahre die Verhältnisse durch kommunale Maßnahmen gebessert haben. Zu berücksichtigen ist allerdings hierbei auch der Umstand, daß der Baumarkt infolge der neueren Geldverhältnisse fast ganz brach lag. Es ist anzunehmen, daß bei normalen politischen Verhältnissen die Bautätigkeit sich heben wird. Sache der Kommunen wird es alsdann sein, genau zu prüfen, ob die Bauunternehmer, die Bauerlaubnisse erteilen wollen, finanziell tüchtig sind, um ihre einheimischen Handwerker vor Schaden zu bewahren. Die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen möchte die Regierung zunächst noch verhindern. Sie betrachtet die scharfen Bestimmungen dieses Gesetzes als letztes Mittel, wenn alle anderen Mittel verfaßt haben. Auf Grund der Ermittlungen des Landesamts wird das Staatsministerium im Herbst Gelegenheit nehmen, zu diesen Fragen erneut Stellung zu nehmen.

Noch eine Nachwahl zum lippischen Landtage.

Seit den allgemeinen Wahlen zum Landtage des Fürstentums Lippe im Januar 1913 mußten bereits drei Ersatzwahlen vorgenommen werden. Zweimal wurde ein liberales Mandat niedergelegt — weil Ungültigkeitserklärung zu erwarten war — und dann schied ein liberaler Abgeordneter durch Tod aus. Eins dieser Mandate ging an die Konservativen verloren. Jetzt hat der im 1. Kreise mit 29 Stimmen Mehrheit gegen den Sozialdemokraten gewählte liberale Abgeordnete Braumeier ebenfalls sein Mandat (wegen Krankheit) niedergelegt. In der Hauptwahl stießen auf unseren Genossen Eggen 1008 Stimmen, auf den Liberalen 863 und auf rechtsstehende Kandidaten 290. Die Stichwahl ergab für Genossen Eggen 1256, für den Gegner 1285 Stimmen.

Junggefellenssteuer.

Die Kommission für die Vorbereitung eines neuen Einkommensteuergesetzes für Lübeck schlägt vor, eine Junggefellenssteuer in Lübeck einzuführen. Die betreffende Bestimmung lautet: „Ledige Steuerpflichtige, die keine Familienangehörigen ernähren, haben bei einem Einkommen von 2100 bis 10 000 M. einen Zuschlag von 10 Proz. und bei höherem Einkommen einen solchen von 20 Proz. zu zahlen. Verwitwete Steuerpflichtige, die keine Familienangehörige ernähren, haben bei einem Einkommen von 10 000 M. einen Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen.“

Die Balkanfragen.

Trotz aller Ablehnungen aus Sofia scheint es festzustellen, daß in Konstantinopel die Verhandlungen mit dem bulgarischen Gesandten Ratschewitsch fortdauern, und man nimmt an, daß die Verständigung über Adrianopel nicht mehr lange auf sich werde warten lassen. Die Frage ist nur, ob die türkische Regierung der eigenen Armee gegenüber noch soviel Autorität besitzt, um diese von einem weiteren Normarsche abzuhalten. Die „Kölnische Zeitung“ meldet, daß türkische Truppen das ganze Küstengebiet des Ägäischen Meeres, das der Londoner Friede Bulgarien zugesprochen hat, besetzt hätten. Die bulgarischen Truppen seien auf die alte Grenze Bulgariens zurückgewichen. Mehr und mehr dränge sich die Ermöglichung auf, daß die Fülle der zu lösenden Balkanfragen neue Beratungen und ein Einschreiten der Großmächte nötig machen könnten. Dennoch würde also die türkische Armee der Weisung der Regierung, nicht weiter vorzurücken, keine Folge leisten. Und in diesem Falle würde

auch eine bulgarisch-türkische Verständigung über Adrianopel noch keine endgültige Lösung der Balkankrise bedeuten.

Der Friedensvertrag.
Bukarest, 25. August. Heute sind im Ministerium des Äußeren die Ratifikationen des Friedensvertrages ausgetauscht worden.

Holland.

Zur Ministerkrise.
 Haag, 25. August. (B. L. B.) Cort van der Linden ist am Sonnabend nach einer Audienz bei der Königin mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut worden. Er hat bereits die Zusammensetzung des Ministeriums vollzogen, doch wird die Ernennung der Mitglieder des neuen Kabinetts erst nach den Feierlichkeiten aus Anlaß der Einweihung des Friedenspalastes stattfinden. Es verlautet, daß das neue Kabinett das Programm der liberalen Koalition zur Richtschnur seiner Politik machen wird.

Rußland.

Begnadigung als Maschierung eines Justizmordes.

Dieser Tage hat der Schlußakt eines Justizdramas stattgefunden, das berechtigterweise allerorts großes Aufsehen erregt hat. Der Jar „begnadigte“ 47 Matrosen, die vor einigen Monaten unter der Anklage einer Militärverchwörung in Kronstadt zu Kerker- und Zuchthausstrafen bis 16 Jahren verurteilt wurden. Die sozialdemokratische Presse sprach schon zur Zeit des Prozesses den Verdacht aus, daß die Anklage sich auf die Mache von Lockpfehlern stütze. Der konservative Schriftsteller Fürst Welschschersky bestätigte kürzlich diesen Verdacht, indem er die aufsehenerregende Mitteilung veröffentlichte, die ganze Anklage stütze sich auf die Angaben eines Lockpfehlers, die sich als so lügnerisch erwiesen, daß selbst der Militärstaatsanwalt ursprünglich die Erhebung einer Anklage ablehnte. Wie es sich weiter herausstellte, war die Regierung nicht im Zweifel, daß der ganze Prozeß eine provokatorische Mache der „besonderen Abteilung“ für politische Spionage sei, die in Ermangelung sensationeller Verchwörungen wie schon oft zuvor zur Inszenierung einer solchen in der baltischen Flotte schritt. Der Chef der Abteilung und sein nächster Gehilfe wurden daraufhin gemahregelt und nach niedrigeren Posten versetzt. Der Prozeß fand aber trotzdem statt und endete mit der Verurteilung von 47 Matrosen zu schweren Zuchthausstrafen! Es war also bewußter Justizmord der Regierung an den Opfern der von ihr selbst gemahregelten Lockpfehlern! Nun versucht der Jar, diesen keineswegs vereinzelt dastehenden Justizmord — wir erinnern bloß an den Justizmord gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma — durch eine ekelhafte Begnadigungskomödie zu maschieren. In dem offiziellen Bericht wird verkündet, die verurteilten Matrosen hätten ein Gesuch um Begnadigung eingereicht und das Versprechen gegeben, „in Zukunft treu und rechtschaffen dem Thron und dem Vaterlande zu dienen“. Diese Mitteilung trägt nicht nur den Stempel der Lüge an der Stirn, sie zeigt auch in kraffester Weise, daß die Jarenregierung sich eher dem Gespött der ganzen Welt preisgibt, als daß sie offen eingesteht, welche Rolle das System der Provokation in den politischen Prozessen Rußlands spielt. Das System des politischen Lockpfehlertums — das ist das unantastbare Heiligtum, dem sämtliche Regierungsinstitutionen mit dem Jaren an der Spitze ihren Schutz angedeihen lassen.

Amerika.

Aus dem Korruptionssumpf.

New York, 25. August. Der Gouverneur des Staates New York, Sulzer, bereitet sich, wie es heißt, vor, an der Tammany-Hall Revanche zu nehmen. Er macht die politische Gesellschaft für sein Unglück und Mißgeschick verantwortlich. Wenn er auch schließlich nachgeben müsse, so werde er dies jedoch nicht eher tun, als bis er sich an der Tammany-Hall gerächt habe. Der Kampf zwischen den beiden Gegnern werde ein heißer werden. Die Tammany-Hall werde alles tun, um Sulzer noch weiter anzuschuldigen. Man ist noch auf weitere interessante Episoden in dieser Affäre gefaßt.

Mexiko.

Zapata auf der Flucht.

London, 25. August. Die „Times“ melden aus Mexiko vom 23. d. M.: Die Revolution im Staate Morelos ist fast vorüber. Der Insurgentenführer Zapata ist geflohen. Die Nachrichten aus dem Norden sind unvollständig, lauten aber befriedigend. Mit den kleinen Insurgentenscharen aus Morelos, die die Vororte der Hauptstadt belagert haben, wird allmählich aufgeräumt.

Letzte Nachrichten.

Bedrängte Lage der Spanier in Marokko.

Madrid, 25. August. (B. L. B.) Wie die Blätter aus Ceuta melden, wurde das Regiment von Ceuta, als es nach seinem Standort zurückkehrte, bei der Stadt plötzlich angegriffen. Auf Seiten der Spanier wurden ein Aspirant und zwei Mann getötet, ein Sergeant und drei Mann verwundet. Auch eine Eskadron aus Villarabedo wurde bei einem Patrouillenritt auf der Straße von Tetuan bei Rabiacondesa angegriffen und erlitt Verluste. Ein nach Tetuan entsandter Sonderberichterstatter des „Imparcial“ erklärte, der Angriff bei Rabiacondesa habe die Spanier 7 Tote und 17 Verwundete gekostet. Er fügte hinzu, die Eingeborenen seien Herren des Geländes und verhöhrten die Spanier. Wie der Berichterstatter weiter meldet, herrscht unter der Bevölkerung von Ceuta pessimistische Stimmung, da sie fürchtet, daß die Verteilung ungenügend sei und da sie mit Schrecken sieht, daß die Bewohner der Vorstädte vor den Herausforderungen der Eingeborenen in die innere Stadt strömen.

Die Streikbewegung in London.

London, 25. August. (B. L. B.) Die Streikbewegung unter der Londoner Arbeiterschaft gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Heute haben außer 11 000 Malern und Anstreichern, die in den Zustand getreten sind, auch die Arbeiter der elektrischen Werkstätten in den Docks der Admiralität die Arbeit niedergelegt. Die Situation im Baugewerbe ist ebenfalls sehr bedrohlich und ein Generalstreik sämtlicher im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ist mit großer Sicherheit zu erwarten.



A. Wertheim



Leipziger Strasse 126-130
(Versand-Abteilung) 132-137

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipziger Str. 132-137

Bis 3. September

Großer Wäsche-Verkauf

Leibwäsche □ Tischwäsche □ Handtücher

Wäschestickereien u. s. w.

zu ausserordentlich billigen Preisen

Soweit
vorhanden:

heute billige Lebensmittel

Diese Artikel werden
nicht zugesandt.

Dienstag, den 26. August 1913

Kalbschnitzel Pfund 1.60
Kalbskoteletts Pfund 1.40
Schweinekamm u. Schuff. Pfund 1.00
Schweinekoteletts Pfund 1.10
Rückenfett Pfd. 70 Pl. Linsen Pfd. 75 Pl.
Hammelkeule Pfd. 85 Rücken Pfd. 75 Pl.
dicke Rippe Pfd. 80 Dünning Pfd. 70 Pl.
Hammelkoteletts 2 Stück 25 Pl.

Junge Rebhühner St. 48, 80, 105 Pl.
Alte Rebhühner Stück 78 Pl.
Junge Tauben .. Stück 35, 55, 70 Pl.
Junge Hühner ... Stück 65 Pl. bis 1.10
Große Brat-Hühner St. 1.25 bis 1.75
Kablau a. Kopf, l. ganz. Fischen, Pfd. 11 Pl.
Seelachs a. Kopf, l. ganz. Fischen, Pfd. 11 Pl.
Schellfisch Pfund 12 Pl.
Bratschollen Pfund 14 Pl.

Steinbutten Pfund 70 Pl.
Aalquappen Pfund 18 Pl.
Makrelen 2 Stück 10 Pl.
Pflaumen Pfund 5 Pl.
Weintrauben Pfund 20 Pl. Kiste 75 Pl.
Kochbirnen 3 Pfund 25 Pl.
Esbirnen Pfund 10, 20 Pl.
Kochäpfel Pfund 10 Pl.
Reineclauden Pfund 10 Pl.

Bananen Pfund 20 Pl.
Wassermelonen Pfund 10 Pl.
Grüne Bohnen Pfund 5 Pl.
Tomaten Pfund 6 Pl.
Kohlrabi Mdl. 8 Pl.
Rot-, Weiß- u. Wirsingkohl Kopf 3, 5, 8 Pl.
Salat 5 Kopf 10 Pl.
Blumenkohl Kopf 15, 20, 25 Pl.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 26. August.
Anfang 7 Uhr.
Sgl. Opernhaus. Die Walküre.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgl. Schauspielhaus. Die Raben-
steinerin.
Anfang 8 Uhr.
Hrania. Mit dem Imperator nach
New York.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Kammerstücke. Kaiserliche Hoheit.
Schiller O. Die Hugenotten.
Schiller Charlottenburg. Der
Leibgardist.
Westen. Sylvester Schäfer. Das
starke Stück. Ein angebrochener
Abend.
Berliner. Himmelsüber.
Thalia. Wappchen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die
Kino-Königin.
Königsgräber Straße. Das Buch
einer Frau.
Kafkas. Der Klienten oder Caruso
auf Teilung.
Trianon. Der abgetriebene Gloden-
zug. Untreu.
Herrnfeld. Endlich allein. Die
Schönheit-Jäger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hofherrschastliche
Bewegungen.
Deutsches Schauspielhaus. Das
Kammermädchen.
Schauspielhaus. So'n Windhund.
Kaiser. Biederleute.
Kessels. Die Frau Präsidentin.
Luisen. Die Intrigantinnen.
Folies. Caprice. Die feurige
Komete. Schlafe patent.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Schiff-
brüchigen.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Stüt in
St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: Das Kammermädchen.
Theater des Westens.
6 letzte Gastspiele!
8 Uhr: Sylvester Schäfer.
Vorher: Das starke Stück.
Ein angebrochener Abend.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Komödie in 3 Akten v. Franz Reinick.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Theater.
8 Uhr: Letzte Woche
in dieser Spielzeit!
Die Hugenotten.
8 Uhr:
Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Das Buch einer Frau.
Residenz-Theater 8 1/2
Uhr
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente.)
Schwank in 3 Akt v. M. Honnequin
und P. Veber.
Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater am Nollendorfsplatz.
Gastspiel
des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schrader etc.)
Neu engagiert:
Komiker
Russell.
Anfang
8 Uhr.

Die
CINES
Theater
„CINES“
Apollo-Theater
Variété-
Lichtspiele
in künstlerischer Vollendung.
Eröffnung
29. August
Preise von 65 Pf. an aufwärts.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Rampire der Großstadt.
(Biederleute.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Ueberr großen Teich.
Lebensbild in 4 Akt. Vorher Konzert,
Einakter, bunter Teil. Anf. 4 1/2 Uhr.
Passage-Panoptikum
Die Offenbarungen
der Traumalerin
Frau Assmann,
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Veri. Poffenschlager:
„Der Aktien-Tenor oder
Caruso auf Teilung“.
Berliner Prater-Theater
7-9 Kahanien-Allee 7-9.
Täglich:
In Leid und Freud.
Voll mit Gelang und Tanz in 3 Akten
von Hugo Schulz, Musik v. H. Kersten-
Griffith. Spezialitäten, Konzert.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Sonntabend, den 30. August, 8 1/2:
Eröffnung der Winterpielzeit:
„Woh' dem, der lügt.“
Walhalla-Theater.
Sonntag, den 31. August, 8 1/2:
Eröffnung der Direktion Hans Ritter.
Der Liebesentel.

ZOOLOG
ischer Garten
Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreis:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Trianon-Theater.
Täglich
abends 8 Uhr:
Vorher: Der abgerissene Glockenzug.
Voigt-Theater
Bahstraße 38.
Heute sowie täglich:
Unsere blauen Jungens.
Voll mit Gelang u. Tanz in 3 Akten.
Vollständig neue Spezialitäten.
Kassensitz. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Sonntabend, 30. August: Ebenabend
f. d. Bermanbl.-Ränthier Karl Braun.
Admiralspalast
Eisballett der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Täglich:
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich Fliert in St. Moritz.
Beginn d. Vorstellung 1/2 9 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Brauerei Friedrichshain
Am Königsfort. Tel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Gewerkschaftliches.

Ausstand der Arbeiter im kaukasischen Naphtharevier.

Seit einigen Wochen wird das gesamte Wirtschaftsleben in Russland von dem Naphthausstand der Naphtharbeiter in Baku in Atem gehalten. Mehr als 40 000 Arbeiter kämpfen geschlossen gegen das Unternehmertum, das im Bunde mit der Administration jede Bewegung der Arbeiterbewegung auch in diesem Monat jahrelang niedergehalten hat.

Der Streik der Naphtharbeiter in Baku knüpft unmittelbar an die impulsive Bewegung der Arbeiter in Baku, die in den Jahren 1904/06 für das ganze Reich Vorbild war. Die siegreiche Konterrevolution setzte aber auch hier der Bewegung ein Ende. Dieser neue Kurs setzte 1908 mit aller Schärfe in Baku ein. Die Arbeiterorganisationen wurden zertrümmert, die Vertrauensmänner und Führer der Arbeiter wurden ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt, jede Bewegung der proletarischen Selbsttätigkeit wurde unterdrückt, und wer gegen die Despotie der Kapitalismagnaten aufzumucken wagte, wurde erdarmungslos auf die Straße gelegt.

Insgesamt reichten 11 Firmen, die mit einigen anderen den Naphthamarkt beherrschten und die Preise diktierten, im vorigen Jahre einen Reinertrag von 40,5 Millionen Rubel oder 48 Proz. ein.

Nach den Berichten des statistischen Bureaus der Organisation der Naphthaindustriellen beliefen sich die Löhne in Baku im Jahre 1909: für qualifizierte Arbeiter auf 772 bis 889 und für die Hilfsarbeiter — und diese sind in der ungeheuren Mehrheit — auf 386 bis 518 Rubel im Jahr. Ein Vergleich mit den entsprechenden Löhnen im Gouvernement Moskau zeigt, daß der Tagelohn des qualifizierten Arbeiters in Baku allerdings höher ist als in Zentralrussland, daß aber die ungeheure Mehrheit der Naphtharbeiter keinen höheren Geldlohn erhalten als die Arbeiter im Reich.

Kleines feuilleton.

Sozialismus und Rassenverbesserung. Die Rassenhygiene bezweckt in ihrer herrschenden Auffassung die Verminderung der minderwertigen Zungen, z. B. durch Eheverbot für Tuberkulose, auf geistigem Gebiet erblich Belastete, auch durch Forderung der Fortpflanzungsfähigkeit gewisser Verbrecher und sonstwie minderwertiger, zudem aber von starkem Geschlechtstrieb beherrschter Individuen.

Er erklärt, daß geistig und moralisch die Menschheit in tausenden Jahren keinen Fortschritt gemacht habe, da das Wesen des Menschen in seiner natürlichen Anlage liege, während die Wirkungen der Erziehung und sozialer Einflüsse nicht auf die Nachkommen übertragen würden.

„Betrachten wir alle diese zweifelhaften Tatsachen, viele davon so handgreiflich und so schrecklich, daß sie nicht beiseite zu schieben sind, so ist nicht zu viel gesagt: Unter ganzem Gesellschaftssystem ist verrotten von Gestalt bis zum Grunde. Die soziale Umwelt als Ganzes, im Verhältnis zu unseren Entwicklungsbedingungen und -ansprüchen, ist die schlechteste, die die Welt je gesehen hat.“

Zu hoch oben.“ Ebenso schlecht ist es um die Privatwohnungen der Arbeiter bestellt: „Die Einwohner der gemeinschaftlichen Wohnungen erdichteten buchstäblich in ihren Lohern.“ Seit Jahren wird von den Naphtharbeitern in Baku die Forderung der Regelung der Wohnungsverhältnisse aufgestellt: seit Jahren verlangen sie bei jedem Ausstand die Errichtung von Arbeiterkolonien, in denen ihnen das Mindestmaß einer menschlichen Existenz gewährleistet würde.

In den Forderungen der Arbeiter der verschiedenen Werke steht neben der Forderung der höchsten Behandlung, der Erhöhung der Löhne, der Verkürzung der Arbeitszeit immer wieder die Forderung der Anerkennung der Arbeiterausschüsse auf den Betrieben und die Regelung der Wohnungsverhältnisse wieder. Namentlich die Frage der Arbeiterausschüsse hat sich zum Mittelpunkt der ganzen Bewegung herausgebildet. Die Arbeiter verlangen die Anerkennung ihrer Vertretungen durch die Unternehmer, um endlich eine Grundlage zu schaffen für einen systematischen Kampf um die Aufhebung ihrer Arbeitsbedingungen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Linoleumleger und Teppichnäher.

In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung berichtete Ernst Schulze, daß die Forderungen unter Ausschaltung der Zwischenmeister an 11 Firmen übermittelte wurden, aber nur zwei haben geantwortet. Die Firma G. e. b. r. Leonhardt erklärt sich bereit, durchgängig eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde einzutreten zu lassen.

Der Verein der Linoleumhändler hatte sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Dabei war es der beauftragten Kommission möglich gewesen, wenn auch bei weitem nicht alle Forderungen, so doch eine ganze Anzahl Aufbesserungen einer Reihe Tarifpositionen durchzusetzen. Charakteristisch sei, wie schon in früheren Jahren, auch diesmal wieder das Verhalten des Herrn Kassel der Firma Luanimeier u. Cile gewesen, der erklärte: „Sie mögen bewilligen, was Sie wollen, für meine Firma kommt das nicht in Frage!“

beitragen und den vollen Gegenwert ihrer Leistung erhalten, dann wird der künftige Fortschritt der Rasse gesichert sein durch vollere Entwicklung ihrer höheren Natur infolge einer besonderen Form der Auslese, die dann wirksam werden wird.

Zu vereinigt der 91 Jahre alte große Forscher die richtigen Erkenntnisse der Naturwissenschaft und des Sozialismus in einer zusammenfassenden Theorie der natürlichen Auslese als vornehmsten natürlichen Mittels der Rassenverbesserung, im Rahmen einer gesunden, den Bedürfnissen der menschlichen Entwicklung entsprechenden Gesellschaftsordnung, also des Sozialismus.

Die Drift der Fram. Von Amundsen Nordpolfahrt mit der „Fram“, die im nächsten Jahre von nördlichsten Amerika ausgehen wird, erfährt man einiges aus einem Interview mit Amundsen, das in den „Hamburger Nachrichten“ mitgeteilt wird. Amundsen sagte: „Unser letzter Anlaufhafen wird die Goldgräberstadt Nome im nördlichen Asien sein.“

Die Metamorphose des Reuter-Brunnens. In Rosdorf, erzählt die „Prf. Ztg.“, vor etwa einem halben Jahre eine Konturierung für einen Reuter-Brunnen stattgefunden, aus der ein Entwurf des Nürnbergers Bildhauers Holz siegreich hervorging.

Im allgemeinen herrschte die Stimmung vor, daß noch eine große Zahl der bisher abgelehnten Forderungen bewilligt werden müßte, um den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Die Kommission erhielt den Auftrag, diesbezügliche Schritte zu unternehmen. Da die Arbeitgeber schon Montag zusammengetreten sind, wird sehr bald eine weitere Versammlung zur entscheidenden Beschlußfassung notwendig werden. Mitteilung erfolgt nur durch den „Vorwärts“.

Eine Lohnfrage der Schmiede.

Eine Branchenversammlung der Schmiede, Messerschmiede und Autogen-Schweißer beschäftigte sich mit der Frage der Verteilung des Affordverdienstes zwischen Schürmeister und Helfer. Der Referent sagte bemerkt, daß diese Frage eine der schwierigsten beruflichen Fragen sei. An der Hand einer zu diesem Zweck aufgenommenen örtlichen Statistik zeigte der Referent, daß die Verhältnisse hinsichtlich der verschiedenartigen Entlohnung gänzlich unhaltbar sind.

Folgende Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen: Die Versammlung erkennt an, daß die zurzeit in Schmiebereis bestehenden örtlichen Zustände hinsichtlich der verschiedenartigen Entlohnung für Schürmeister sowohl wie auch für Helfer durchaus unhaltbar sind. Besonders in der Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Affordverdienstes.

Die Versammelten erklären, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Solidarität und das kollegiale Einvernehmen zwischen beiden Kategorien außerordentlich leidet und sie verpflichten sich, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, die Lohnverhältnisse möglichst einheitlich zu gestalten. Um diesen Zweck in der kürzesten Zeit zu erreichen, müssen sich die Kollegen mehr wie bisher in den Werkstattversammlungen mit der Materie befassen, um Mittel und Wege zu finden, die zu einer befriedigenden Lösung dieser äußerst schwierigen Frage für beide Teile notwendig sind.

Achtung, Desinfektionsgehilfen! Die Großdesinfektion von A. Meyer, Jenischstraße 1, ist für Desinfektionsgehilfen gesperrt. Als Arbeitswilliger fungiert der Postbeamte Carl Waldt vom Postamt 20. Der Buchmacher Hentschle, der in dem Lokal sein Heim aufgeschlagen hat und sich Herrn Meyer besonders verpflichtet fühlt, ist sehr scharf hinter den Streikposten her, denen er die Polizei fortwährend auf den Hals behrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Konflikt auf den Werften.

Am heutigen Dienstag sollten bekanntlich die Arbeitsschweife wieder geöffnet und die Einstellung der Streikenden wieder aufgenommen werden. Um eine glatte Erledigung der Einstellung zu bewerkstelligen, ist mit der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in Hamburg von Vertretern der Zentralwerkstoffkommission vereinbart worden, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer sämtlichen Geschäftsstellen des Metallarbeiterverbandes angibt, wieviel Arbeiter der verschiedenen Gruppen für die bestimmten Werften am nächsten Tage eingestellt werden sollen.

Den Holzarbeitern wird bekanntlich von den Unternehmern der Vorwurf gemacht, sie hätten durch ihr Verhalten Anlaß zur Schließung der Arbeitsschweife gegeben. Nun haben die Hamburger Holzarbeiter am Sonnabend in einer Versammlung der Streikenden mit 390 gegen 130 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der streikenden Holzarbeiter der Werften schließen sich den Beschlüssen der anderen Organisationen in Bezug auf die Wiederaufnahme der Arbeit an.“ — Darauf wurde noch folgende Zusatzresolution einstimmig angenommen: „Gezungen durch die Maßnahmen der Zentralvorstandes erklären die Holzarbeiter sich bereit, die Arbeit in derselben Form aufzunehmen, wie die anderen Organisationen.“

gestellter Entwurf des Moskauer Maler-Bildhauers Paul Walla 1 wurde von der Jury, der u. a. Prof. Wandschneider (Charlottenburg) angehörte, einstimmig abgelehnt. Es handelt sich um einen für 80 000 M. angebotenen Brunnen, der um eine Figur herum am Schatt Rosaltblinder-Frisse aufwies.

Jetzt nun erließ ein Ausschuss, dem u. a. wieder Professor Wandschneider angehört, einen Aufruf, durch den der abgelehnte Wallasche Reuter-Brunnen für 85 000 M. als Brindman-Brunnen (John Brindman, bekannter plattdeutscher Dichter aus Rosdorf, 1814—70, Schöpfer des „Kaiser Ohm u. id“) empfohlen wird!

Wald so, bald so, wie's trefft. Geschäft ist Geschäft. Paul Walla denkt: Name ist Schall und Rauch. Ein possender Name für sein Opus wäre Proteusbrunnen.

Eine schlechte Theaterfigur! Unter dieser Ueberschrift fällt der bekannte skandinavische Kunsthistoriker Sigurd Müller ein recht niederschmetterndes Urteil über die neulich von Wilhelm II. an Norwegen geschenkte Frithjof-Statue. Er schreibt: Wie die Statue wirkt, wenn man sie in nicht geringem Abstand sich gegen Luft und Kälde abheben sieht, darüber habe ich keine bestimmte Meinung; wahrscheinlich gibt sie eine recht schöne Silhouette und dekoriert im ganzen genommen gut, aber als selbständiges Kunstwerk hat sie nur geringen Wert.

An dem Modell, das zurzeit auf der Jubiläumsausstellung in Berlin zu sehen ist, lernt man den Erzeuger der Statue als einen oberflächlichen Routinekünstler und sein letztes „großes“ Werk als ein inhaltsloses, sülloses und, im wesentlichen gesehen, geschmackloses Produkt kennen.

Von altmodischem Geizhals und persönlicher Haltung hat Professor Langer offenbar nur einen sehr unvollkommenen Begriff; was er in dieser Hinsicht kennt, hat er sich sicher aus Tegners modernromantischer Umdichtung zugeeignet.

Sein Frithjof, der die Last des Körpers auf das zurückgezogene linke Bein bürdet, die linke Hand in die Seite stützt, die rechte auf den Schwertknäuel legt, das frisierte Haupt etwas über halblinks dreht, ist im großen und kleinen eine Theaterfigur und obendrein keine gute. Frei und natürlich sieht er auf den Beinen, Aug durchgearbeitet, um von allen Seiten was vorzustellen, und modelliert ist er mit Fertigkeit, sowohl im Naden wie im Bekleideten. Aber darüber hinaus ist auch wohl nichts Gutes mehr von ihm zu sagen.

Vertauschen wir nun das Schwert mit einem Rapier, so könnten wir ihn mit dem Namen einer oder der anderen Nebenperson z. B. in Shakespeares „Chambeline“ nennen und haben ihn alsdann noch zu viel Ehre angetan! — — — Vielleicht ist er ein Page oder ein Trabant oder so etwas ähnliches. Etwas gleicht er übrigens auch dem hübschen Scharfrichter in Delacroix's „Jeanne Gray's

in die dagegen beharren die Holzarbeiter auf ihrem Standpunkt, den Arbeitsnachweis der Unternehmer nicht in Anspruch zu nehmen. Mit Bezug darauf hat die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in Hamburg der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitgeteilt, daß nunmehr die Arbeitsnachweise noch vorläufig geschlossen bleiben, bis auch die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Westfalen beschlossene haben, sich zur Aufnahme der Arbeit stellen zu wollen.

Der Metallarbeiterstreik in Hohenzollern

konnte am Sonnabend mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Das schon kurz gemeldete Rekonstruieren mit den Arbeitswilligen macht es notwendig, darauf noch einmal einzugehen, denn in der bürgerlichen Presse, besonders aber in Scharfmacherblättern, wird folgende Alarmnachricht verbreitet:

„Mittwochsabend rotteten sich Hunderte von ausländigen Arbeitern der Vereinigten Holz- und Möbelfabrik in den Straßen zusammen und verfolgten die Arbeitswilligen bis zu den Arbeitsstätten. Es kam verschiedentlich zu Tätlichkeiten. Schließlich eröffneten die Ausländigen ein Steinbombardement auf das Fabrikgebäude und die Geschäftsräume, wobei sämtliche Fenster- Scheiben zertrümmert wurden.“

Die Sache wird also so dargestellt, als hätten die Streikenden sich selbst an dem Tumult und am Einwerfen der Fensterscheiben beteiligt. Die Streikleitung erklärt dazu folgende Erklärung:

„Die infolge der begreiflichen Erregung über das Eintreffen der Arbeitswilligenkolonne (63 Hingegardisten) vorgekommenen Ausschreitungen verurteilt auch die Streikleitung auf das schärfste und stellt durch Einzelbefragungen fest: 1. Daß die Streikleitung an den bedauerlichen Vorkommnissen gänzlich unbeteiligt ist, 2. daß auch die Streikposten die meist jugendlichen Personen, die sich leider zum Einwerfen von Fensterscheiben usw. hinreihen ließen, ernstlich und dringend verwarnt haben, Ruhe zu halten, 3. daß von den Ausländigen selbst niemand sich an den Ausschreitungen beteiligt hat. — Die Streikleitung hat alle Maßnahmen getroffen, um für Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe der Ausländigen auch weiter streift zu sorgen und erwartet, daß sie in diesem Bestreben von der ganzen Arbeiterschaft Hohenzollerns nachdrücklich unterstützt wird.“

Außerdem begab sich die Organisationsleitung des Metallarbeiterverbandes im Besitze eines Stadtverordneten nach dem Bürgermeisterrat, wofür in Gegenwart des Bürgermeisters einwandfrei festgestellt wurde, daß sich kein Streikender an den Ausschreitungen beteiligt hat, vielmehr diese von 14 bis 16 jährigen jungen Leuten begangen worden sind.

Ausperrung in der Beleuchtungsbranche in Mainz.

Die Fabrik „Gasapparat und Gußwerk“ sperrte am 22. d. Mts. zweihundert Arbeiter aus. Am Sonnabend sind sämtliche Betriebe diesem Beispiel gefolgt, wodurch über 400 Arbeiter außer Tätigkeit sind. Veranlassung zu dieser Maßregel war, daß die Arbeiter in dem neuen Tarif, der drei Jahre laufen sollte, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und eine Erhöhung von zwei Pfennig Stundenlohn wünschten. Nach erfolgter Aussperrung haben jetzt die vereinigten Fabrikanten noch einige Zugeständnisse gemacht, so daß eine Einigung nicht ausgeschlossen erscheint.

Der Klempnerstreik in Breslau ist nach siebzehnwöchentlicher Dauer nach gemeinschaftlichen Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern beendet worden. Die Arbeitgeber haben Zugeständnisse machen müssen. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden.

Ausland.

Malerstreik in London.

Einer Meldung von Wolffs Telegraphenbureau zufolge haben in London 5000 Malergehilfen, die dem vereinigten Malerverband angehören, zugleich mit 5000 nichtorganisierten Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Der Verband verlangt eine Lohnerhöhung von 1 1/2 Penny für die Stunde.

Aus der Partei.

Die sozialistische Bewegung in Mascha.

Das eilige Goldland der Vereinigten Staaten, das in der Breite Nordbrüdens gelegen, auf 1 1/2 Millionen Quadratkilometer kaum 70 000 Einwohner zählt, hat bereits eine kräftige sozialistische Bewegung. Wie die Genossin Lena Morrow Lewis, Sekretärin der Partei, mittels, ist deren Organisation die stärkste politische im Lande. Das Wochenblatt „Appeal to Reason“ von Kansas wird dort in 900 Exemplaren gelesen. Bei den letzten Wahlen brachten unsere Genossen 85 Proz. der Stimmen auf. Dabei waren viele Vergarbeiter, die zerstreut auf der Goldsüde leben, durch die Ungunst des Klimas verhindert, zur Wahl zu gehen, ja von ganzen Bergmannsdörfern, dem stärksten Rückhalt der Bewegung, konnten die Stimmen nicht übermittelt werden. So wurde die Hoffnung der Genossen, diesmal schon die Mehrheit zu gewinnen, enttäuscht. Man

hofft indes bestimmt, wenn erst Mascha als Unionsstaat organisiert sein wird, so weit zu sein und einen sozialistischen Vertreter ins Repräsentantenhaus zu entsenden. Schon heute gibt es kaum einen Ort von einiger Bedeutung ohne Parteioffiziale mit Bibliothek und Versammlungsraum. Einer der ersten Erfolge ist die Eroberung des Frauenstimms für alle Abstimmungen.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Landrat.

Wegen Beleidigung des Landrats Peters im Kreise Randow-Greifenhagen wurde Genosse Redakteur Schumann vom „Volkboten“ in Stettin vom dortigen Landgericht zu einer Strafe von 100 Mark verurteilt.

Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow.

Die am Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow nahm

Stellung zum Parteitag.

Der Referent Bagels besprach die Tagesordnung des Parteitages. Er erklärte es für notwendig, daß Staat und Gemeinden angehalten werden, der Arbeitslosenfürsorge näher zu treten. Ferner sei es notwendig, daß für die Agitation auf dem Lande unsere Stellung zur Agrarfrage in einem Programm zusammengefaßt werde. Es könne zu diesem Zweck eine Kommission eingesetzt werden, die dem nächstjährigen Parteitag Vorschläge machen könnte. Die Anträge, welche zum Kaiserjubiläum vorliegen, müßten befürwortet werden. Mit der Kaiserfeier selbst — sagte der Redner — haben wir absolut keinen Erfolg gehabt. Im nächsten Jahre soll sie zum fünfundsiebzigjährigen Male gefeiert werden. Es wäre am besten, wenn wir das Jubiläumsjahr dazu benutzen würden, um mit der Kaiserfeier ein Ende zu machen, denn sie erfordert in jedem Jahre nutzlose Opfer. Zum Teil liegt ja der Mißerfolg, den wir mit der Kaiserfeier hatten, daran, daß die Gewerkschaften nicht für die Feier eintreten, oder, wie sie sagen, nicht eintreten konnten. Aber wie die Dinge jetzt liegen, wäre es besser, mit der Kaiserfeier ein Ende zu machen, anstatt diesen Reiznam jedes Jahr wieder zu galbonisieren. — Beim Bericht des Parteivorstandes wird man wohl dem Parteivorstande die Schuld am Stillstand der Organisation und der Leserschaft der Parteipresse zuschieben. Wer die Dinge recht betrachtet, wird sagen müssen, daß man den Parteivorstand für die Stagnation nicht verantwortlich machen kann, sondern daß hier andere Ursachen vorliegen. Einen Auf- und Abstieg unserer Mitgliederzahl und Leser der Parteipresse hat es immer gegeben. Nach Wahlkämpfen tritt in der Regel ein gewisser Rückgang ein. Man hat in unseren Reihen an die Reichstags- und Landtagswahlen übertriebene Hoffnungen geknüpft und sieht sich nun enttäuscht. Mit dem Ausfall der Landtagswahl können wir nach Lage der Verhältnisse zufrieden sein. Wer von den 110 Sozialdemokraten im Reichstags mehr erwartet hat, der soll bedenken, daß sie noch lange nicht die Mehrheit bilden. An dem Stillstand der Organisation in Berlin ist zum Teil auch der Umstand schuld, daß sich hier die Parteioffiziale mit manchen Dingen, beispielsweise mit Unterdrückung von Bewegungen schwacher Gewerkschaften, zu beschäftigen hat, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören. Durch eine gewisse Vereinsmeierei, die Beteiligung vieler Arbeiter an allen möglichen Sport- und Vergnügungsvereinen werden die Kräfte verstreut und das Interesse an der Parteioffiziale geschwächt. Auch die Beteiligung von Arbeitern an Kennzettelungen nimmt immer mehr zu. Das Schädliche eines solchen Verhaltens müßte den Arbeitern von autoritativer Seite klargemacht werden. — Man sagt, die Führer seien schuld daran, daß wir nicht in der gewünschten Weise vorwärts kommen. Es ist bestritten, die Frage des Massenstreiks auf dem Parteitage zu diskutieren. Wegen die Propagierung des Massenstreiks ist nichts einzuwenden. Das Proletariat muß auf die Anwendung dieser Waffe vorbereitet werden. Aber an die Ausführung des Massenstreiks können wir noch lange nicht denken. Solange nur Rechtsanwältinnen, Schriftsteller und Redakteure uns Vorträge über den Massenstreik halten, möchte ich ihn nicht mitmachen. Notwendig ist, daß wir erst die Praktiker hören, die Erfahrungen in der Führung von Streiks haben. Die Praktiker müßten uns Vorschläge über die Durchführung dieses Kampfmittels machen. In der preussischen Wahlrechtsfrage werden wir ja dies Kampfmittel anwenden müssen, aber erst dann, wenn die erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind. — Der Redner ging in längeren Ausführungen auf die Haltung der Reichstagsfraktion zur Wehr- bezw. Dedungsfrage ein. Wenn durch eine ungeschickte Taktik der Fraktion die Massen mit neuen indirekten Steuern belastet worden wären, dann würde sich allgemainer Unwille bemerkbar gemacht haben. Nachdem die Annahme der Wehrvorlage nicht verhindert werden konnte, mußte unsere Fraktion bemüht sein, die Kosten den Besitzenden aufzuerlegen. Durch ihre Zustimmung zur Dedungsfrage hat die Fraktion verhindert, daß den Massen neue indirekte Steuern auferlegt werden. Wenn die weitergehenden Anträge unserer Fraktion nicht angenommen wurden, so kann sie natürlich nicht dafür. Es ist der Fraktion gelungen, die Besitzenden zur Kostenbedeckung heranzuziehen. Wenn es ihr ge-

lingt, auf diesem Wege fortzuschreiten, dann können wir hoffen, daß sich der Eifer der bürgerlichen Parteien, Militärforderungen zu bewilligen, abkühlen wird. Man kann der Fraktion aus ihrer Haltung zur Dedungsfrage keinen Vorwurf machen. — Zu wünschen wäre, daß die Fraktion eine Änderung des § 23 des Einkommensteuergesetzes beantragt, der die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen der Arbeiter anzugeben. Es müßte in dem Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, welche die Banken verpflichtet, über die Reichthümer ihrer Kunden Auskunft zu geben.

Die Diskussion erstreckte sich zunächst auf die Fragen des Massenstreiks und der Haltung zur Dedungsfrage.

Pied beantragte eine Resolution, welche bedauert, daß die Reichstagsfraktion der Dedungsfrage zustimmte und die Gründe der Mehrheit der Fraktion nicht anerkennt. Weiter bedauert die Resolution, daß sich die Fraktion fast nur auf den parlamentarischen Kampf gegen die Dedesvorlage und die Dedung beschränkt und nicht eine energische Agitation unter den Massen veranlaßt habe. Die unter Zustimmung der Fraktion erfolgte Trennung in der Verabschiedung der Dedes- und der Dedungsfrage bezeichnet die Resolution als geeignet, die Aufmerksamkeit der Massen von der Dedesvorlage auf die Dedung abzulenken und den Kampf gegen die Dedesvermehrung in den Hintergrund zu drängen. Vom Parteitag erwartet die Resolution, daß er dem Verhalten der Fraktion seine Zustimmung nicht gibt. — In längerer Rede begründete Pied seine Resolution. Er sagte unter anderem, die Stellung der Fraktion sei sehr schwach gewesen, sie habe ihre Taktik durch die Haltung der Liberalen bestimmen lassen. Das sei Opportunismuspolitik und könne nicht gebilligt werden. In einer so wichtigen Frage, wie der vorliegenden, hätte die Entscheidung nicht allein durch die Fraktion, sondern durch einen außerordentlichen Parteitag getroffen werden müssen.

Jaah sprach gegen die Resolution Pied. Man solle das Urteil über die Haltung der Fraktion dem Parteitage überlassen, wo die Fraktion Gelegenheit habe, sich zu verteidigen. Mit dem Massenstreik dürfe man nicht experimentieren. Dabei könnten leicht die seit 20 Jahren aufgebauten Organisationen schwer geschädigt werden. Unsere Massen seien noch nicht so weit, daß man solche Experimente wagen könne, die von Rechtsanwältinnen und anderen Leuten empfohlen werden. Wer die Massen kennt, der werde wissen, daß sie für solche Experimente nicht zu haben seien.

Ochloff warf die Frage auf, warum die Massen nicht reif seien. Er meinte, weil sie nicht herangezogen werden zur Entscheidung tatsächlicher Fragen. In unseren Parteioffiziale müssen mehr Demokratie herrschen, den Massen müsse Gelegenheit gegeben werden, zu so wichtigen Fragen, wie die Haltung zur Dedungsfrage, entscheidend Stellung zu nehmen. Erfreulich sei, daß Bagels hinsichtlich der Kaiserfeier ausgesprochen habe was ist. Wir könnten ruhig anfragen, mit der Kaiserfeier Schluss zu machen. Das sollte der Parteitag tun. Die deutschen Genossen, als Vertreter des Landes, wo die Kaiserfeier noch am stärksten durchgeführt wird, sollten auf dem internationalen Kongress beantragen, daß ein Ende mit der Kaiserfeier gemacht werde. Es sei gesagt worden, zur Frage des Massenstreiks müßten sich erst die Praktiker, also die Gewerkschaftsführer, äußern. Ja, wer hindert denn die Gewerkschaftsführer, sich über diese Frage auszusprechen, aber sie tun es nicht. Wenn man sagt, wir sind nicht reif, so kommen wir nicht weiter. Wir müssen versuchen, die Massen reif zu machen.

Scholz legte dar, daß die Haltung der Fraktion zur Dedungsfrage keineswegs etwas Neues sei. Schon 1898 sei die Fraktion ohne Widerspruch aus unseren Reihen dafür eingetreten, daß wenigstens ein Teil der Kosten der damaligen Marinevorlage durch eine direkte Reichseinkommensteuer aufgebracht und ein etwaiger Uberschuß aus dieser Steuer zur Aufhebung indirekter Steuern Verwendung finde. Dieser Antrag der Fraktion sei abgelehnt worden. Der 1912 gegebene Fraktionsbericht betreffe ebenfalls den Standpunkt, daß wir dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation, erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer zu stimmen. — Diesem Standpunkt — so führte der Redner weiter aus — entspreche auch der Inhalt des Manifestes der deutschen und französischen Parteigenossen sowie die am Sonntag veröffentlichte Resolution Wurm zur Steuerfrage. — Wenn unsere Fraktion der Dedungsfrage nicht zugestimmt hätte, dann würde sich — falls der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre — im Herbst eine Mehrheit für die Dedung durch neue indirekte Steuern gefunden haben. Das ist durch die Haltung der Fraktion verhindert.

Barth trat für die Kaiserfeier ein und bezeichnete sich als Anhänger des Massenstreiks. Aber es sei ein frivolcs Spiel, wenn man den Massenstreik zur Lösung der Wahlrechtsfrage anwenden wolle. Wenn wichtige, die Lebensinteressen des Volkes berührende Rechte und Forderungen auf dem Spiel stehen, nur dann habe der Massenstreik Sinn und Zweck, dann werde er auch Erfolg haben.

Smald ersuchte um Ablehnung der Resolution Pied, weil sie wie ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion aussehe. Solches Mißtrauen habe die Fraktion nicht verdient.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Nach dem Schlußwort des Referenten Bagels und persönlichen Bemerkungen mehrerer Redner wurde die folgende Resolution angenommen:

Trotz des großen moralischen Erfolges, den die Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen erzielt hat, zeigt sich immer deutlicher die Unmöglichkeit, mit den bisher angewandten Kampfmethoden, insbesondere auf dem rein parlamentarischen Wege, das freie Wahlrecht für Preußen zu ertingen. Deshalb mögen der Parteitag und die Organisation beschließen, in eine systematische Propaganda für den politischen Massenstreik einzutreten.

Die Resolution Pied wurde abgelehnt.

Durch Stimmzettel erfolgte die

Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Gewählt wurden Bagels, Scholz, Frau Abned, Oah, Gomoll, Wihler, Thiele und Babel. Als Ersatzmann wurde Richter-Trebbin bestimmt, der die nächst höhere Stimmzahl erhalten hatte. In der Minorität blieben Frau Lazar, Pied, Richter-Bankwitz, Hagen, Neumann, Hilbig und Witt. Nunmehr wurden die noch vorliegenden

Anträge zum Parteitag

zur Diskussion gestellt.

Angenommen wurde ein Antrag Schöneberg:

Der Parteitag möge die Agrarfrage auf die Tagesordnung

setzen.

Ein ebenfalls aus Schöneberg gestellter Antrag, den Ge-

burtensstreik mit Dr. Alfred Bernheim als Referenten auf die

Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wurde nach kurzer Dis-

kussion abgelehnt. Dann wurden zwei Anträge Kozdlin

angenommen:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: „Massen-

streik und Wahlrechtsfrage“.

Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion zu veran-

lassen, eine Reichsarbeitslosen-Versicherung zu beantragen.

Ein ebenfalls von Kozdlin gestellter Antrag, welcher fordert,

daß die „Gleichheit“ in leicht verständlicher Form geschrieben werde,

rief eine Debatte hervor, in der mehrere Redner, namentlich Frau

Scholz, es als notwendig bezeichneten, daß die „Gleichheit“ mehr

Nächtig nehmen auf die noch nicht fertiggeschriebenen Beschlüssen, die

erst mit unseren Ideen vertraut gemacht werden sollen. Jetzt seien

die Artikel meist zu schwer verständlich. — Pied bezeichnete diese

Kritik als unbegründet. Die „Gleichheit“ werde ja nicht nur für

die Indifferenten geschrieben, sondern auch für die agitatorisch

tätigen Genossen. — Der Antrag wurde schließlich in folgender

Fassung angenommen:

In der „Gleichheit“ sind mehr Artikel aufzunehmen, die dem Verständnis der Neueintretenden angepaßt sind. Der Raum dafür ist durch Kürzung der Agitationsberichte zu schaffen.

Der Gott des Kriegs steht auch dabei

und hält sich seinen Bauch dabei.

Es ist doch etwas Sonderbares

um diesen sogenannten Ares.

Peter Scher („Simplicissimus“).

Notizen.

— Antisemitischer Kulturgeist. In den „Deutsch-Sozialen Blättern“ wird einem Fragesteller in Ostpreußen mitgeteilt, wie er es machen soll, um die Aufführung von Lessings „Nathan der Weise“ möglichst zu verhindern. Eingabe an den Bürgerausschuß, Eingehands an die Zeitungen, Schreiben an die Theatergesellschaft — eine ganze Batterie soll er inattnen lassen gegen dies Stück, das einem Juden die Heldenrolle zuweist. — Im „Nathan“ heißt es: „Es eifere jeder seiner und des anderen, von Vorurteilen freien Liebe nach.“ Nieber mit solchem Stück! sagen die „Deutsch-Sozialen Blätter“.

— Tunnel über der Spree. Der Berliner Universitätsbibliothek ist es nach langjährigen Bemühungen gelungen, den literarisch-künstlerischen Nachlaß des Vereins „Tunnel über der Spree“ mit Zustimmung der wenigen noch lebenden Mitglieder dieses Vereins anzuliefern zu erhalten. Der Verein ging aus einem von Sophie um 1890 gegründeten Dichterkreis hervor und blühte besonders in den fünfziger und sechziger Jahren. Zu seinen Merkmalen gehörte die Abneigung gegen das radikale politische Gedicht. Er war ein Hochfür der honetten, später nationalliberalen Bürgerlichkeit.

— Eine internationale „Titanic“-Konferenz findet Mitte November auf Einladung der britischen Regierung in London statt. Man wird beraten über die Frage der Sicherung der Schiffe gegen das Sinken durch die Anordnung der Schotten, ferner die Schaffung von ausreichendem Bootraum in den Rettungsbooten, die Einrichtung der drahtlosen Telegraphie, die Dampferouten und die Fahrgehwindigkeit bei Störfahr.

— 28 Pfund Rieselsteine im Magen. In dem Elberfelder Zoologischen Garten befindet sich ein Seelöwebassin. Die Tiere fressen nach allem, was ihnen vom Publikum zugeworfen wird und schlucken es ohne Wahl. Jetzt hat man im Magen eines eingegangenen Seelöwen nicht weniger als 28 Pfund Rieselsteine vorgefunden. Sie hatten die Größe von Walnüssen bis zu kleinen Äpfeln.

— Zu Schiff von Vasei bis Konstanz — über diesen Plan beriet der deutsch-österreichisch-ungarische Verband für Binnenfahrt soeben in Konstanz. Man will versuchen, unter Umgehung des Schaffhauser Falles den Bodensee der Rhein-Schiffahrt zu erschließen.

Einrichtung“. Keine Persönlichkeit, keine ursprüngliche Kraft, nur lauter „Pöse“!

Gut paßt zu dieser Art, daß das Kostüm ganz willkürlich als Theater- oder Maskenkostüm konstruiert ist, wie es — mit Verlaub — von einem mittelalterlichen Geden oder „sin de siecle“ getragen wurde. Das Kostüm ist aus Ziegenleder (Kragen und Oberwams), sein gewebtem Stoff (Reibstüd und Hemd), zwei Gürteln, der eine einige Zoll über dem anderen, und Sandalen mit Riemen bis herauf zu den Knien zusammengefaßt, alles so niedlich, als wenn es eben aus dem Modemagazin gekommen wäre.

Das Schwert sagt: „Das soll die Vorzeit sein.“ Es ist mit einigen Mißverständnissen den Bronzezeit-Waffen nachgemacht und paßt so schlecht wie möglich zu dem übrigen. Um die eine Hand ein Stück zu erhöhen, ohne zugleich das Schwert, auf dessen Heft sie ruht, unnötig zu verlängern, hat der Künstler einen großen Stein unter die Schwertscheide gelegt, ein Kniff, der lästig aus- spekuliert wirkt.

Im ganzen ist die Freilicht-Statue am Egnessford eines von den „Kunstwerken“, die vernichtend auf den Geschmack des Volkes wirken, weil sie mit einer gewissen oberflächlichen Prunkbildlichkeit und flotten Ausführung auf ihn eindringt und ein schlecht begründetes Gefallen erweckt.

Humor und Satire.

Der Friede im Haag.

Am achtundzwanzigsten August

Wirst sich der Weltgeist in die Brust,

Denn jener oft bejunge Friede

Wohnt ferner keineswegs zur Niets.

Herr Carnegie als Mann mit's Feld

Hat ihm ein eignes Heim bestellt,

Und er eröffnet das Gewüßte

Am achtundzwanzigsten August.

Die Diplomaten mit dem Frack

Verlammeln sich an diesem Tag,

Und etwas abgelehrt von ihnen

Spricht Carnegie mit Wilhelmien.

Man läßt bei einem Gläschen Sekt

Die Röbre, welche Angst erweckt,

Und grüßt mit angemessener Besse

Den Fortschritt der Kultur, versteinerte!

Hier sieht man nun das Heil der Welt

Mit Andrew Carnegie vermählt,

Um unter üblichen Gebräuchen

Den Völkersühling zu erweiden.

Aus Anlaß eines weiteren Reußener Antrages, der die Herausgabe einer Rubenzzeitung fordert, entstand eine Diskussion, in der auf der einen Seite die Notwendigkeit der Herausgabe einer den Bedürfnissen der Arbeiterfamilien entsprechenden Rubenzzeitung betont, auf der anderen Seite aber hervorgehoben wurde, daß ein derartiges Unternehmen wegen der außerordentlich hohen Kosten auf große Schwierigkeiten stoßen werde. Der Antrag wurde in folgender Fassung angenommen:

Um die Arbeiterfrauen von den heutigen Rubenzzeitungen, die alle mehr oder weniger gegenwärtige Politik treiben, unabhängig zu machen, wird der Parteivorstand ersucht, einen Kostenschlag für die Herausgabe einer den Bedürfnissen der Arbeiterfamilien entsprechenden Rubenzzeitung aufzustellen.

Ein von Charlottenburg gestellter Antrag, der die Schaffung sozialistischer Jugendorganisationen für junge Leute von 18 bis 21 Jahren fordert, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Der folgende Antrag wurde, nachdem Reumann-Aldershof ihn begründet hatte, dem Bezirksbildungsausschuß überwiesen:

Der hohe erzieherische Einfluß der Jugendwanderungen wird gehindert durch ungeeignetes Führerpersonal. Um den idealen Zweck der Wanderungen zu erreichen, die Liebe zur Natur, das Verständnis kultureller und sozialer Einrichtungen sowie Kenntnisse der Geschichte und der Naturwissenschaft zu fördern, sind gut ausgebildete Führer dringend notwendig. Da die proletarische Jugendbewegung über eine genügende Anzahl pädagogisch und wissenschaftlich gebildeter Führer nicht verfügt, so ist es notwendig, daß zu diesem Zweck von den Bezirks-Jugendauschüssen in Verbindung mit den Turnvereinen und mit Unterstützung der Zentralstelle besondere Kurse eingerichtet werden.

Angenommen wurde noch ein Antrag an den Parteitag, welcher verlangt, daß alle am 1. Mai feiernden und seinen Lohnausfall erleidenden Genossen und Genossinnen ein Tagesverdienst an den Kassenschatz abzuliefern haben.

An Stelle des nach auswärts bezogenen Revisors Niebel wurde Hagen-Friedemann gewählt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Groger widmete dem Genossen Vebel einen ehrenvollen Nachruf und schloß darauf die Versammlung.

Der brandenburgische Provinzial-Parteitag.

Am Sonntag vormittag trat in Frankfurt a. O. der Parteitag für den Bezirk Brandenburg zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Außer 64 Delegierten war der geschäftsführende Ausschuß durch 6 Mitglieder vertreten, daneben nahmen noch 4 Abgeordnete, 8 Kandidaten und 5 Vertreter der Parteipresse an den Verhandlungen teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Sydow-Brandenburg unserem verstorbenen August Vebel einen warm empfundenen Nachruf. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr erstattete der Provinzialsekretär Weis. Er betonte, daß die Mitgliederbewegung in diesem Jahre nicht das erfreuliche Bild des Vorjahres zeigt. Es sei ein Rückgang an männlichen Mitgliedern zu verzeichnen, der nur wettgemacht werde durch die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Immerhin habe sich die Gesamtmitgliederzahl gegen das Vorjahr um 44 vermindert. Bedauerlich sei es, daß es im vergangenen Jahre nur an zwei Orten gelungen sei, neue Parteilisten zu errichten. Da in etwa 200 Orten des Bezirks noch Einzelmitglieder vorhanden seien, habe hier die Werbearbeit einzuleiten, damit durch Gründung neuer Wahlvereine im nächsten Jahre bessere Erfolge erzielt werden. In den Berichten der Organisationsleiter wurde über einen nichtbefriedigenden Besuch der Versammlungen geklagt. Am meisten sei zu bedauern, daß während des Jubiläumsummels eine Anzahl Genossen in einigen Orten es vorgezogen, sich am patriotischen Klimax zu beteiligen, statt in die eigenen Versammlungen der Organisation zu gehen. Wenn man die Stagnation der Organisation nachprüfe, so komme man zu dem Schluß, daß die Gleichgültigkeit der Parteigenossen ein großes Teil Schuld trage, daneben aber natürlich die einseitige Arie ihre Wirkung. Die Zunahme der Mitglieder in den gewerkschaftlichen Organisation zeige, daß noch eine große, fruchtbare Werbearbeit geleistet werden kann. Bei der im Bezirk verbreiteten sozialdemokratischen Presse mache sich derselbe bedauerliche Rückgang an Abonnenten bemerkbar wie an vielen anderen Orten. Die „Brandenburger Zeitung“ verlor im Berichtsjahre 1832 Abonnenten, die „Vorkämpfer“ gar 1792. Wir müssen alles daran setzen, diesen Verlust wettzumachen und darüber hinaus unseren Organisationen und unserer Presse neue Mitglieder zuzuführen. Die Genosse Weis ausdrücklich betonte, sei das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften in der Provinz Brandenburg ein andauernd gutes. Nur in Lübben habe sich eine betrübende Erscheinung gezeigt. Dort habe der nationale Jungdeutschlandbund seinen stärksten Rückhalt an einem Turnverein „Einigkeit“, dem eine größere Anzahl Parteimitglieder wie auch Gewerkschaftler angehörten. Nachdem es dort zu Differenzen kam, erklärte der Vorstand, daß es die höchste Ehre des Vereins sei, die nationale vaterländische Jugendbewegung zu pflegen. Trotzdem blieben 17 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, darunter leitende örtliche Funktionäre, Mitglieder dieses nationalistischen Turnvereins und trugen dadurch zur Stärkung des Kampfes gegen ihre eigenen Klassengenossen bei. — Die Bildungsbestrebungen werden in 18 Wahlkreisen des Bezirks durch 38 Bildungsausschüsse gefördert; durch Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen und dergleichen ist Erhebliches für das Bildungsstreben der Mitglieder geleistet worden. Die „Arbeiterjugend“ hatte im Berichtsjahre in 33 Orten 2655 Mitglieder; bedauerlich sei es, daß eine Reihe größerer Orte im Bezirk der Jugendbewegung noch immer nicht das nötige Verständnis entgegenbringe. So sei es auffallend, daß in Potsdam die „Arbeiterjugend“ nur in einem Exemplar gelesen werde, während in einer ganzen Reihe kleiner und kleinerer Ortschaften 20, 30, ja 50 Abonnenten gezählt wurden. Von den 29 im Bezirk errichteten Kunstschulen wurden 2065 Auskünfte erteilt. Ein etwas sonderbarer Vorgang hat sich zwischen dem zu Groß-Berlin gehörenden Wahlbezirk Niederbarnim und dem Bezirkswahlbezirk Niederbarnim abgespielt. Nach den Landtagswahlen erhielt der Vorstand des Wahlvereins Oberbarnim vom Wahlbezirk Niederbarnim ein Schreiben, in dem dargelegt wurde, daß es zur besseren Agitation in Oberbarnim vorteilhaft sei, wenn Niederbarnim durch Einsetzung einer Agitationskommission Oberbarnim in seiner Agitation unterstützen. So erfreulich die angebotene Unterstützung an sich sei, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß die vor zwei Jahren erfolgte Trennung Groß-Berlins von Brandenburg darauf zurückzuführen sei, daß von demselben Wahlkreis Niederbarnim der Antrag auf Trennung gestellt wurde. Die Trennung Groß-Berlins von der Bezirksorganisation wurde gegen den Willen Brandenburgs vollzogen. Es müsse dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß auf solche Weise die Geschlossenheit der Bezirksorganisationen durchbrochen werden soll. Bis heute hat weder die Bezirksleitung der Provinz Brandenburg noch die Leitung des Bezirks Groß-Berlin offiziell Kenntnis von dem Vorgehen des Niederbarnimer Wahlvereins erhalten. Ganz selbstverständlich mußte Oberbarnim unter diesen Umständen den Vorschlag ablehnen.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich Weis mit der zurzeit gültigen Diskussion über den Massenstreik. Nach seiner Meinung habe es niemals bei einer Parteitagung ein größeres Durcheinander gegeben wie hier. Redner gibt ein Bild über die von den Vertretern des Massenstreiks vertretenen verschiedenen Ansichten und meint, daß die bisherigen Massenstreiks keinerlei Rückschlüsse auf die Durchführbarkeit des brandenburgischen Massenstreiks zulassen. Man könne die preussischen Verhältnisse, bei denen das Reichstagswahlrecht als Ausdruck der Mithimmung dient, durchaus nicht vergleichen mit den Zuständen, die in England und

Belgien zum Massenstreik führten. An Hand eines reichhaltigen Materials legt Redner unter lebhaftem Beifall der Zuhörer dar, daß es sich in England sowohl wie in Belgien durchaus nicht um eine ausschließliche Bewegung des Proletariats gehandelt hat. Ja, in England angefangen worden. Wenn er seine Stellung zur heutigen Diskussion des Massenstreiks darlegen sollte, so müßte er sagen, daß die derzeitige Diskussion eine überflüssige und gefährliche sei. Es sei auch nicht mehr, daß die Diskussion spontan aus den Massen gekommen sei. Sie sei von einigen Akademikern hervorgehoben worden. Voraussetzung des Gelingens eines Massenstreiks sei eine völlige Uebereinstimmung aller proletarischen Organisationen. Bedauerlicherweise sei durch unverantwortliche Leute eine Verhöhnung zwischen Führern und Mitgliedern betrieben worden, die dem Bestreben nach Einigkeit nicht förderlich ist. Ganz sicherlich wird der Massenstreik einmal in Anwendung kommen, dann aber wird es sein ein Kampf um die politischen Grundrechte des Volkes, ein Kampf gegen den Versuch, die Koalitionen der Arbeiter zu zerlegen.

In der Frage der Steuerbewilligung sei eine künstliche Erregung gegen die Fraktion hervorgerufen worden. Gerade in Brandenburg habe die siegreiche Wahl in Juch-Belzig, die erste nach Erledigung der Steuervorlagen im Reichstage, gezeigt, daß die breiten Massen volles Verständnis für die Haltung der Mehrheit der Fraktion haben. Wenn jetzt gesagt wird, daß auch direkte Steuern letzten Endes von den Arbeitern getragen werden, dann sollten die Vertreter dieser Auffassung konsequent sein und das Parteiprogramm revidieren und verlangen, daß jede Bewilligung von Reichsteuern verweigert werde.

Den Massenbericht erstattete Richard Schmidt-Berlin. Danach beträgt die Einnahme der Bezirksorganisation im Geschäftsjahre 37 685,08 M., die Ausgabe 34 843,81 M., so daß ein Kassenschatz von 2841,27 M. vorhanden ist. An den Parteivorstand wurden 11 160 M. abgeführt.

In der Diskussion beschäftigte sich Genosse Karl Liebke mit zunächst mit den belgischen Ausführungen über die Wehrvorlage. Er erklärte, daß er nicht in der Lage sei, der vorliegenden Resolution, die die Zustimmung der Fraktion zur Wehrvorlage ausdrücklich billigt, zuzustimmen. Ueber den Massenstreik vertritt Redner seine von uns bei anderer Gelegenheit stizierete Auffassung. Im Gegensatz zu Weis betonte Liebke, daß die Diskussion über den Massenstreik doch aus den Massen gekommen sei. (Beifalls Zwischenrufe: Wo denn?) Nach weiterer Diskussion, an der sich die Genossen Peus und Bruckner beteiligten, wurde folgende Resolution zur Abstimmung gebracht:

Der Parteitag der Provinz Brandenburg stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Wehrvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Wehrvorlagen.

Gegen 5 Stimmen wurde die Resolution angenommen. Zum nächsten Tagesordnungspunkte hielt Genosse Braun einen sehr instruktiven Vortrag über die Entwicklung der Stellung der Partei zur Agrarfrage. Der Redner wies im Verlaufe seines Vortrags auf die Notwendigkeit hin, durch eine auf dem Parteitage oder vom Parteiauschuß zu wählende Kommission die neuen Tatsachen in der Agrarwirtschaft zu prüfen, um der Partei die Richtlinien in ihrer Stellung zur Agrarfrage zu geben. Welche Aufgaben wärien der Untersuchung. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze, im zustimmenden Sinne sich bewegende Diskussion. Nachdem noch die Wahl der Revisoren vorgenommen und als Ort des nächsten Parteitages Potsdam bestimmt war, wurde die Tagung geschlossen.

Jugendkonferenz für den Kreis Niederbarnim.

Am Sonntag tagte eine Jugendkonferenz für Niederbarnim, die sich insbesondere mit dem Vertriebe der „Arbeiter-Jugend“ und mit der jetzigen Situation der Jugendbewegung beschäftigte. Genosse Schenck als Referent betonte, daß die Jugendlichen selbst zur Tätigkeit herangezogen werden müssen. Doch muß den jugendlichen Helfern klar gemacht werden, daß ein derartiges Helfertum keineswegs das eines Zeitungsträgers ist, sondern im Gegenteil ein wichtiger Funktionärposten. Erwachsene, die das Vertrauen der Jugendlichen besitzen und selbst auch etwas wissen, müssen diesen zur Seite gestellt werden, auch in Hinsicht auf pünktliche Abrechnung. An der Altersgrenze von 18 Jahren müsse festgehalten werden, denn die Älteren bilden zuweilen einen Hemmschuh, wenn auch auf der anderen Seite nicht ganz mit Unrecht gesagt wird, daß die Achtzehnjährigen eine lebendes Ferment bilden.

In langer und heftiger Debatte übten verschiedene Redner Kritik an den jetzigen Abonnementverhältnissen, ohne jedoch andere Vorschläge zu machen. In der Frage der Achtzehnjährigen sind die meisten der Ansicht, daß diese wohl innerhalb der Jugendbewegung bleiben müssen. Sodann referierte Peters über den heutigen Stand der Jugendbewegung.

Er wies nach, daß es der gemeinsame Zweck aller bürgerlichen Jugendvereine sei, durch ideologische Beeinflussung das Erwachen der jungen Proletarier zum Klassenbewußtsein zu hintertreiben. Die bürgerliche Jugendbewegung steht, unterstützt von den Organen des Staates und der Gemeinde, in einer geschlossenen Kampfstellung zur proletarischen Jugendbewegung, deren vornehmste Aufgabe es sei, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu klassenbewußten Kämpfern zu erziehen. Dabei erklärt sich auch die Feindschaft der Behörden der proletarischen Jugendbewegung gegenüber.

Der Umfang, den die bürgerliche Jugendbewegung angenommen habe — sie dürfte nahezu 2 000 000 Jugendlichen besitzen, wovon 1 1/2 Millionen den konfessionellen Vereinen zugehörten —, sollte und veranlassen, ernstlich zu prüfen, ob wir unseren Gegnern gewachsen seien. Jmmerhin muß unsere Agitation, persönliche wie öffentliche, gesteigert werden. Die Notwendigkeit des praktischen Jugendschutzes sei hierbei in den Vordergrund zu rücken. So läßt sich am besten die Heuchelei der bürgerlichen Jugendbewegung nachweisen. Auch müsse der freie Geist des proletarischen Klassenbewußtseins all unsere Veranstaltungen durchdringen. Aller Bekämpfung zum Trotz machen wir Fortschritte. Gewiß geht es zu langsam, auch fehlt der rechte proletarische Geist unter den Jugendlichen. Diese beklagen sich, daß die Erwachsenen in der Jugendbewegung zu stark hervortreten, wodurch die Jugendlichen in ihrer Selbstständigkeit beeinträchtigt werden. Freilich ist die gegenwärtige Form unserer Bewegung kein Ideal. Aber das Reichsvereinsgesetz hat sie notwendig gemacht. Der § 17 erwidert die selbständige Mitarbeit jugendlicher außerordentlich. Ohne diese ist eine gesunde Entwicklung einer Jugendbewegung unmöglich. Die bürgerlichen Jugendpioniere übertreten täglich und tausendfach den § 17. Beiläufig zur Unterdrückung der Jugendlichen, die nicht der staatlich konfessionierten Bewegung angehören, wird der § 17 in der unerhöflichsten Weise angewendet. Ruß er doch sogar dazu herhalten, um unsere berechtigste Aufforderung der Jugendlichen über die bürgerliche Jugendbewegung zu verbieten. Hunderttausende Jugendliche lediglich unter der rigorosen Anwendung des § 17. Für die bürgerliche Jugendbewegung ist dieser Paragraph tatsächlich außer Kraft gesetzt, denn sie beachten ihn nicht und werden deshalb nicht zur Rechenschaft gezogen. Nun müssen auch wir dahin wirken, daß selbst der blödeste Kopf die Zwecklosigkeit des § 17 einsehe, damit die tatsächliche Außerkräftigung nicht nur einem Teil der Jugendbewegung zugute kommt, sondern allgemeine Geltung erlangt. In diesem Bestreben muß die Jugend von den Erwachsenen unterstützt werden. So wird der tatsächliche Außerkräftigung des § 17 bald eine formelle Aufhebung folgen müssen. (Beifalls Beifall.)

Die Genossen Frey Grünberg, Dr. Grefel, R. Budtz und Paul Schmidt wurden in den Kreisauschuß gewählt. Zum Bezirksauschuß Groß-Berlin delegierte man Birnbauer und Schmidt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Eisenbahnjubiläum.

Am 22. September 1888 wurde die Eisenbahnlinie Zehlendorf-Potsdam eröffnet. Es war die erste preussische Bahn, die somit zunächst ihr 25jähriges Jubiläum feiern kann. Die erste Eisenbahn überhaupt wurde im Jahre 1825 in England eröffnet. Es war die Linie Liverpool-Manchester. Obwohl die Erfolge dieser englischen Bahn von Anfang an bedeutend waren, dauerte es doch noch einige Zeit, bis man auf dem Festlande an den Bahnbau ging. Im Jahre 1835 wurden zwei Bahnen auf dem europäischen Festlande dem Verkehr übergeben, die Eisenbahn von Brüssel nach Mecheln und die Ludwigsbahn zwischen Nürnberg und Würzburg. 1837, am 14. April, wurde ein Teil der späteren Bahnstrecke Leipzig-Dresden eröffnet. Die nächste Bahn war dann die Jubiläumsbahn Zehlendorf-Potsdam. Bis zum Jahre 1838 waren, abgesehen von der genannten belgischen Bahn, alle Eisenbahnen Privatunternehmungen. Erst später setzte die Verstaatlichung ein. Die erste große deutsche Bahn war im Westen Preußens, die Rheinische Eisenbahn, die von Köln nach Herbesthal ging und sich dort an das belgische Netz angeschlossen. Sie schaffte eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Köln und Antwerpen. Die Gründung dieser Bahn erfolgte auf die Klagen der rheinischen Kaufleute und der rheinischen Schiffer, die sich seit vielen Jahren von Holland in ihrem Verdienste geschmälert sahen. Zu den Propagandisten dieser Bahn gehörten Kampffauer, Friedrich List, David Hansemann, Riebuhr und andere. Seinen ersten großen Aufschwung nahm das deutsche Eisenbahnwesen mit dem Auftreten Bethel Stroussbergs, des bekannten Eisenbahn-Spekulanten. Seiner Initiative waren der Bau einer Eisenbahn von Anstett nach Tüft, mit dem Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begonnen wurde, und der Bau der Ostpreussischen Südbahn zu verdanken. Später errichtete Stroussberg die Bahnstrecken Berlin-Görlitz, Halle-Sorau-Suben, ferner die Märkisch-Bosener Bahn, die Rechte Ober- und Unter- und die Hannover-Altenbener Eisenbahn. Noch bei einer ganzen Reihe anderer Bahnen war Stroussberg beteiligt, hauptsächlich allerdings bei ungarischen und rumänischen Bahnunternehmungen. Zur Zeit als Stroussberg den Bahnbau und die Bahnspekulation in großem Maßstabe nach Deutschland brachte, richtete der Staatsminister Albert von Radowitz sein Augenmerk auf das Bahnwesen und begann die Verstaatlichung einzuleiten. Er führte zunächst einen Feldzug gegen die wilde Börsenspekulation in Eisenbahnaktien. Er sprach damals das bekannte Wort vom Giftbaum: „Der auf das Leben der Nation seinen verderblichen Schatten werfe und dem die Wurzeln zu beschneiden und seine Äste zu nehmen ein Verdienst der Regierung sei.“ Sein Verstaatlichungsplan ging zunächst auf die Obersächsischen Eisenbahngesellschaft. Die Verstaatlichung gelang und von da an hat die staatliche Eisenbahnpolitik schnelle Fortschritte gemacht. Im 1870 schen dann die Versuche zur Errichtung einer Reichseisenbahngesellschaft ein. Vor Gründung des Reiches sollte ein Eisenbahnverein der deutschen Staaten gebildet werden, und später wollte Bismarck durch Abtreibung der Bundesbahnen an das Reich eine einheitliche Reichseisenbahn schaffen. Diese Bestrebungen sind bekanntlich gescheitert, ebenso der Versuch, durch ein Eisenbahngesetz dem Reich einen größeren Einfluß auf die deutschen Eisenbahnen zu sichern.

Die riesige Entwicklung des Eisenbahnnetzes begann ungefähr um das Jahr 1850, von 1850 bis 1890 vermehrte sich das Gesamtnetz der Eisenbahnen der Erde um rund 245 000 Kilometer. Von 1890 bis 1910 erreichte das Gesamtnetz der Eisenbahnen eine Länge von circa 1 Billion Kilometer, das ist der dreifache Betrag der mittleren Entfernung des Mondes von der Erde oder der 25fache Umfang der Erde am Äquator. Das größte Eisenbahnnetz hat Amerika mit rund 526 000 Kilometern, dann Europa, dessen Eisenbahnnetz am Schluß des Jahres 1910 rund 334 000 Kilometer lang war. Deutschland hatte Ende 1910 über 61 000 Kilometer Eisenbahnen, Rußland rund 59 000 Kilometer, Frankreich 49 000 Kilometer, Oesterreich-Ungarn rund 44 000 Kilometer, Großbritannien und Irland rund 37 500 Kilometer usw. Rechnet man in Deutschland zu den Eisenbahnen für das Jahr 1910 die im Betrieb befindlichen Nebenbahn ähnlichen Kleinbahnen, so ergibt sich ein gesamtes Eisenbahnnetz von 70 600 Kilometern, wovon 46 547 Kilometer auf Preußen entfielen. Das Anlagekapital der deutschen Hauptbahnen ist von 1880 bis 1910 von 8,8 Milliarden Mark auf über 17 Milliarden Mark gestiegen. Ende 1910 beschäftigten die deutschen Eisenbahnen über 418 000 Arbeiter und über 27 000 Lokomotiven fuhrten auf ihnen. Im Jahre 1880 wurden auf den deutschen Eisenbahnen 215 Millionen Personen befördert, im Jahre 1910 1,5 Milliarden. Der Güterverkehr stieg in derselben Zeit von rund 165 Millionen Tonnen auf 575 Millionen. Das ist also ein ganz riesenhafter Aufschwung, der sich seit dem Jahre 1910 noch fortgesetzt hat und das Jahr 1912 einen bisher unerreichten Rekord brachte.

Rüstungsdividenden. Das Tochterunternehmen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Belgien, die „Nationale Kriegswaffenfabrik“ in Dorsal zahlt wie im Vorjahre 30 Proz. Dividende an die Aktionäre.

Soziales.

Werkstätten- oder Handelsbetrieb des Bäckermeisters.

Der Bäckermeister Hell sollte sich gegen die Vorarbeiten über die Ruberei der in Bäckereien beschäftigten Gehilfen und Arbeiter dadurch vergangen haben, daß er am zweiten Overtage früh seinen Hausdiener in einem Berliner Krankenhaus Nachwaren abliefern ließ, die in seiner Bäckerei hergestellt waren. Im ersten Rechtszuge sprach das Landgericht Berlin den Angeklagten frei, weil hier eine Beschäftigung lediglich im Handelsbetriebe, der mit der Bäckerei verbunden sei, vorliege und die hierfür in Betracht kommenden Vorschriften des § 105 b Absatz 2 nicht übertreten worden seien.

Nach Aufhebung des Urteils durch das Kammergericht verurteilte aber das Landgericht den Angeklagten wegen Übertretung der erwähnten Bäckereivorchriften. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte habe ein festes Abkommen mit dem Krankenhaus auf ständige Lieferung von Nachwaren. Die zu liefernde Menge sei aber nicht fest bestimmt. Es werde dem Angeklagten die Menge erst abends oder morgens von der Verwaltung des Krankenhauses angegeben. Eine solche Nachricht sei dem Angeklagten am ersten Overtage abends zugewandt und demgemäß habe er am zweiten Overtage früh die Ware hingeschickt. Das Gericht nehme an, daß unter diesen Umständen die Ablieferung der Ware an das Krankenhaus als Tätigkeit im Gewerbebetriebe des Angeklagten anzusehen sei. Maßgebend sei, daß die Ware vom Krankenhaus bestellt gewesen sei. Die generelle Bestellung habe bei dem Gewerbebetriebe der Bäckerei immer berücksichtigt werden müssen. Deshalb falle die Ablieferung dieser bestellten Ware unter die zum Gewerbebetriebe der Bäckerei gehörenden Tätigkeiten. Dabei sei es unerheblich, daß die Menge für den einzelnen Tag immer erst bestimmt wurde. Die Tätigkeit des Hausdieners sei nun während der allgemein für die Arbeiter in Bäckereien vorgeschriebenen Ruhezeit am zweiten Overtage früh ausgeführt worden, so daß sich die Verurteilung rechtfertige.

Der Ferien-Strassenrat des Kammergerichts verwarf die nun von Hell eingeleitete Revision und führte aus: Das Landgericht gehe davon aus, daß es sich hier um eine beim Werkstättenbetriebe gemachte Bestellung handele und daß die Erklärung am ersten Overtage abends, die die zu liefernde Menge bestimmte, nicht die eigentliche Bestellung, sondern nur eine Veränderung der allgem. in der Bestellung gewesen sei. Diese Auffassung sei nicht rechtskräftig. Mit Rücksicht darauf sei auch ohne Rechtsirrtum angenommen worden, daß die Tätigkeit des Austragens eine solche im Gewerbebetriebe der Bäckerei und nicht eine solche im kaufmännischen Teil des Gewerbebetriebes des Angeklagten gewesen sei. Mit Recht sei darum Angeklagter verurteilt worden.

Verband der sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlungen
der sechs Berliner Wahlkreise.

1. Wahlkreis:

Haverlands Festsäle,
Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:

1. „Parteitag und Massenstreik“. Referent: Redakteur Emil Dittmer. 2. Diskussion. 3. Anträge zum Parteitag. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

2. Wahlkreis:

Bock-Brauerei,
Tempelhofer Berg.

Tagesordnung:

1. „Der Parteitag in Jena“. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Richard Fischer. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Delegierten zum Parteitag und eines Kandidaten zur Schiedsgerichtskommission. 4. Wahl des Zentralwahlkomitees zu der am Sonntag, den 31. August, stattfindenden Urwahl. 4. Verschiedenes.

3. Wahlkreis:

Gewerkschaftshaus,
Engelshof 15.

Tagesordnung:

1. „Der Parteitag“. Referent: Reichstagsabgeordneter Wilhelm Pfannkuch. 2. Wahl der Delegierten.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch resp. Mitgliedskarte legitimiert. Ohne diese kein Eintritt.

Die Vorstände.

4. Wahlkreis:

Konzert- und Festsäle,
Koppenstraße 29 (früher Keller).

Tagesordnung:

1. Parteitag. Referent: Reichstagsabg. Otto Büchner. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung der zum Parteitag gestellten Anträge. 4. Aufstellung der Kandidaten für die Delegation zum Parteitag.

5. Wahlkreis:

Musiker-Säle,
Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Jena. 2. Diskussion. 3. Wahl von zwei Delegierten. 4. Erledigung von Ausführanträgen. 5. Vereinsangelegenheiten.

6. Wahlkreis:

Germania-Säle,
Chausseestr. 110.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteitag in Jena und Erledigung der dazu gestellten Anträge. 2. Wahl der Delegierten. 3. Geschäftliche Angelegenheiten. 4. Vortrag des Genossen Ledebour.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Spezialarzt
f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintraube jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. Long.
Dr. Homeyer
Blut-
untersuchung., Guben i. Gorn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Banoptikum.
Spr. 10-2. 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockentauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
8-9, 12-2, 6-8, Sonnt. 8-10.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
Spr. 10-11, 4-5, Sonnt. 10-11.

Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Stempelfabrik

Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schneller
Berlin S. 42,
Bitterstr. 116.
Refert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter,
Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen

Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringstr. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Achtung!

Rohrleger und Helfer!

Mittwoch, den 27. August 1913, abends 8 1/2 Uhr:

==== Allgemeine ====

Branchen-Versammlung

in den „Konfordia-Festsälen“, Andreasstraße 64.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Verhandlungen der Schlichtungskommission über die Geschäftsführung des Facharbeitsnachweises. Referent: Kollege Max Ziese.
2. Diskussion.
3. Bericht über die bisherige Durchführung des Tarifvertrages. Referent: Kollege Wilhelm Siering.
4. Diskussion.
5. Allgemeine Branchenangelegenheiten.

Die neuen Tarife in Buchform gelangen in dieser Versammlung gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher zur Ausgabe.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es eine Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, daß er zu dieser Versammlung erscheint.
Die Arbeitnehmermitglieder der Schlichtungskommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Sargtischler.

Mittwoch, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr,
bei Michaelseck, Petersburger Str. 84.

Korbmacher.

Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag: „Die Volksfürsorge und die Schäden der Privatversicherung“. Referent: Kollege Nitschke. 2. Bericht der Kommission von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnuß-Knopf-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 27. August, abends 6 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Saal 5:

Tagesordnung:

1. „Die Volksfürsorge.“ 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr,
bei Becker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

Bericht vom Bauarbeiterschutz-Kongress in Leipzig.

Sonabend, den 30. August, 8 1/2 Uhr, bei Becker,
Weberstr. 17:

Lichtbildervortrag des Genossen O. Roth: „Die Revolution von 1848/49“.

Nach dem Vortrag: **Tanzkränzchen.**
Eintrittsgeld 25 Pf. Die Kommission.

Bürsten- u. Pinselmacher Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 27. August, abds. 8 1/2 Uhr, in „Hermels
Vereinshaus“, Holzmarktstraße 21.

Tagesordnung:

1. Kunst und Arbeiterschaft. Referent: Genosse Görner.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Branchenangelegenheiten.

Telephon-Branche und Photographische Apparate.

Donnerstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 5.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute.
3. Verschiedenes.

Stellmacher.

Donnerstag, den 28. August et., abends 8 1/2 Uhr, im
„Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die erste Stellmacher-Organisation. Referent: Kollege Tarnow.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Fisch-Branche.

Donnerstag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr,
bei W. Redding, Voghagener Chaussee:

Vertrauensmänner-Versammlung

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Mitglieder-Versammlungen

abends 8 1/2 Uhr.

Dienstag, den 26. August 1913:

Bez. Süd-Osten, im Lokal „Süd-Ost“, Baldemarstraße 75.
Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen“.

Mittwoch, den 27. August 1913:

Bez. Wedding, im Lokal „Neues Klubhaus“, Schulstraße 29
Vortrag über: „Die Volksfürsorge“.

Bez. Oranienburger Vorstadt, i. d. Borussia-Festsäle, Ackerstr. 6/7.

Bez. Norden 1, in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28.

Bez. Norden 2, in Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23.

Bez. Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Vortrag über: „Aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Bez. Reinickendorf, im Lokal von Wolf, Kirchhoffstraße 41.
Bericht vom Bauarbeiterkongress.

Bez. Prenzlauer Berg, im Lokal „Türkisches Zelt“, Breite Straße 14.
Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen“.

Bez. Schöneberg, im Lokal von Ebrecht, Reiningner Straße 8.

Donnerstag, den 28. August 1913:

Bez. Osten 1, im Lokal von Klinge, Langestraße 53.

Bez. Friedrichshagen, im Lokal von Lerche, Friedrichstr. 112.

Bez. Stralau, im Lokal von Dräger, Stralauer Allee 31 b.

Freitag, den 29. August 1913:

Bez. Nord-Osten, in den Union-Sälen, Greifswalder Str. 222.
Vortrag über: „Krankentagenfragen nach dem 1. Januar 1914“.

Die Versammlung im Bezirk Norden 1 findet nicht am
Freitag, sondern wie heute angegeben ist, am Mittwoch, den
27. August statt.

Mittwoch, den 27. August 1913:

Gruppe der Patentsteinwandmauerer
bei Wille, Sebastianstr. 39. 144/17*

Günstigste Beschlussfassung über die Verhandlungen.

Schöneberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 26. August, abends 8 Uhr,
„Neue Rathausäle“, Reiningner Straße 8:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Imperialismus und Sozialismus.“ Referent: Genosse Kalliskl. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbands- und Kreis-Generalversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185. 1239. 1987. 9714.

Mittwoch, den 27. August 1913, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Deutscher Humor“.
2. Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 27. August 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Kollegen der Schwarzblech-, Eisenmöbel- und Möbelschloß-Branche

in Graumanns Festsäle, Naunynstraße 27.

Tagesordnung: 124/12
1. Vortrag des Genossen Strobel über: „Die Schäden der kapitalistischen Volkerversicherung und ihre Reform durch die Volksfürsorge.“ 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. August 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen
im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Schütte. 2. Branchenangelegenheiten und
Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet. Die Ortsverwaltung.



EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und
arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich.
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Köpenickstadt 3098, 4088/90

Partei-Angelegenheiten.

Eine große Volksversammlung

findet am Freitag, den 29. August, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114, statt. Es ist die Fortsetzung der Versammlung, in der die Genossin Klara Zeitlin über das Thema „Gegen den Gebärstreit“ gesprochen hat. Die Berliner Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Charlottenburg. Die Fortsetzung der verlagten Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins findet Dienstag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3 statt. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über: Massenstreik und Vorzeittag. 2. Bericht über die Wahlmänner, die bei der Landtagswahl nicht gewählt haben. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Wahl eines Revisors. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird auf ebenso zahlreichen Besuch gehofft, wie am letzten Dienstag. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tempelhof. Der Vortragskursus über das Thema „Aus der Geschichte des Sozialismus“ findet am 15., 18., 22. und 25. September im Wilhelmshagen statt. Referent ist Genosse Emil Eichhorn. Teilnehmerkarten sind bei allen Bezirksführern zu haben. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht der Bildungsausschuss.

Mariendorf. Am Dienstag, den 2. September, beginnt der Vortragszyklus (4 Abende) „Die Entwicklungstufen des Wirtschaftslebens“ von dem Genossen Max Grünwald im Restaurant Heublein, Mariendorf, Dorfstr. 1. Karten, a 40 Pf., zu diesem Vortrag sind bei allen Bezirksführern sowie bei dem Genossen A. Weisbach, Mariendorf, Dorfstr. 30, zu haben.

Weißensee. Am Mittwoch, den 27. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet in der Bergbauerei eine öffentliche Versammlung statt, in der Genossin B. u. m. Berlin über „Frauenausstieg und Geburtenrückgang“ spricht. Die proletarischen Frauen und Mütter wollen an dieser Versammlung teilnehmen. Auch die Parteigenossen sind dazu eingeladen.

Petersdamm-Friedersdorf. Am Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Richter in Friedersdorf Extra-Zahlabend. Wichtige Tagesordnung.

Karlshorst. Heute, abends 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Fürstendamm“ (Inh. F. Bartels): Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Konrad Haenisch: „Die Entwicklung des Zeitungswesens“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Mitteilungen.

Oberschönhausen. Mittwoch, den 27. August, für Abteilung 2: Extrazahlabend bei F. Richter: Wahl der Hausflurier.

Niederschönhausen-Nordend. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale Schwarzer Adler (Inhaber Rettig), Blankenburger Str. 4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Regina Anden über „Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung“. 2. Bericht von der Verbands- und Kreis-Generalversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Königsplatz, Zepernitz, Buch. Der Frauenleseabend obengenannter Ortsgruppen findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von August Lange, Siemensstr. 10 (Königsplatz) statt. Vortrag der Genossin Martha Arendsee (Lichtenberg).

Berliner Nachrichten.

Löwenfütterung im Freien.

Da standen sie auf dem haushohen, künstlich aufgemauerten Felsenplateau in voller Naturschönheit vor mir, drei Könige und fünf Königinnen der Wüste. Die männlichen prächtige Burken, als läge ihnen prächtig die Krone auf dem Haupte; die Weibchen schlank, geschmeidige Gestalten, dem Herrn Gemahl untertan, auch wenn er, schlecht gelaunt, mit der mächtigen Franke andolt. Nichts von Bittern und Strohschütten war zu sehen. Gravitätisch, würdevoll, mit funkelnden Augen schreiten die herrlichen Tiere wie in ungebundener Freiheit einher. Vier, fünf mächtige Sprünge... der schönste der Löwen hat die höchste Felsenkuppe erreicht, streckt sich hoheitsvoll aus, läßt die Pranken über die Felswand hängen, öffnet den Rachen zu betäubendem Brüllen und äugt dann gespannt in die Ferne... ein großartiger Anblick. Unten in der Ebene spielen die Weibchen zur Freude ihres von der Felskuppe herabblitzenden Herrn und Gebieters. Ein Lagenhieb, der einen Menschen töten würde, gilt hier als Liebeslösung. Vor dem Felsbau, durch eine geheimnisvolle, unsichtbare Schlucht getrennt, steht das Publikum, sieht staunend, wie eine fein erdachte Kunst uns die Wüstenmatur vortäuscht und dem edelsten Raubtier wenigstens den eisernen Stempel des Gefängnisses fernhält. Schwache Nerven kann das Bild erschauern. Kaum zwanzig Meter sind ohne Gitterschranke die acht Ränder entfernt. Ihre Nacht haben sie verloren. Die unsichtbare Schlucht ist breit und tief genug, die äußerste Sprungkraft zu lähmen. Der tierische Instinkt läßt sich auch nicht verleiten, auf ausfallslofen Menschenraub auszugehen. Die einstigen Helden des Wüstenlandes haben sich gefügt in ihr Schicksal, sind versöhnt mit der gewählten halben Freiheit. Am Horizont taucht die Sonne immer tiefer. Die acht wunderbaren Tiergestalten werden unruhig, laufen nervös hin und her, — sie wittern ihre Fütterungszeit. Aus dem Jammern des Fellsens schrillt leise, dem Publikum kaum bemerkbar, das Kreischen einer Eisentür. Der Wärter hat den Eingang zu den Nachtkäfigen geöffnet. Wie der Blitz ist die Löwenstube stehend, drängend, einer über den andern springend, in der Felsenhöhle verschwunden. Tiefe Stille... das Plateau ist leer. Atemlos hat das Publikum der Dinge, die nun kommen werden. Jetzt klettert aus einer anderen Felsenhöhle der Wärter mit einem großen Korbe, wirft hierhin und dorthin acht mächtige Stücke Pferdefleisch. Wieder ein leises Kreischen der Eisentür... und wie die wilde Jagd stürzt es lauchend aus der Felsengrotte hervor. Mit grauenhafter Wut springen die ausgehungerten Tiere auf ihr Lebenselement... das Raubtier ist erwacht zu ungebändigter Stärke. Was sich nun abspielt, ist das Werk von Augenblenden. Jedes der acht Tiere sucht so schnell als möglich fertig zu werden, um — dem andern die Beute zu entreißen. Es beginnt ein Kampf, in dem die männlichen Löwen Sieger bleiben.

Im Zoo von Elberfeld war es, wo ich dieser Tage die schaurig-prächtige Naturszene sah. Wie verschwindet doch gegen solche Majestät der gefangene Wüstenkönig im engen Käfig. Wie es vor einiger Zeit hieß, sollte in spätestens zwei Jahren in der Jungfernhöhe bei Blönssee ein ähnlicher Tierpark der öffentlichen Schau übergeben werden.

Zu einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen

fam es am Sonntag in der Schönhauser Allee. Dort fuhr an der Ecke der Saarbrücker Straße ein Straßenbahnwagen der Linie 36 gegen die rechte Seitenwand eines die Kreuzung passierenden Motorwagens der Linie 45. Dabei wurden beide Wagen erheblich beschädigt. Durch umherliegende Glassplitter einer zertrümmerten Scheibe wurden zwei kleine Mädchen, Kruschke und Kinski, im Gesicht verletzt: ein Fräulein Just erlitt einen Nervenschlag, erholte sich aber bald. Durch den Zusammenstoß wurde eine Störung von fast einer Stunde Dauer verursacht. Während dieser Zeit wurden die Wagen der Linien 45, 46, 47, 48, 49, 52, 53, 55 und 56 in der Richtung nach Pantow über das Schönhauser Tor und durch die Lotzinger Straße und Weinbergweg abgelenkt.

Ein weiterer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich abends 8 1/2 Uhr auf dem Tempelhofer Felde. An der in der Mitte des Feldes befindlichen Haltestelle hielt ein Zug der Linie 37, dem mehrere Personen entstiegen. In diesem Augenblick nähte ein Zug der Linie 99E heran, der auf die haltenden Wagen aufzufuhr. Bei dem Zusammenstoß erlitten eine Frau Brüning und deren Schwiegermutter Frau Müller einen Nervenschlag. Die beiden Damen wurden in das Tempelhofer Garnisonlazarett geschafft. Sonstige Verletzungen acht Personen über Schmerzen im Rücken, am Kopf usw., doch dürften die Verletzungen nur unerheblich sein. Eine größere Betriebsstörung entstand nicht.

Ein Siebzighjähriger. Einer von der alten Garde, die unter dem Sozialistengesetz noch besten Kräften ihren Mann gestanden, Louis Weber, begeht am heutigen 26. August seinen 70. Geburtstag. Weber ist namentlich unter den Genossen des Westens bekannt und wenn er auch öffentlich nicht hervorgetreten ist, so hat er in der Kleinarbeit um so Erfriehlicheres geleistet. In diesem Augenblick nähte ein Kampf auf dem Plan, wenn die Partei Aktionen unternimmt. Mit Recht können wir dem Jubilar als ein Vorbild für die jüngeren Genossen bezeichnen, der an der Vortwärtsentwicklung der proletarischen Bewegung stets Anteil genommen hat. Und wenn heute die bekannten Parteigenossen dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche darbringen, so tun sie dies in der Hoffnung, daß es ihm noch viele Jahre vergönnt sein möge, an dem Vormarsch des Sozialismus Anteil zu nehmen.

Die neue Berliner Straßenordnung.

Die vom Polizeipräsidenten dem Magistrat der Stadt Berlin zur Zustimmung vorgelegt ist, ist schon vor längerer Zeit in einer Kommission des Magistrats durchberaten worden. Wie das Nachrichtenamt des Magistrats der Stadt Berlin schreibt, hat sich hierbei herausgestellt, daß in dem Entwurf wichtige Bestimmungen enthalten sind, die in die Rechte der nicht dem Polizeipräsidenten, sondern dem Berliner Oberbürgermeister unterstehenden Begehrpolizei eingreifen. Mit Recht konnte die Stadt fordern, daß zwischen den beiden zuständigen und gleichberechtigten polizeilichen Organen zunächst eine Verständigung über jene Punkte herbeigeführt wurde, ehe ein fertiger Entwurf dem Gemeindevorstand aus Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung zur Genehmigung vorgelegt wurde. Jedenfalls war der Magistrat nicht eher in der Lage, die Verabschiedung der Straßenordnung zu bewirken, als nicht die städtische Polizeiverwaltung eine Wahrung ihrer Rechte in dem neuen Entwurf bewirkt hatte. Inzwischen haben über die in Frage kommenden Punkte zwischen den beiden beteiligten polizeilichen Organen eingehende Verhandlungen stattgefunden, so daß namentlich die Beratung des Entwurfs im Magistrat erledigt werden kann. Gegen wichtige Bestimmungen desselben liegen aber dem Magistrat aus den Kreisen von Handel und Industrie, insbesondere auch aus deren Vertretung, der Handelskammer und den Kreislagen der Kaufmannschaft, sowie aus dem Verkehrsgewerbe lebhaft Vorstellungen vor. Ebenso wendet sich die städtische Verkehrsdeputation gegen eine Reihe von Änderungen, die die neue Straßenordnung im Berliner Verkehrsleben schaffen will. Der Magistrat wird diese Einwände ernstlich würdigen, um der Verantwortung entgegen zu wirken, welche durch die betreffenden Vorschriften in den beteiligten Kreisen des Verkehrslebens hervorgerufen ist.

Die starken Gewitter, die gestern in der zweiten Morgen- und Nachmittagsstunde niedergingen und sich durch recht heftigen Gussregen auszeichnete, haben an verschiedenen Stellen zu Ueberschwemmungen von Kellern geführt. Die Gewitter wurden durch eine nur äußerst schwach angelegte Zeildepresseion bedingt, die langsam über Deutschland dahinzog. Das Barometer hat den sonst vor dem Gewitter üblichen, leichten Fall nur andeutungsweise durchgemacht und ist gleich hinterher wieder gestiegen.

Bei dem Nachtgewitter brach in Eich infolge Blizschlag in den Stallgebäuden des früheren Gastwirts Karl Grün auf dem sogenannten Eggersberg in der Triftstraße Feuer aus, das zwei Ställe, einen Wagenkuppen mit den darin stehenden Wagen und Kadergerät sowie einen Teil des Wohngebäudes in Asche legte. Auch einiges Federvieh ist den Flammen zum Opfer gefallen, während das Pferd und die Schweine in Sicherheit gebracht werden konnten. Da an der Brandstelle wegen der weiten Entfernung dieses Abbaues vom Orte keine Wasserleitung vorhanden war, hatte das Eingreifen der Feuerwehren nur geringen Erfolg. Erst gegen 5 Uhr konnten die Wehren wieder abziehen.

Während des Gewitters in der zweiten Nachmittagsstunde schlug der Bliz in der Salohstraße in Charlottenburg vor dem Hause Nr. 33 in einen elektrischen Post.

Die Irrenanstalt in der Chausseestraße.

Der Arbeiter Hugo Sander, der in der Nacht zum Sonntag seine Frau durch Hammerschläge und Messerstücke lebensgefährlich verletzte, dann die Flucht ergriff, in Potsdam aber verhaftet wurde, hat in der letzten Nacht im Potsdamer Gefängnis Selbstmord verübt. Er wurde gestern morgen in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Die Leiche überwiegt man der Leichenhalle des Potsdamer Friedhofes. Sander hatte sich noch in der Nacht zum Sonntag nach Potsdam begeben, um seinen Freund, den er von der Irrenanstalt Dalldorf her kannte, aufzusuchen. Er traf diesen auch an und ergrüßte ihm von der Tat. Er erklärte: „Ich habe meiner Frau ein vor den Kopf gegeben, jetzt wird sie hoffentlich nicht mehr leben.“ Der Freund benachrichtigte einen Schuhmann, der den Häftling nach kurzer Jagd einholte und verhaftete. — Das Befinden der Frau Sander, die im Augustahospital liegt, war heute unverändert ernst.

Vor Abschließung von Mietverträgen über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbauabnahmehesin ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, warnt das Polizeipräsidium; vor Ablauf dieser Frist könne das Verleihen von Wohnungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht geduldet werden. Die Polizeidivision ist angewiesen, auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarmkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft zu erteilen.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern auf der Chaussee zwischen Mahlsdorf und Rausdorf. Von zwei hintereinander fahrenden Privatautomobilen wollte das zweite links das erste überholen, bog jedoch zu kurz nach rechts hinüber, so daß es

das erstere anfuhr und auf die Seite schleuderte. Dabei stieß das Automobil gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Die Insassen, zwei Herren und zwei Damen, Frau Baudouin und Frau Jannaret, wurden herausgeschleudert. Frau Baudouin wurde der Oberleiste zerquetscht und einige Rippen gebrochen. Ob außerdem eine Schädelverletzung vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Sie wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in Ober-Schöneweide geschafft. Das Automobil, das den Unfall herbeigeführt hatte, fuhr davon, so daß seine Insassen nicht ermittelt werden konnten.

Die Zukunft des Sportpalastes. Wie gemeldet wird, hat der Inhaber der Konzertdirektion Lausinger durch die Immobilienverkehrsbank den jetzt leerstehenden Sportpalast in der Potsdamer Straße gepachtet. Es ist beabsichtigt, dort einen „Lunapark im Winter“ zu errichten. Der blaue Saal soll als Tanzlokal eingerichtet werden. Das Unternehmen soll bereits Anfang Oktober eröffnet werden.

Polizeilich beschlagnahmt und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schauhaus gebracht wurde gestern die Leiche eines Kleinen den in der Georgenkirchstraße wohnhaften Schaleschen Eheleuten gehörigen Kindes. Als das einen Monat alte Kind in der vorigen Woche anfang zu kränkeln, suchte die Mutter damit einen Arzt auf, der dem Kleinen eine Medizin verschrieb. Am Sonnabend ging Frau Schale nach der Marienhalle, um einzulaufen. Der Mann hatte während dieser Zeit das kleine Kind mit in sein Bett genommen. Wie er angegeben haben soll, begann dieses bald zu schreien. Um es zu beruhigen, habe er ihm die Flasche geben wollen, doch habe es sich geweigert, dieselbe zu nehmen. Darüber sei er so wütend geworden, daß er dem Kinde eine Badseife gegeben habe. Hierauf sei es auch ruhig gewesen, und er habe weiter geschlafen. Als die Frau vom Einholen zurückkehrte, war das Kind bereits tot. Nun ging sie zu dem Arzt, der es vorher behandelt hatte, traf ihn aber nicht an. Am anderen Tage wurde die kleine Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nacht in der Wilmsdorfer Str. 18 zum Ausbruch und beschäftigte die Charlottenburger Feuerwehr über drei Stunden. Das Feuer war im Dachgeschoß des Quergebäudes entstanden und hatte sich, als man es bemerkte, auch schon dem Dachstuhl des Seitenschlages mitgeteilt. Die Charlottenburger Behr rückte mit der Haupt- und Südwache an und fand eine ziemlich bedrohliche Situation vor. Der Löschangriff wurde mit drei Rohren durchgeführt, doch hatten die Wöschmannschaften unter der starken Rauchentwicklung sehr zu leiden. Es gelang aber schließlich, das Feuer auf die beiden Dachstühle zu beschränken, die allerdings zu einem erheblichen Teil zerstört worden sind. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts festgestellt worden. — Fast gleichzeitig brach in der Wallstraße 43 ein zweites Feuer aus. Hier brannte ein Schaufenster in größerer Ausdehnung, und es mußte ebenfalls längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen.

Die Versorgung von Hinterbliebenen unverheirateter städtischer Bediensteten bildet den Gegenstand einer Vorlage, die der Magistrat von Charlottenburg der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet. Nach dem Vorschlag des Magistrats sollen die für Witwen maßgebenden Bestimmungen betr. die Gewährung von Gnadengebühren und von Witwenlohn sinngemäße Anwendung finden auf diejenigen unverheirateten städtischen Beamten, Ehepersonen, Privatdienstverrichteten und Arbeiter, die mindestens 25 Jahre im Dienst der Stadt Charlottenburg zurückgelegt und bis zu ihrem Tode seit mindestens 20 Jahren entweder einer unverheirateten Schwester oder der verwitweten Mutter während des Witwenstandes oder einer unverheirateten Tochter während des Witwenstandes des Bediensteten Wohnung und Unterhalt im eigenen Hausstande gewährt haben. Die Entscheidung über die Gewährung der Versorgung, auf die ein Rechtsanspruch nicht eingeräumt wird, und die nur dann eintritt, wenn der Bedienstete selbst bei Lebzeiten den Antrag auf Einräumung der Vergünstigungen gestellt hat, erfolgt im Einzelfalle durch den Magistrat.

Neukölln.

Die Erntemahl im 2. Wahlbezirk der 2. Wählerabteilung für den verstorbenen Stadtverordneten Klebe findet am Freitag, den 12. September d. J., in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, und zwar für den Abstimmungsbezirk 2a in der Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210, und für den Abstimmungsbezirk 2b in der Turnhalle der 19. und 20. Gemeindefschule, Stuttgarter Str. 35/38, statt.

Friedenau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins ehrte gundacht der Genosse Dagen in einem warmen Nachruf das Andenken des verstorbenen Genossen August Bebel. Eldann referierte Genosse W. Bloch über die Aufgaben des Parteitagess. Neben der Behandlung wichtiger Organisationsfragen, die durch den Mitgliederertrag aufgerollt seien, und deren Ursachen nicht nur, wie es behauptet würde, ihren Grund in den schlechten Wirtschaftsverhältnissen hätten, sei die Steuerfrage mit der wichtige Punkt der Tagesordnung. Er, Redner, habe im ersten Augenblick, als die Fraktionsmehrheit die Gründe für ihre Haltung bei den Dedungs-vorlagen auseinandersetzte, dieselben für ausreichend gehalten, um eine Zustimmung zur Vermögenssteuer und zum Wehrbeitrag zu rechtfertigen. Nachdem er sich aber die Konsequenz dieses Ver-fahrens tiefer durchdacht habe, siehe er heute auf dem Standpunkt, daß bei diesen Steuern doch der Verwendungszweck uns hätte bestimmen müssen, dieselben abzulehnen. Nach der Argumentation der Mehrheit der Fraktion müsse dieselbe, wenn im nächsten Jahre die Regierung eine neue Militär- oder Flottenerlöge einbringe und zur Dedung direkte Steuern vorschläge, denselben auch wieder zustimmen. Wer annehme, daß die Besitzheuern die Besitzenden bestimmen würde, dem Rüstungswahnsinn Einhalt zu tun, täusche sich. Die herrschende Klasse, die auf der einen Seite ungeheure Summen an dem Militarismus verbiene, Wonne ihm sich auf der anderen Seite wohl etwas lassen lasse. Die am meisten Geschädigten seien immer und auch in diesem Falle die Arbeiter. Diese Vorlage bringe uns jährlich 60 000 neue Soldaten. Arbeiter-söhne seien es, die sich zwei und drei der besten Jahre ihres Lebens in die Kasernen sperren lassen müssen und dadurch einer nutzbringenden Tätigkeit entzogen werden. Es sei notwendig, daß der Vorleistung gegenüber einer starken Strömung nach rechts, die sich nicht in den Massen, sondern nur innerhalb kleinerer Kreise der Partei, insbesondere aber in der Fraktion geltend mache, erkläre, daß an der alten Taktik nichts geändert werde. Mit der Frage des Massenstreiks beschäftigte sich der Referent nicht, da dies in aus-schließlicher Weise am Montagabend durch die Genossin Zeitlin ge-schehen soll. In der Diskussion sprach zunächst Genosse Langer; er ist der Meinung, daß unsere Führer die Fühlung mit der Masse verloren haben. Dies sei insbesondere in den Gewerkschaften der Fall. Genosse Bloch verlangte eine entschiedene revolutionäre Politik. Der Arbeiterdank müsse viel mehr und wirksamer wie es bisher geschehen, die ganze Schändlichkeit unserer Zustände vor Augen geführt werden. Jetzt scheine es manchmal so, als ob man Angst habe, die Massen auf die Beine zu bringen. Genosse Paulus schloß sich im wesentlichen dem an; er wendete sich gegen unsere Ver-trustparlamentarier, die sich neunmahliger dünkten wie jeder andere

Genosse. Gen. Kamrowski hält die Taktik der Fraktion für die richtige. Nicht durch revolutionäre Phrasen, sondern durch praktische Mitarbeit im Interesse der Arbeiterschaft habe dieselbe zu wirken. Wegen der Ausführungen von Unger wandte sich Genosse Hogen. Man könne die Taktik der Gewerkschaften kritisieren, doch solle man sich hüten, seinem Unmut in persönlich gehässigen Kampfe gegen die Gewerkschaften auszulassen. Jede Organisation, ob Partei oder Gewerkschaft, habe die Führer, die sie verdiene. Wegen der Militärvorlage habe die Fraktion nicht mit der genügenden Schärfe Front gemacht. Man hätte wenigstens den Versuch der Obstruktion machen müssen. In seinem Schlusswort ging Genosse Bied in einzelnen auf die gegen seine Ausführungen gemachten Einwände ein. Nicht kompromittieren und dämpfen, sondern rücksichtslos kämpfen müsse unsere Parole sein. Den Bericht von den Kinderferienausflügen, an denen sich bis 170 Kinder täglich beteiligten, gab die Genossin Tölle. Die Genossinnen haben keine Mühe gespart, um den Kleinen während der Ferien Erholung und Unterhaltung zu verschaffen. Der Vorsitzende dankte namens des Wahlkreises den Frauen für ihre aufopfernde Arbeit im Interesse der Kleinen.

Schöneberg.

In der Sitzung der Schöneberger Gewerkschaftskommission erstattete zunächst Genosse Marquardt als Obmann Bericht von der Vorstandskonferenz. Unter anderem sei auch vom Schöneberger Arbeitsamt gesprochen worden; er könne mitteilen, daß sich der Ausschuss mit der Absicht trage, bei der Aufsichtsbehörde vorstellig zu werden, um eine Kenderung desselben herbeizuführen. In der Frage der Rechtsprechung seien die Urteile des Berliner Gewerbegerichts mangelhaft. Die Unternehmer versuchten deshalb ihre Betriebe mehr in die Vororte zu verlegen, um dort die Streikfälle zu erledigen. In der Jugendfrage werde erwartet, daß jeder einzelne mehr dafür Propaganda mache. In der Diskussion brachte der Vertreter der Steinseher, Genosse Kühne, einige Beschwerden über den Nachweis zur Sprache. Dieselben sollen der stattfindenden Versammlung als Material überwiesen werden. Genosse Krutow ersuchte den Ausschuss der Kommission, die Vorarbeiten für die Ausschusswahlen der Ortskrankenkasse vorzunehmen, da dieselben bis 15. Oktober erledigt sein müssen. Auf Antrag Sobischel werden hierfür sechs Genossen gewählt. Die Genossen Küter und Hentel halten es für notwendig, daß sich jeder Wähler in die Liste eintragen läßt. Da Proporzwahl stattfindet, müssen besonders die weiblichen Mitglieder darauf hingewiesen werden. Es fehlten die Vertreter der Brauereiarbeiter, der Gastwirtsgehilfen, der Gärtner, der Schneider, der Tapezierer und der Freizeugehilfen.

Lichtenberg.

Die Lichte, jenes für moderne Verkehrsverhältnisse ganz ungenügende Kommunikationsmittel zwischen der Marktstraße und der Straße Alt-Boxhagen im Ortsteil Rummelsburg, erfährt jetzt eine bauliche Veränderung dadurch, daß der Eisenbahndamm verbreitert wird, um für weitere Schienenstänge Platz zu bieten. Die Eisenkonstruktion, zunächst für den verbreiterten Teil des Viadukts, ist schon ziemlich fertiggestellt, sie läßt erkennen, daß die Spantweite gegen früher eine beträchtlich größere ist und daß infolge Wegfalls der kreisbogenförmigen Wölbung die Lichte Dämpfung der Ueberbrückung erheblich gewinnt. Man sieht aber auch, daß die Lichte Höhe nicht um einen Zentimeter vergrößert wird. Das zeugt von einer geradezu unergieblichen Kurzsichtigkeit der Eisenbahnverwaltung. Was hätte es wohl gekostet, wenn bei den ohnehin notwendigen Umbauten der Damm an jener Stelle erhöht wurde? Eine um einen Meter größere Höhe wäre schon eine gewaltige Verbesserung gewesen. Gewiß sind die Kosten wegen der erforderlichen umfangreichen Auffüllungen, um eine allmähliche Steigerung zu erzielen, keine geringen. Sie würden jedoch durch den damit verbundenen Nutzen für den Straßenverkehr mehr als aufgewogen, während der Gewinn jetzt, trotz der verhältnismäßig nicht viel niedrigeren Kosten des Umbaus, beinahe gleich Null ist. Wir glauben, daß es jetzt noch möglich ist, den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen, indem man die Betonüberlager der Eisenkonstruktion um einen Meter erhöht, denn an eine Ueberbrückung des Straßenniveaus kann wohl, der damit verbundenen großen Nachteile wegen, nicht gedacht werden.

Unhaltbare Zustände herrschen, wie uns ein Leser mitteilt, in der städtischen Steuerklasse, Grünberger Str. 12. In jenem engen Raum ist namentlich bei Ueberfüllung eine so schlechte Atmosphäre vorhanden, daß zuweilen schon Ohnmachtsanfälle zu verzeichnen waren. Zudem müssen die Steuerzahler erst über Gebühr lange warten. Einen solchen unwürdigen Zustand sollte der Magistrat der Stadt Lichtenberg auf dem schnellsten Wege beseitigen.

Tempelhof.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins eröffnete der Vorsitzende D. Ewald mit einem warmen Rahrus für unseren Vorkämpfer August Bebel. Hierauf referierte Genosse Behre-Brig über das Thema „Waffenstreik“. Die Ausführungen des Redners gipfelten darin, daß die Frage des Massenstreiks wohl propagiert werden müsse, daß aber das Interesse am politischen Massenstreik in den Massen noch nicht genügend vorhanden sei, beweiße der ungenügend schlechte Besuch der Versammlungen, in denen dieses Thema behandelt wurde. — In der Diskussion wandten sich mehrere Redner scharf gegen die Ausführungen des Referenten, der, wie alle Gewerkschaftsführer, die Massen nur zu bremsen versuche. In seinem Schlusswort stellte der Vortragende zunächst fest, daß er gar kein Gewerkschaftsbeamter sei und daß es doch eine recht ablehngewohnheit sei, immer zuerst gegen die Gewerkschaftsführer zu gehen, die sich wohl ihres Verantwortungsgefühls bewußt sein müßten. Indem er an das Marzische Wort erinnerte: „Es kommt nicht darauf an, was das Proletariat will oder was das Proletariat soll, sondern was das Proletariat muß“, meinte er, wenn dann die Gewerkschaftsführer die Bremsschläge seien, so würden sie dann von der Flut hinweggespült werden. — Zur Kreisgeneralversammlung wurden als Delegierte die Genossen G. Siedle, Kammann, König und Graf gewählt. — Für den Parteitag wurde folgender Antrag angenommen: „Alle Angestellte in Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen haben ihren Arbeitsverdienst am 1. Mai dem Nationalfonds zuzuführen.“ — Der diesjährige Bildungsausschuss beranstaltet am 15., 18., 22. und 25. September, abends 8 1/2 Uhr, einen Vortragskursus: „Aus der Geschichte des Sozialismus.“ Referent: Genosse Eichhorn. Teilnehmerkarten a 40 Pf., die zum Besuch aller Abende berechtigen, sind bei den Bezirksführern und den Bildungsausschussmitgliedern zu haben.

Waldsiedlung an der Ostbahn.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stand als einziger Punkt ein Antrag Plewe und Genossen auf der Tagesordnung, der verlangt, das Klageverfahren gegen die Wahl der Herren Varisch und Klein einzustellen und dieselben in ihr Amt als Gemeindevertreter einzuführen. Nachdem Herr Plewe den Antrag begründet und Genosse Schumann erklärt hatte, daß unsere Genossen kein Interesse an dem Antrage hätten, sich dabei auch der Stimme enthalten würden, erfolgte die Annahme des Antrages.

Eine Bebel-Gedächtnisfeier hatte der Wahlverein am Sonnabend im Anderschen Lokal veranstaltet, die einen guten Besuch aufwies. Eingeleitet wurde die Feier durch einen wirkungsvollen Gesangsbeitrag des Arbeitergesangsvereins Freiheit. Sodann gab Genosse Bayerl-Krauß ein anschauliches Bild von dem Leben und Wirken August Bebel's, wofür er reichen Beifall erntete. Mit einem nochmaligen Gesangsbeitrag schloß die würdige Feier.

Röpenitz.

Ueber Massenstreik und Parteitag referierte in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Moses. Redner betonte, daß es zwar kein Gegner des Massenstreiks, aber der Meinung sei, daß zurzeit an eine Durchführung desselben zur Erreichung des gleichen Wahlrechts für Preußen noch nicht gedacht werden könne. Wenn auch von verschiedenen Seiten der belgische Streit

als Muster angeführt werde, so müsse doch besonders betont werden, daß die belgischen Arbeiter mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen hätten als die deutschen. Diese hätten von vornherein die Sympathie des liberalen Bürgertums auf ihrer Seite gehabt, während wir nur auf uns selbst angewiesen sind. Er, Redner, sei sogar der Meinung, daß nicht einmal die uns noch abseits stehenden Arbeiter für den Massenstreik zu bewegen wären. Mit der Haltung der Reichstagsfraktion zur Deutungsvorlage sei er einverstanden. Mit der Aufforderung an die Parteigenossen, unsere Organisationen zu stärken, damit, wenn einmal die Zeit eintreffe, Handelns gekommen, wir auch gerüstet dastehen, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich die Redner im Sinne des Referenten aus. Die Agitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder hat 32 Neuaufnahmen ergeben. Hierauf gab Genosse Kiehl den Vierteljahrsbericht. Einer Einnahme von 1320,02 M. steht eine Ausgabe von 900,12 M. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 821,90 M. verbleibt. Beim Volksfest ist ein Ueberschuß von 98,49 M. erzielt worden. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Kraske, Klant, Staras und Heidrich gewählt. Ein Antrag, wonach die Bibliothek den Namen „Zentralbibliothek der freigeorgisierten Arbeiterkass Röpenitz“ erhalten soll, wurde debattelos angenommen. Anknüpfend hieran gab Genosse Schulz den Bericht der Bibliothekskommission. Die Bibliothek besteht zurzeit aus 902 Bänden, sie wurde im letzten Jahre von 273 Lesern 8678 mal in Anspruch genommen. Genosse Herbst gab bekannt, daß der Bildungsausschuss seine Veranstaltungen festgesetzt habe. Bis zum Jahreschluss seien zwei Theaterabende und eine Kindervorstellung vorgesehen. Auch sei beim Genossen Böhler eine Ausgabestelle zur Bekämpfung der Schundliteratur errichtet worden. Näher könnten daselbst entliehen werden. Zum Schluss gab Genosse Jahnke den Jahresbericht vom Arbeiter-Jugendheim. Es wäre Pflicht der Genossen, auch in dieser Hinsicht mehr wie bisher zu tun, damit auch bald mal daran gedacht werden könne, ein eigenes Arbeiter-Jugendheim zu errichten.

Notwende.

Einen gefährlichen Zeitvertreib der Kinder bildet in der jetzigen Jahreszeit das Sammeln von Eichen auf Straßen und Plätzen. Zum Bombardieren der Bäume werden nicht nur Stöcke verwendet, sondern auch allerhand Scherben, Steine, Holzstücke usw., die oft beim Niederfallen die Kinder selbst oder vorübergehende Personen treffen und verletzen. So wurde am Sonnabendmorgen in der Wallstraße durch ein größeres Holzstück ein in einem Wagen befindliches Kind so heftig getroffen, daß es an der Stirn, dicht über den Augen, eine erhebliche Verletzung erlitt. Da durch eine solche Spielerei erhebliches Unheil angerichtet werden kann, wäre es gut, wenn die Eltern ihre Kinder davor warnten.

Adlershof.

Auf der Gemeindevertretung. In ihrer ersten Sitzung nach den Ferien hatte die Gemeindevertretung eine für den Ort sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen. Das Generalarmwesen der Gemeinde stand nicht mehr auf der Höhe. Auf Antrag unserer Genossen ist man endlich dazu gekommen, an Stelle des Strenghystems ein neues in Anwendung zu bringen. Vom Feuerlöschhaus wurde ein Wadersystem, wie es in Rieder-Schönevide bereits seit längerer Zeit und mit gutem Erfolge eingeführt ist. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, vorläufig 15 Wader einzuführen. Die Kosten betragen circa 7700 Mark. Nach einviertheljährlicher Probezeit sollen, wenn sich das System bewährt, weitere 10 Wader angeschafft werden. Genosse Jabel regte bei dieser Gelegenheit an, daß die Gemeinde einen zweiten Krankentransportwagen anschaffen müsse. Der Bürgermeister versprach eine dementsprechende Vorlage der Vertretung zu unterbreiten. Eine Vorlage, betreffend die Besoldungsordnung für das Lehrpersonal der höheren Schule, wurde der Schuldeputation überwiefen. Hinsichtlich der Unterstellung der Anstalt unter Aufsicht des Provinzialschulkollegiums wurde vom Bürgermeister bekannt gegeben, daß die Bedingungen derart harte sind, daß sie die Gemeinde nicht erfüllen könne. Diese Angelegenheit soll nicht weiter verfolgt werden. Die Gemeindefinanzrechnung pro 1911 schließt mit einem Ueberschuß von 70 936 Mark ab. Eine lebhafteste Debatte zeitigte der Punkt „Rathausbau“. Im Jahre 1910 hatte die Gemeindevertretung den Ankauf einer auf dem Gelände der Frau Bodenstedt gelegenen 187 Quadratrußen großen Parzelle zum Zwecke eines Rathauses beschlossen. Mit dem Bau soll spätestens am 1. April 1914 begonnen werden. Der Staatsauschuss empfahl der Vertretung mit dem Bau zu beginnen und noch weitere zwei Parzellen hinzuzukaufen. Genosse Jabel bekämpfte den sofortigen Bau des Rathauses und stellte den Antrag, sich mit dem Magistrat von Köpenitz in Verbindung zu setzen, um eine Eingemeindung herbeizuführen. Fast alle bürgerlichen Redner sprachen sich gegen die Eingemeindung aus. Im Prinzip war man wohl dafür, aber, so meinte ein Redner, wir haben doch nichts und deswegen wird uns Köpenitz nicht nehmen. Mit Recht wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß sie ja stets bei Lieferung von Elektrizität usw. für den Anschluß an die Werke der Stadt Köpenitz waren; jetzt räche es sich, was zum Teil erst vor wenigen Wochen gesündigt wurde. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag auf Einleitung der Eingemeindung gegen 6 Stimmen — nur ein bürgerlicher Vertreter stimmte für den Antrag — abgelehnt. Darauf wurde der Bau des Rathauses gegen zwei Stimmen beschlossen. Einem lang empfundenen Bedürfnis wird durch die Errichtung einer Fortbildungsschule Rechnung getragen. Um die Vorarbeiten zu erledigen, wurde eine besondere Kommission gewählt, welcher unsere Genossen Jabel und Petrid angehören. Der Erweiterung des Frei-Babel-Adlershof stimmte die Gemeindevertretung zu. Das Bad hat jetzt eine Wasserfront von 145 Metern, die Pacht wurde durch die Vergrößerung um 300 M. erhöht. Der Verkauf des ausländischen Fleisches hat der Gemeinde eine Mehrausgabe von 755,88 M. verursacht.

Spandau.

Vor der Gefahr, vom Blitz erschlagen zu werden, ist gestern nacht ein Einwohner des Hauses Staatener Straße 81 durch einen Zufall bewahrt worden. Während des Gewitters traf ein Blitzstrahl dieses nur von wenigen Familien bewohnte keine Gebäude und drang durch das Dach in eine zu ebener Erde gelegene Wohnkammer, wo ein Bett entzündet wurde. Dieses war aber noch leer; derjenige, welchem es als Strohlagere dienen sollte, war noch wach und lag in der Küche; er bekam, als der Blitz in das Haus einschlug, zwar einen gewaltigen Schreck, ist aber sonst ohne Schaden davon gekommen. Der Blitz hat an dem Gebäude einigen Schaden angerichtet, auch ein vor dem Hause stehender Baum wurde von dem Blitz getroffen, der an dem Stamme sichtbare Spuren der Zerstörung zurückgelassen hat.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Nieder-Schönhausen. Heute, Dienstag, den 26. August, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Liebe macht blind.
Eine Entführungssache beschäftigte am Montag die zweite Kammersitzung des Landgerichts III. Wegen Entführung einer Kinderknechtin und Betrug war der angeklagte Kaufmann und Steward Karl Albrecht angeklagt. Der Angeklagte, der aus guter Familie stammt, hat eine sehr abenteuerliche Vergangenheit hinter sich. Trotz seiner Jugend ist er schon dreimal wegen Betruges verurteilt. Nachdem er von seinen Verwandten nach Amerika abgehoben worden war, kam er als Steward wieder nach Deutschland zurück. Hier lernte er die 15jährige Tochter des Vor-

gesamteners G. kennen, dem er sich als Student der Rechte vorstellte. Das etwas jugendlich-naive kleine Fräulein glaubte die Erzählungen des Angeklagten aufs Wort und war höchst unglücklich, als eines Tages die Eltern den armen Beziehungen ihres Töchterchens auf die Spur kamen und unter deutlichem Hinweis auf eine eventuelle handgreifliche Bestrafung ihr verboten, noch weiter mit dem Angeklagten in Beziehungen zu treten. Eines schönen Tages war das liebevollste Töchterchen spurlos verschwunden. Die Eltern liefen schließlich zur Polizei und erstateten gegen den Verführer Anzeige. Nachdem das Fräulein eine Vergnügungsfahrt nach Dessau und Herbst unternommen hatte, landete es völlig mittellos in einem Pensionat in Charlottenburg, wo es sich als „Bruder und Schwester“ einquartiert und auf Pump gelebt hatte. Das Gericht erkannte wegen des Betruges auf Freisprechung, dagegen wurde der Angeklagte wegen Entführung zu 3 Monate n Gefängnis verurteilt.

Ein trauriges Subjekt.

Entsetzliche Familienverhältnisse entrollte eine Verhandlung, die am Montag den Arbeiter Friedrich Dietrich auf die Anklagebank brachte. Der Angeklagte ist seit mehreren Jahren verheiratet, seine Ehe war jedoch von Anfang an nicht recht glücklich, weil er häufig zu tief ins Glas gukte und dann in der Trunkenheit mit seiner Frau Streit anfang, der häufig in Mißhandlungen ausartete. Wiederholt kam es auch vor, daß er seinen ganzen Wochensohn in den Kneipen verbrachte, so daß die Frau gezwungen war, sich durch ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu verdienen. Am 24. Mai d. J. war der Angeklagte wieder, ohne einen Pfennig Geld in der Tasche zu haben, nach Hause gekommen. Als er am nächsten Morgen seinen Kausch ausgeschlafen hatte, verlangte er von seiner Frau, daß diese ihm ein Frühstück vorsetze. Die Frau erklärte ihm, daß sie kein Geld habe, da er ja wieder seinen Wochensohn verbrachte. Während die Frau an der Nähmaschine saß und emsig arbeitete, um für sich und die Kinder Brot zu verdienen, bewaffnete sich der Angeklagte mit einem Beil und verriet die Frau von hinten einen Schlag auf den Kopf, der sie bewußlos zu Boden streckte. Die Staatsanwaltschaft leitete erst ein Verfahren wegen versuchten Totschlags gegen den Angeklagten ein, die Anklage wurde jedoch nur wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung erhoben. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte, der bisher unbescholten ist, seine Tat offenbar bereue, erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 9 Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Deutscher Tabakarbeiterverband. Die Jahrestelle Berlin hielt am Freitag ihre Quartalsversammlung ab. Dörner leitete mit, daß der zweite Bevollmächtigte Alwin Schulze seine Kanten niedergelegt hat. Die Stelle soll ausgefüllt werden. Die Abrechnung ergab, daß Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse mit 5499,04 M., Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 7529,98 Mark bilanzieren. Für Unterstützungszwecke wurden insgesamt ausgegeben 3498,25 M. — Nach Erledigung dieses Punktes erstatigten Armbrust und Frau Minut Bericht von der Generalversammlung und Friß von der Gaukonferenz. An die Berichte schloß sich eine längere Diskussion, in der die Beschlüsse mit Arbeiten der Versammlung teils kritisiert, teils auch gutgeheißen wurden. Zuletzt stimmte die Versammlung einer Resolution zu, die besagt, daß die Mitgliederversammlung sich mit dem Verhalten der Delegierten und den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden erklären.

Aus aller Welt.

Eine gutmütige Seele.

Vor einigen Monaten schrieb eine Berliner Wochenschrift einen Preis aus für die beste Beantwortung der Frage: „Wer ist der dümmste Mensch in Berlin.“ Wir wissen nicht, ob sich das feststellen ließ. Würde aber ein Preis ausgeschrieben werden für die Frage: „Wer ist der vertrauenseligste und gutmütigste Mensch?“, ganz Berlin würde wohl einstimmig antworten: „Dr. jur. Walter Inhoffen-Berlin.“ Und sie hätten Recht, denn ein Mann von so ungläublicher Herzengüte und unbegrenzter Vertrauensseligkeit ist noch nicht dagewesen. Der Herr Doktor verfügte über ein Millionenvermögen. Da lernte er eines Tages die ihrem Manne davongelaufene königliche Hoheit von Koburg kennen. Frau Luise war, wie schon öfter, in Geldnöten. Was lag näher, als daß der reich gesegnete Doktor helfend eintrat. Denn Luise ist doch kein gewöhnlicher Mensch, sie ist ja königliche Hoheit. Luise von Koburg brauchte wieder Geld. Beim Herrn Doktor Inhoffen fand die etwas verschwenderisch Veranlagte — das scheint in der Familie zu liegen — wieder ein williges Gehör. Und immer wieder beachte Ihre königliche Hoheit Geld. Mal fünfzigmal hunderttausend Mark, so daß die Gesamtsumme, die Herr Dr. Inhoffen im Zeitraum von drei Jahren vorschob, über eine Million Mark betrug. Herr Dr. Inhoffen war so gutmütig, daß er, als ihm das bare Geld ausging, in seinem Besiz befindliche Hypotheken versilberte und das Geld Ihrer königlichen Hoheit auslieferte.

Nach den eigenen Angaben des Herrn Doktor jur., der jetzt die Luise von Koburg wegen Betruges angezeigt, sind ihm wegen seiner Gutmütigkeit mehrere Male die Möbel gepfändet worden, so daß er selbst in Schwierigkeiten geriet. Während der reichlich naibe Jurist trauernd seinen verschwundenen Millionen nachschaute, lebt Luise von Koburg standesgemäß in Baden bei Wien. Dort bewohnt sie in einem natürlich erstklassigen Hotel 15 Zimmer und zahlt — aber bleibt sie auch schuldig — dafür täglich 1000 Kronen. Dem Herrn Doktor bleibt in seinem Schmerze also der Trost, daß es noch mehr Gutmütige gibt, die sich von einer königlichen Hoheit leimen lassen. Vielleicht glaubt er jetzt an das Wort: Gutmütigkeit ist eine Gabe Gottes, aber man soll sie nicht mißbrauchen!

Wetterkatastrophe auf Sizilien.

Ein furchtbarer Sturm in Verbindung mit großen Regengüssen hat in Sizilien großen Schaden angerichtet. Besonders heimgesucht ist die Stadt Messina. Das neue sogenannte amerikanische Viertel, welches nach dem Erdbeben 1908 aus Holzstämmen gebaut wurde, hat schwer gelitten. Man befürchtet, daß viele Menschenleben zu beklagen sind.

Ein ungeheurer Profikt.

Durch Unterschlagungen des Profiktisten Steeg von der Düsseldorf Filiale ist der Schaaffhausensche Bankverein in Köln schwer geschädigt worden. Während Steeg auf Urlaub war, wurde festgestellt, daß er, um Börsenverluste zu decken, die er durch seine bei verschiedenen Banken eingegangenen Spekulationen erlitten hatte, seit Juli d. J. Unterschlagungen von Wertpapieren und betrügerische Manipulationen vorgenommen hatte. Die Bank ist hierdurch um 239 000 Mark geschädigt worden. Steeg ist flüchtig. Auf seine Ergreifung sind 8000 M. Belohnung ausgesetzt.

Aufklärung nötig!

Im Septemberheft schreibt der „Kärmer“: Die Frankfurter Wochenschrift „Der Freigeist“ hatte Mitte April gegen die Ver-

Wahlung des Hospitals in Frankfurt a. M. und den Erfinder des bekannten Heilmittels, Professor Ehrlich, schwere Beschuldigungen erhoben. In einer Reihe von Artikeln wurde u. a. den Ärzten des Hospitals der Vorwurf gemacht, daß sie die in das Hospital von der Sittenpolizei eingelieferten Prostituierten mit Gewalt als Versuchslaninchen zu Salvarsaninjuren benutzten. Es wurde weiter behauptet, daß in allen Fällen, in den Salvarsaninjuren angewendet worden seien, sich nachträglich die völlige Bedeutungslosigkeit des Präparates als spezifisches Heilmittel herausgestellt habe, so daß sämtliche Patientinnen, die mit dem Leben dabongekommen seien, nachträglich auf Anordnung des Kreisarztes einer längeren Quecksilberbehandlung unterzogen werden mußten.

Auf Grund dieser und anderer, noch weit schmerzlicher Beschuldigungen wurde von der Staatsanwaltschaft gegen den Herausgeber des Blattes ein Verfahren wegen öffentlicher Beledigung und böswilliger Verleumdung eingeleitet. Nach einer drei Monate geführten Voruntersuchung hat nun die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt, obgleich der Herausgeber des „Freigeist“ seine Anklagen in einem offenen Brief an Prof. Ehrlich noch einmal wiederholt hat.

Man steht hier einem Rätsel gegenüber. Nach den geltenden Rechtsbegriffen kann das Verfahren nur aus dem Grunde niedergeschlagen worden sein, weil die Untersuchung die Richtigkeit der Anklagen nicht ergeben hat. In diesem Fall aber liegt es im Interesse der Öffentlichkeit und doch auch im Interesse Professor Ehrlich selbst, daß die Angelegenheit aufgeklärt und nicht totgeschwiegen wird.

Meine Notizen.

Arbeitererfekt. Am Sonntagmorgen ist bei dem Bau der Märanlage zwischen Cannstatt und Döfen eine Erdrutschung eingetreten, wodurch zwei Arbeiter getötet wurden, während ein dritter schwere Verletzungen erlitt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Fünf Personen ertranken. In der galizischen Orttschaft Pleonia wollte ein mit fünf Bauern besetztes Fuhrwerk durch den hoch angeschwollenen Fluß hindurchfahren. Der Wagen wurde jedoch von den Fluten erfasst und alle fünf Insassen ertranken.

Selbstmord durch Dynamit. Ein 64 Jahre alter Greis, der an einer unheilbaren Krankheit litt, hat sich am Sonntag in Paris durch zwei Dynamitpatronen in die Luft gesprengt. Der Unglückliche wurde in tausend Stücke zersplittert. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden, wie er in den Besitz des Sprengmittels gelangen konnte.

Schweres Bootsunglück an der schwedischen Küste. Am Sonntagabend fuhr bei Korrtege ein schwedisches Torpedoboot gegen ein Motorboot, dessen neun Insassen ins Wasser fielen, drei Personen, ein Mann und zwei Frauen ertranken, die anderen wurden gerettet.

Die Cholera auf dem Balkan. In Gornji Domaljewacc ist ein Cholerafall mit tödlichem Ausgang vorgekommen, in Drola ein neuer Fall und zwei Todesfälle, in Dolnja Slawa ein neuer Fall mit tödlichem Ausgang, in Gornja Slawa ein Fall, in Bijela drei und in Vidovice zwei Fälle. In Kreise Luga sind sämtliche Schulen geschlossen worden.

Eine Pulverfabrik vom Blitz getroffen. In Lerida (Katalonien) schlug am Sonntag während eines Gewitters der Blitz in eine Pulverfabrik und führte eine Explosion herbei, durch die eine Person getötet und 35 verletzt wurden. Der Schaden ist beträchtlich.

Folgschwerer Tunnelsturz. Ein im Bau begriffener Tunnel einer neuen Straße zwischen Cosenza und Paola (Südbitalien) stürzte ein und begrub neun Arbeiter unter seinen Trümmern. Drei weitere Arbeiter, welche am Eingange beschäftigt waren, wurden getötet und verwundet. Zu den Verletzten, konnte man bisher noch nicht gelangen, man weiß noch nicht, ob sie noch leben oder bereits tot sind.

gerissen und die Fenster etwa 30 Meter weit auf die Straße geschleudert. Die Fenster der umliegenden Häuser wurden zum größten Teil zertrümmert. Die Frau des Dekorateurs erlitt so schwere Brandwunden, daß sie lebensgefährlich verletzt danieliedliegt. Auch Dusch selbst erlitt Brandwunden.

Folgschwerer Tunnelsturz. Ein im Bau begriffener Tunnel einer neuen Straße zwischen Cosenza und Paola (Südbitalien) stürzte ein und begrub neun Arbeiter unter seinen Trümmern. Drei weitere Arbeiter, welche am Eingange beschäftigt waren, wurden getötet und verwundet. Zu den Verletzten, konnte man bisher noch nicht gelangen, man weiß noch nicht, ob sie noch leben oder bereits tot sind.

Unter des Bergsporits. Bei einer Tour zur Kuerfingert Hütte (Tirol) wurde der Eisenbahnbaurot Adolf Marloh aus Danzig infolge Ueberanstrengung von einem Herzschlag getroffen und war auf der Stelle tot. Seine Leiche wird nach der Heimat übergeführt werden. — Von der Rina in der Verhalingruppe sind zwei Wiesbadener Touristen abgestürzt. Einer erlitt einen Beinbruch, der zweite schwere innere Verletzungen.

Frauen-Leseabende.

Waidmannslust. Mittwoch, den 27. August, 8 Uhr, im Schweizerhaus. Vortrag der Genossin Regina Kuben-Berlin über „Bebels Leben“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonntagabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonntagabends Sprechstunde von 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Schriftliche Antworten werden nicht erteilt.

N. S. 25. 1. Bis zum Ablauf Ihres dritten Dienstjahres. 2. Ja, sofern er dazu in der Lage ist. 3. Unter der Voraussetzung zu 2. händlg. **M. 1. Rein.** — **S. 2. 1000.** 1. u. 2. Sie haben als mütterlicher Ehegatte das Wahlrecht, ob Sie Ihr Vermögen mit einbringen wollen, dann erben die Kinder die Hälfte vom Ganzen, oder ob nur der Nachlass des verstorbenen Ehegatten verteilt werden soll, dann erben die Kinder hiervon Dreiviertel. Ihre Wähler müssen sich die Kaufsteuer bei der Verteilung anrechnen lassen. 3. Falls beide Eltern nicht mehr leben, erbt Ihre Frau geschl. Ob ein Testament errichtet ist, erfahren Sie beim Amtsgericht, wo Ihr Schwager gemohnt hat. 4. Circa 30 M. — **S. 2. 32.** Sie brauchen das Recht auf dem Korridor nicht zu haben und können vom dort Entfernung verlangen, eventuell darauf kagen. Eine polizeiliche Bestimmung beschränkt darüber nicht. Ist jedoch in Ihrem Mietvertrage etwas anderes bestimmt, so ist das maßgebend. — **D. 20.** 30 Mark einet beliebigen Lohnkass. Der Austausch der Karte muß immer innerhalb zwei Jahren, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, erfolgen. — **S. W. 2.** Witwenrente für die Witwe, sofern diese invalide ist, und Balkenrente für die unter 15 Jahre alten Kinder. — **M. 3. 10.** Rein. — **S. P. 100.** Von Tag 1.60 M. — **Schulfr. 66.** Bringen Sie das Kind nach dem Balkenhaus, die Abnahme wird vorausschicklich ohne weiteres erfolgen. — **M. 6. 15981.** Sie sind an den Versicherungsvertrag bis zum Ablauf gebunden. Wenn Sie die Prämie nicht zahlen, so kann die Gesellschaft Klage erheben. — **N. W. 2.** 1. Bei der Invalidenversicherung findet eine Auszahlung der geleisteten Beiträge nicht statt. Es besteht hier lediglich die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung. Bei der Angestelltenversicherung hat die Versicherte beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung infolge Heirat die Wahl. Sie kann Beitragsersatzung und zwar in Höhe der Hälfte der eingezahlten Beiträge (§ 62) oder nach § 63 die Gewährung einer Leibrente verlangen. Die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung besteht jedoch auch hier.

2. Mit dem 30. September hört die Steuerpflicht auf. Es muß jedoch dem Vorstehen der Beamtenkommission davon rechtzeitig Mitteilung gemacht und Freistellung wegen veränderter Umstände beantragt werden. — **S. 6. 42.** Zur Jugendversicherung sind Sie nicht berechtigt. — **M. 7. 100.** Kronprinzessin von Sachsen. — **N. S. 200.** Fragen Sie bei der Kunstgewerkschaft direkt an. — **Sieglinde 1.**enden Sie sich an einen Arzt für Hautleiden. — **100. P. S.** Kanfession für den Normalarbeitslohn von 8 Stunden. — **N. R. 40.** 1. Straßmannstr. 6. 2. Ob der Sohn haltbar ist, läßt sich ohne nähere Kenntnis des Sachverhalts nicht sagen. Die Eltern halten jedoch auf keinen Fall. — **S. 8. 100.** Am Alexanderplatz ist keine städtische Leihkassa. Die nächste von dort ist: NO, Esmarckstr. 18. — **Goldbildhauer 32.** Rein. — **M. P. 100.** 1.—5. Die Bildung der allgemeinen Volksschule. Die Ausbildung nimmt etwa 6 Monate in Anspruch. Es erwachsen ca. 300 M. Unkosten. Rechnungen beim Kreisarzt, meist vom Volkshospitium.

Wartpreise von Berlin am 23. August 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volkshospitiums.
Wartkalkendpreise. 100 Kilo. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Bohnen 35,00—50,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—9,00. 1 Kilogramm Hirse, von der Sorte 1,70—2,40. Rindfleisch, Hausfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,50. Haf. 1,40—3,20. Hafer 1,40—3,60. Getreide 1,60—2,80. Banane 1,00—2,40. Schokolade 1,75—3,60. Mehl 0,80—1,60. 60 Stück Reis 1,00—18,00.

Witterungsübericht vom 25. August 1913.

Stationen	Vormittag	Mittag	Nachmittag	Temperatur	Stationen	Vormittag	Mittag	Nachmittag	Temperatur
Wilmersdorf	768	768	768	16	Saparanda	768	768	768	14
Hamburg	765	765	765	13	Schwerin	767	767	767	17
Berlin	765	765	765	16	Stettin	767	767	767	14
Frankfurt a. M.	768	768	768	14	Übersee	768	768	768	12
München	767	767	767	16	Paris	769	769	769	13
Wien	764	764	764	20					

Weiterprognose für Dienstag, den 26. August 1913.
 Nimmlich kühl und bei veränderlicher Bewölkung etwas Regen; mäßige westliche Winde.
 Berliner Wetterbureau.

Wassersstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 24. 8.	am 25. 8.	Wasserstand	am 24. 8.	am 25. 8.
Remel, Müst	293	+10	Saale, Großh.	90	+10
Regel, Ankerburg	240	-17	Saale, Spandau	8	+4
Schiffel, Doorn	510	+8	Rathenow	-16	-2
Dier, Rathbor	298	-29	Spreewald	108	-8
Kroffen	296	+10	Beckow	84	+2
Kronfurt	281	-7	Wandow	118	-2
Barthe, Schrimm	46	+4	Wandow	196	-9
Randberg	0	-1	Rein, Raminlandau	497	+13
Neß, Borsdam	-23	-3	Kaib	262	+6
Eibe, Zeltwerth	109	-23	Rön	287	+4
Dresden	8	+45	Redar, Hellbronn	58	-12
Barby	814	-19	Rain, Qnan	158	-9
Wagdeburg	258	-12	Wesel, Arier	36	-11

+) bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterregel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Todesanzeige!
 Am Sonntag, den 24. August, verstarb unser Parteigenosse
Richard Festigkeit
 Lichterader Str. 42, 21. Bezirk.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reichthaler Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Der Vorstand.

Nach langem, schmerzreichem Krankenlager verstarb am 23. d. M., morgens 8 Uhr, unser guter Vater, der Bäcker
Theodor Kappelt
 im 48. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetrübt an, die Kinder
Gustav, Robert, Karl.
 Beerdigung: Dienstag, den 26. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, Eisdorfer Friedhof Müllerstraße, an der Seestraße. 788

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter
Georg Schapals
 (Friedenwalder Str. 4)
 am 23. d. M. am Dungenfeldeu gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophienkirchhofes in der Friedenwalder Straße aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
 Berlin N., Brunnenstraße 50.
 Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
 Änderungen sofort.

Kranzspenden
 sowie sämtliche
Blumenarrangements
 liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Dopl. 7203.

Blumen- und Kranzbinderei
 von Robert Meyer,
 Inh.: P. Golletz
 Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.
 Berlin SO. 16,
 Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt IV, 3014.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Zahlstelle Berlin.
 Am 23. August starb unser Kollege, der Sandsteinschleifer
Hermann Schubotz
 im Alter von 62 Jahren an Magen- und Darmleiden.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Stabuhof aus statt. Wohnverbindung ab Bahnh. Charlottenburg 3. 14 Uhr.
 Um rege Beteiligung ersucht
 171/16 Die Ortsverwaltung.

Berliner Genossenschaftshäckerel
 Eingetr. Genossensch. m. b. H.
 Am 23. d. M. verstarb nach langem, schwerem Krankenlager unser Mitglied, der Bäcker
Theodor Kappelt.
 In dem Verstorbenen verlieren wir einen seit der Gründung unserer Genossenschaft bei uns tätigen treuen Mitarbeiter.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Eisdorfer Friedhof Müllerstraße, an der Seestraße, statt. 788

Die Beerdigung unseres lieben Vaters, des Tischlers
August Golle
 findet Dienstag, d. 26. August, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Reichthaler-Friedhofes, Mariendorfer Weg, statt.
Helene Hartmann
 geb. Golle.
Hermann Hartmann.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Teilnahme und reichlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Will Conrad
 sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, Gästen, Nachbarn und Hausbewohnern sowie sämtlichen Vereinen meinen herzlichsten Dank. 19768
Witwe Frieda Conrad
 geb. Linfener.

Verband der Lederarbeiter
 Filiale Berlin II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Georg Rüger
 (Wangelstraße)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem Eisdorfer Friedhof in Neukölln, Hermannstraße, statt. 1977b
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Stein-druckerel - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 23. August verstarb plötzlich unser Mitglied
Karl Utech
 im Alter von 68 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Eisdorfer Friedhof statt. 26/8
 Die Ortsverwaltung.

Olavistrasse 32-35
Einzimmer-Wohnung
 mit und ohne Barrenwassererwärmung per sofort preiswert zu verm. Näheres im Vermietungsbureau, Olavistr. 35.

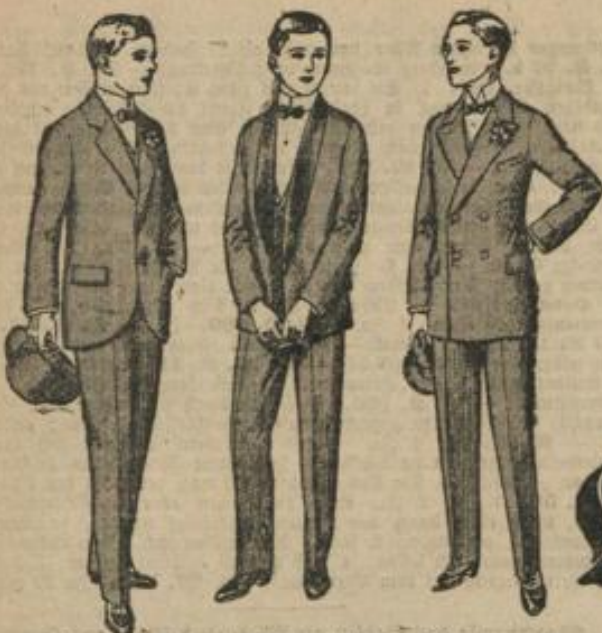
Reuters Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

PUCK CIGARETTES

JOE LOE

DIE NEUE 3 PFENNIG

QUALITÄTS CIGARETTE



Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Jünglings- u. Knabenkleidung ist preiswert und unübertroffen in sich sowie solider Verarbeitung

Leineweber

Berlin C

Königlicher Fischmarkt 4-5-6
Rohlfstraße 34 — Fischerstraße 1

Geschäftshaus ersten Ranges
für
Herren-, Jünglings- u. Knabenkleidung



Sakko-Anzug 209 o Smoklog-Anzug 201 o Sakko-Anzug 205

Einsegnungs-Anzüge in Schwarz und Blau

Form:	Brustweiten:	72	76	80	84
203	Blauer Cheviot	11.-	12.-	13.-	14.-
205	Blauer Cheviot, gute Qualität	15.-	16.-	17.-	18.-
200	Schwarz Rippenkammgarn	18.-	19.-	20.-	21.-
205	Sehr haltbarer blauer Cheviot	19.-	20.-	21.-	22.-
207	Schwarz Kammgarn, Qualität I	21.-	22.-	23.-	24.-
205	Blauer Melton	21.-	22.-	23.-	24.-
203	Schwarz Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
205	Blau Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
204	Schwarzer Melton	32.-	33.-	34.-	35.-
205	Blauer Melton-Cheviot	32.-	33.-	34.-	35.-
201	Schwarz Tuchkammgarn	36.-	37.-	38.-	39.-
203	Blauer Melton-Cheviot, Qualität I	36.-	37.-	38.-	39.-
201	Prima schw. Tuchkammgarn m. Croché	41.-	42.-	43.-	44.-
200	Schwarzer Melton-Cheviot, sehr eig.	41.-	42.-	43.-	44.-
205	Blauer Melton, Cheviot, 1. Qualität	41.-	42.-	43.-	44.-
201	Schwarz Drapé	46.-	47.-	48.-	49.-
206	Blauer Foule-Cheviot	46.-	47.-	48.-	49.-

Farbige Jünglings-Anzüge

Form:	Brustweiten:	72	76	80	84
203/204	Modern gemusterte Cheviots	13.-	14.-	15.-	16.-
201/204	Neue Melangen in Cheviots	15.-	16.-	17.-	18.-
204/205	Cheviots in modernen Streifenmusterungen	18.-	19.-	20.-	21.-
103/204	Grau und braun melierte Cheviots	21.-	22.-	23.-	24.-
201/204	Melangen in Cheviots mit feinen Streifen	25.-	26.-	27.-	28.-
200/203	Verschiedene Cheviots in hochmoderner Ausmusterung	28.-	29.-	30.-	31.-
204/205	Elegant gemustertes Kammgarn und Cheviots	32.-	33.-	34.-	35.-
203/204/205	Kammgarn und Cheviots in prima Qualität u. neuesten Musterungen	41.-	42.-	43.-	44.-

Schul-Anzüge
In den neuesten Musterungen und haltbaren, praktischen Stoffen in jeder Größe und Preislage am Lager.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkaufe.
Zehn Prozent Rabatt Vorwärts-letern.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstraße 26. (2008)*
Prinzen-Bücherei. Prinzenstraße 34, I, im Leipziger, kaufen Sie enorm billig als: von Kavallieren wenig getragene Jacketts, Werdungsstücke, Jünglingsanzüge, Einsegnungsanzüge 9-18 Mark, Gelegenheitsstücke in Uhren, Ketten, Ringen, Aussteuerstücke, Betten, Steppdecken, Vorhänger, Teppiche, Gardinen, enorm billig nur Prinzenstraße 34, eine Treppe, neben Baumgarten-Berlin, kleiner Eingang.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Kaufgesuche.

Platinabfälle. Gramm 5,50, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Cuedel über laust höchstzahlend Blimel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.
Zahngebisse. Gold, Silber, Eitel, Kette, Platinabfälle, sämtliche Metallarbeiten, höchstzahlend Schmelzerei Christianat, Rosenstraße 20 a (gegenüber Rantenschiffstraße). 111/1*
Goldschmelze laust höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Nieper, nur Rosenstraße 157.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Glänzenden Nebenverdienst erlangen durch vollständige risikofreie Uebernahme einer Niederlage in gepackten Lebensmittel, folgende rechtshaltbare Leute durch Einkaufsverein SW 29, Tempelhoferberg 5a.
Risikofreie Niederlage in gepackten Lebensmitteln u. m. verläßt großen Nebenverdienst. Solvente rechtshaltbare Personen erhalten Auskunft durch Einkaufsverein SW 29, Tempelhoferberg.
Große Einkommen. Erhöhung wird durch vollständige risikofreie Uebernahme einer Niederlage in gepackten Lebensmittel u. m. erzielt. Näheres durch Einkaufsverein SW 29, Tempelhoferberg. 11148*
Wärmereinbauer nimmt an Ostau Strohler, Schützenwerder Allee 121. 1490
Wit.-Jad.-Rührer verlangt Nebenverdienst, Zöllnerstraße 54, Seitenhügel II.
Verheiratete im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10-12 Uhr vormittags oder 6-8 Uhr nachmittags. W. Bandow u. Co., Belle - Alliancestraße 1-2.

Musikinstrumente.

Krause-Pianos und Klänge, erstklassige Fabrikat, auch gebraucht, Kauf, Leasing, Miete, Teilzahlung, Ansbacherstraße 1.
Pianos. Parsonsums, Klänge jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung, Scherer, Chausseestraße 105. 5348*
Ruhbau-Pianos! reich geschnitten, wunderbarer Ton, erstklassiges Fabrikat, nur 375,-, Schlichterstraße 25, 'Wöbelhaus'. 11248

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel. Gütlichnerstraße 9a.
Patentanwalt Müller. Gütlichnerstraße 81. 24394*
Pianos vermietet. Pianohaus Krause, Ansbacherstraße 1.
Kunstspiegelerei Große Frankfurterstraße 67. 23992*
Rosenblende. Frau Kubick, Kopenick, Grünauer Straße 45, höchst (sicher) lauter. Laten, Leisepfische, vier handlicher 0,10. Kein Bestanden, Abholung Donnerstags. 19736

Vermietungen.

Strandlosh. Zwinmünde, Kurort, ruhiges Haus mit großem geschützten Hof. Pension pro Tag 4 Mark. Zimmer nur 1. Frühst. 1,75 Mark. Adolf Jacobson. 19706
Zimmer.
Kleiner Herr findet sauberes Zimmer, mit auch ohne Kost. U. C. Filiale Gredendagenerstraße 22. 190
Möbliertes Zimmer für zwei Herren a 14 Mark mit Kaffe, Dresdenstraße 19, IV Unt. 19726
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle. Vorderzimmer, Gütlichner, Bienerstraße 21.
Möblierte Schlafstelle vermietet Badamstraße 70, vorn I rechts.

Vermietungen.

Strandlosh. Zwinmünde, Kurort, ruhiges Haus mit großem geschützten Hof. Pension pro Tag 4 Mark. Zimmer nur 1. Frühst. 1,75 Mark. Adolf Jacobson. 19706
Zimmer.
Kleiner Herr findet sauberes Zimmer, mit auch ohne Kost. U. C. Filiale Gredendagenerstraße 22. 190
Möbliertes Zimmer für zwei Herren a 14 Mark mit Kaffe, Dresdenstraße 19, IV Unt. 19726
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle. Vorderzimmer, Gütlichner, Bienerstraße 21.
Möblierte Schlafstelle vermietet Badamstraße 70, vorn I rechts.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreise, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Ewentz, Lichtstr. Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenstraße III. 448*
Schiffschule. Regierungsschiffmeister Dr. Arthur Werner, Inhaber, Berlin, Randerstraße 4. Buchführung, Elektrotechnik, Dachbau, Tischbau, Heizung, Gasfach, Wasserfach, Lagerhaltung, Abrechnung.
Chausseur-Ausbildung erstklassig und preiswert. Verschiedene 4-Jähriger-Systeme, Honorar 100 RM, auch Abendkurse. Kostenloses Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Rosenstraße 116. 7318*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreise, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Ewentz, Lichtstr. Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenstraße III. 448*
Schiffschule. Regierungsschiffmeister Dr. Arthur Werner, Inhaber, Berlin, Randerstraße 4. Buchführung, Elektrotechnik, Dachbau, Tischbau, Heizung, Gasfach, Wasserfach, Lagerhaltung, Abrechnung.
Chausseur-Ausbildung erstklassig und preiswert. Verschiedene 4-Jähriger-Systeme, Honorar 100 RM, auch Abendkurse. Kostenloses Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Rosenstraße 116. 7318*